Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

15. Dezember 1980
Jg. 8 Nr. 51

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Die Sowjetunion ist interventionsbereit PVAP-Führung soll endlich durchgreifen

Solidarność verteidigt die in Danzig erreichte Einheit / NATO-Tagung

hku. Man weiß nicht, worüber man mehr in Zorn geraten soll: über den unverhüllten militärischen Aufmarsch der Sowjetunion, oder über die Unverfrorenheit, mit der sie diese nackte Großmachtpolitik noch als „Solidarität" usw. usf. bezeichnet. Demonstrativ vor aller Welt und damit vor dem polnischen Volk hat sie ihre Truppen rund um das Land aus dem Stand interventionsfähig gemacht. Die sowjetische Armeezeitung hat versichert, Polen könne sich jederzeit „auf die Rote Armee verlassen". TASS verbreitet Nachrichten, nach denen eine Mehrheit des polnischen Volkes nach Ruhe und Ordnung ruft; unter anderem die Meldung über einen Betrieb in der Stadt Kielce, wo keine Autorität mehr gelte und andersdenkende Arbeiter „verschwinden", an der buchstäblich kein Wort wahr ist. Um das Maß voll zu machen, veröffentlicht die „Prawda" die Rezension eines tschechoslowakischen Buches über die Lehren von 1968, in der Polen noch einmal an die „beständigen und unveränderlichen sozialistischen Prinzipien" erinnert wird, die 1968 verteidigt wurden, und in der eindringlich vor dem Nationalismus, dem „Trojanischen Pferd des Imperialismus", gewarnt wird.

Die Demonstration gilt der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung; der unmittelbare Adressat ist die PVAP. Zwar hat Kania in Moskau dem Sozialimperialismus die Gefolgschaft versichert, aber damit ist die „führende Rolle der Partei" und wie die schönen Worte für die Garantie der Kontrolle Polens alle heißen, nicht durchgesetzt. Teile der PVAP-Führung und Teile der Armee, deren Sprachrohr die Armeezeitung ist, haben ihre Propaganda gegen die „Konterrevolution" weitergeführt. Es sind jedoch auch Zeitungsartikel erschienen, in denen das Prinzip der uneingeschränkten Souveränität jedes Staates und das Recht auf einen „polnischen Weg zum Sozialismus" proklamiert werden. Regierung und Gewerkschaft haben in verschiedenen Fragen Übereinkommen erzielt. Der Koordinationsausschuß von Solidarność hat am Mittwoch erklärt, die Gewerkschaft sei für das Ziel der Erfüllung der Abkommen und im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität bereit, sich an einer „Allianz der Mäßigung und nationalen Verantwortlichkeit" zu beteiligen, zu der Kania aufgerufen hatte.

Die Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes hat sich im Groben geeinigt. Die Hauptaufgabe der unabhängigen Gewerkschaften soll der Schutz der Rechte und der Interessen der Arbeiter sein. Das Streikrecht wird garantiert, gleichzeitig werden aber feste Schlichtungsregeln vorgeschrieben: zwei *verbindliche* Schlichtungsebenen und eine *freiwillige* unter dem Vorsitz eines Richters; wird diese dritte Schlichtung angerufen, ist ihr Spruch verbindlich. Die Gewerkschaften haben das Recht auf Meinungsäußerung zu allen Gesetzen, die Arbeiterinteressen betreffen, sollen aber nicht mehr direkt im Betrieb „mitverwalten", weil das die Verantwortlichkeit der Betriebsführung verwischen würde. – Grundsätzliche Einigung wurde offensichtlich auch darüber erzielt, daß Vereinigungen von Berufen wie Taxifahrer und Bauern analoge Berechtigungen haben sollen wie die Gewerkschaften. Das würde die Registrierung des Bauernverbandes „Dorfsolidarität" ermöglichen, ohne daß dieser zu bereits angekündigten Boykottmaßnahmen greifen müßte.

In einer Frage jedoch gibt es gegenwärtig offene Differenzen: Die Gewerkschaften fordern die Freilassung von vier Bürgerrechtlern, entsprechend dem Punkt des Danziger Abkommens, daß eine Verfolgung politischer Auffassungen nicht erfolgen darf. Die Propaganda der Sozialimperialisten deutet darauf hin, daß sie die polnische Führung hier zu harten Maßnahmen treiben. Sie müßten sich wohl vor allem gegen das KOR richten, als der bedeutendsten *politischen* Organisation mit radikaldemokratischem Programm. Radio Moskau hat von diesem „antisozialistischen Abschaum" verbreitet, daß er eine „neue polnische Regierung vorbereite", einen „faschistischen Putsch" im Auftrage des „internationalen Imperialismus" plane. Auch Kania ist an der Ausschaltung dieser Organisationen gelegen, um der Kontrolle der Reformbewegung wieder näher zu kommen; aber er setzt angesichts der Kräfteverhältnisse noch auf politische Isolierung der Opposition. – Walesa hat in einem Interview den „provokativen Druck" zurückgewiesen und erklärt: „Wir kämpfen nicht für eine politische Organisation. Wir kämpfen für das Recht des Volkes sich auszudrücken. Wir werden nie einen Rückzieher machen." Am 16.12. wird in Gdansk das Mahnmal für die Opfer der Unruhen 1970 aufgerichtet. Die Führung von Staat und Partei ist dazu eingeladen. Die Gewerkschaftsbewegung will den Tag zu einer großen Demonstration der nationalen Einheit machen, die auch die PVAP-Führung fester an die geschlossene Einheitsfront binden würde.

Nach der EG hat sich auch die NATO mit der Lage um Polen befaßt. Die Außenminister haben die Sowjetunion eindringlich vor einer Intervention gewarnt; sie haben sich grundsätzlich auf politische und wirtschaftliche Boykottmaßnahmen in einem solchen Fall geeinigt. Die US-Imperialisten nutzen die sowjetische Schwäche in Polen als Druckmittel im weltweiten Kampf um die Einflußsphären. Dabei ist ihnen auch eine Lockerung und Störung der ökonomischen Beziehungen zwischen Westeuropa und dem Sowjetblock, die die von den USA vorgelegten Boykottmaßnahmen mit sich bringen wurden, nicht unwillkommen. Für die europäischen Imperialisten verstärkt die Krise um Polen objektiv die Bedeutung des Bündnisses und gleichzeitig die Führung der USA in diesem Bündnis. Das ist ein Grund für den steigenden Kurs des Dollar und den Fall der DM. Die westeuropäischen Imperialisten wollen dabei noch Spielraum behalten, daher ihre Weigerung, die Gegenmaßnahmen *vorweg* zu beschließen. Die Ostgeschäfte setzt man nicht leichtfertig aufs Spiel. – Die Sozialimperialisten haben prompt daran erinnert, daß auch sie Trümpfe in Mitteleuropa in der Hand haben: die DDR erklärte, daß von einer Bonner „Abbruchpolitik" *alle* getroffenen Vereinbarungen berührt würden. Dazu gehören auch die Berlin-Regelungen.



Die südkoreanische Regierung hat letzte Woche acht politische Häftlinge freigelassen, darunter einen der Mitangeklagten Kim Dae Jungs. Bei Demonstrationen in Seoul wurden am 12.12. elf Personen festgenommen. Das Urteil gegen Kim soll erst nach Abschluß des Besuchs des US-Verteidigungsministers Brown am 23.12. verkündet werden. (Bild: Solidaritätsveranstaltung in Japan)

Gegen Freihandel heißt nicht, für Protektionismus sein

Reformisten führen auf einen Irrweg

frb. Mit der Verengung des Weltmarktes ist auch der Ruf nach Maßnahmen zur Einschränkung wieder lauter geworden. So fordert der Kapitalistenverband der Textilindustrie eine Verlängerung und „Verbesserung" des Welttextilabkommens, welches Exportländern der Dritten Welt Exportquoten aufzwingt. Wirtschaftsminister Lambsdorff dagegen hatte schon auf der UNCTAD-Konferenz in Manila erklärt, das Welttextilabkommen gelte als klassisches Beispiel für protektionistische Behinderungen und könne kein Dauerelement des Welthandels sein. Gegen diese Haltung des Ministers hat nun die Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu Aktionen aufgerufen. Es ist die erste Gewerkschaftsaktion dieser Art, doch auch anderswo ist die Frage von Importbeschränkungen aufgeworfen und wird weiter diskutiert.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat eine Resolution an Lambsdorff unterschreiben lassen, in der es heißt: „Wir protestieren gegen Ihre ständigen Versuche, ihre liberale Ideologie zu unserem Schaden durchsetzen zu wollen." So wahr dies ist, so falsch ist die geforderte Medizin.

Freiheit des Handels bedeutet die Freiheit, die das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken. Fallen die Marktschranken, so werden die Produktivkräfte vermehrt und es geht dem Kapital gut; geht es dem Kapital gut, so steigen auch die Löhne, sagen die Freihändler. Sie lassen die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wirken, als unter dem Diktat der US-Imperialisten die Handelsschranken fielen, die Währungen frei konvertierbar wurden und mit der Befreiung der Kolonien deren Märkte allen Ländern geöffnet und entwickelt wurden. Import aus anderen Ländern ruft dort eine Steigerung der Produktion hervor, vermehrt deren Reichtum und schafft so auch dem eigenen Export neue Absatzmärkte. Mittlerweile ist die Seifenblase geplatzt. Das Kapital ist gewachsen und die Abhängigkeit der Arbeiter auch. Mit immer höherem Tempo wurden sie freigesetzt. Hunderttausende sind arbeitslos und Lambsdorff kann auf ihnen herumtrampeln und zur Hetzjagd auf jene aufrufen, die sich dem Freiheitsdrang des Kapitals nach Lohnsenkung entgegenstellen. All dies sind Ergebnisse des Freihandels.

Aber wenn wir uns nicht für diesen Freihandel stark machen, so erst recht nicht für Protektionismus. Wer gegen Lambsdorff ist, muß noch lange nicht für Gesamttextil sein. Lambsdorff spricht für den BRD-Imperialismus, für den Handelsfreiheit lebensnotwendig ist. Daß die Textilkapitalisten abweichende Interessen haben, hat spezielle Gründe. Sie sind von der Konkurrenz gebeutelt, insbesondere aus Ländern der Dritten Welt.

Mit der Ausbeutung dieser Länder hatte der Kapitalismus seine vorübergehende Prosperität in den 50er und 60er Jahren erkauft. Jetzt bauen diese Länder eine bescheidene Industrie auf, wozu zuerst die Textilindustrie gehört. Ihnen, deren Entwicklung der Freihandel verhindert hat, wird jetzt mit Erdrosselung ihres Exports gedroht.

Aus dem Inhalt

Es heißt, Billigimporte vernichten Arbeitsplätze. Aber Protektionismus verhindert die Vernichtung von Arbeitsplätzen auch nicht. Erstens wirkt die freie Konkurrenz, die für die Freisetzung von Arbeitern sorgt, im Innern weiter. Zweitens folgt auf eine Einfuhrsperre mit Sicherheit im Gegenzug eine andere.

Der Ruf nach Protektionismus will Bestehendes zementieren. Die Arbeiter wollen nach vorn. Mit der Herstellung des Weltmarktes wurde auch die Basis für den Internationalismus der Arbeiter geschaffen. Protektionismus bewahrt Gegensätze zwischen den Nationen. Der Freihandel beseitigt sie, so wie er mit dem Wachstum der Produktivkraft auch die großen Unterschiede im Lohnniveau beseitigt. (So hat sich das Verhältnis der Löhne in USA gegenüber Japan von 1970 bis 1978 von 4:1 auf 1,4:1 verringert.) Daher ist Protektionismus die falsche Alternative zum Liberalismus der Kapitalistenklasse.


Stadt Kielce, wo keine Autorität mehr gelte und andersdenkende Arbeiter „verschwinden", an der buchstäblich kein Wort wahr ist. Um das Maß voll zu machen, veröffentlicht die „Prawda" die Rezension eines tschechoslowakischen Buches über die Lehren von 1968, in der Polen noch einmal an die „beständigen und unveränderlichen sozialistischen Prinzipien" erinnert wird, die 1968 verteidigt wurden, und in der eindringlich vor dem Nationalismus, dem „Trojanischen Pferd des Imperialismus", gewarnt wird.

Die Demonstration gilt der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung; der unmittelbare Adressat ist die PVAP. Zwar hat Kania in Moskau dem Sozialimperialismus die Gefolgschaft versichert, aber damit ist die „führende Rolle der Partei" und wie die schönen Worte für die Garantie der Kontrolle Polens alle heißen, nicht durchgesetzt. Teile der PVAP-Führung und Teile der Armee, deren Sprachrohr die Armeezeitung ist, haben ihre Propaganda gegen die „Konterrevolution" weitergeführt. Es sind jedoch auch Zeitungsartikel erschienen, in denen das Prinzip der uneingeschränkten Souveränität jedes Staates und das Recht auf einen „polnischen Weg zum Sozialismus" proklamiert werden. Regierung und Gewerkschaft haben in verschiedenen Fragen Übereinkommen erzielt. Der Koordinationsausschuß von Solidarność hat am Mittwoch erklärt, die Gewerkschaft sei

gerufen, ist ihr Spruch verbindlich. Die Gewerkschaften haben das Recht auf Meinungsäußerung zu allen Gesetzen, die Arbeiterinteressen betreffen, sollen aber nicht mehr direkt im Betrieb „mitverwalten", weil das die Verantwortlichkeit der Betriebsführung verwischen würde. – Grundsätzliche Einigung wurde offensichtlich auch darüber erzielt, daß Vereinigungen von Berufen wie Taxifahrer und Bauern analoge Berechtigungen haben sollen wie die Gewerkschaften. Das würde die Registrierung des Bauernverbandes „Dorfsolidarität" ermöglichen, ohne daß dieser zu bereits angekündigten Boykottmaßnahmen greifen müßte.

In einer Frage jedoch gibt es gegenwärtig offene Differenzen: Die Gewerkschaften fordern die Freilassung von vier Bürgerrechtlern, entsprechend dem Punkt des Danziger Abkommens, daß eine Verfolgung politischer Auffassungen nicht erfolgen darf. Die Propaganda der Sozialimperialisten deutet darauf hin, daß sie die polnische Führung hier zu harten Maßnahmen treiben. Sie müßten sich wohl vor allem gegen das KOR richten, als der bedeutendsten *politischen* Organisation mit radikaldemokratischem Programm. Radio Moskau hat von diesem „antisozialistischen Abschaum" verbreitet, daß er eine „neue polnische Regierung vorbereite", einen „faschistischen Putsch" im Auftrage des „internationalen Imperialismus" plane. Auch Kania ist an der Ausschaltung dieser Organisationen gelegen, um der Kontrolle

fester an die geschlossene Einheitsfront binden würde.

Nach der EG hat sich auch die NATO mit der Lage um Polen befaßt. Die Außenminister haben die Sowjetunion eindringlich vor einer Intervention gewarnt; sie haben sich grundsätzlich auf politische und wirtschaftliche Boykottmaßnahmen in einem solchen Fall geeinigt. Die US-Imperialisten nutzen die sowjetische Schwäche in Polen als Druckmittel im weltweiten Kampf um die Einflußsphären. Dabei ist ihnen auch eine Lockerung und Störung der ökonomischen Beziehungen zwischen Westeuropa und dem Sowjetblock, die die von den USA vorgelegten Boykottmaßnahmen mit sich bringen wurden, nicht unwillkommen. Für die europäischen Imperialisten verstärkt die Krise um Polen objektiv die Bedeutung des Bündnisses und gleichzeitig die Führung der USA in diesem Bündnis. Das ist ein Grund für den steigenden Kurs des Dollar und den Fall der DM. Die westeuropäischen Imperialisten wollen dabei noch Spielraum behalten, daher ihre Weigerung, die Gegenmaßnahmen *vorweg* zu beschließen. Die Ostgeschäfte setzt man nicht leichtfertig aufs Spiel. – Die Sozialimperialisten haben prompt daran erinnert, daß auch sie Trümpfe in Mitteleuropa in der Hand haben: die DDR erklärte, daß von einer Bonner „Abbruchpolitik" *alle* getroffenen Vereinbarungen berührt würden. Dazu gehören auch die Berlin-Regelungen.

Die südkoreanische Regierung hat letzte Woche acht politische Häftlinge freigelassen, darunter einen der Mitangeklagten Kim Dae Jungs. Bei Demonstrationen in Seoul wurden am 12.12. elf Personen festgenommen. Das Urteil gegen Kim soll erst nach Abschluß des Besuchs des US-Verteidigungsministers Brown am 23.12. verkündet werden. (Bild: Solidaritätsveranstaltung in Japan)

Gegen Freihandel heißt nicht, für Protektionismus sein
Reformisten führen auf einen Irrweg

frb. Mit der Verengung des Weltmarktes ist auch der Ruf nach Maßnahmen zur Einschränkung wieder lauter geworden. So fordert der Kapitalistenverband der Textilindustrie eine Verlängerung und „Verbesserung" des Welttextilabkommens, welches Exportländern der Dritten Welt Exportquoten aufzwingt. Wirtschaftsminister Lambsdorff dagegen hatte schon auf der UNCTAD-Konferenz in Manila erklärt, das Welttextilabkommen gelte als klassisches Beispiel für protektionistische Behinderungen und könne kein Dauerelement des Welthandels sein. Gegen diese Haltung des Ministers hat nun die Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu Aktionen aufgerufen. Es ist die erste Gewerkschaftsaktion dieser

Aber wenn wir uns nicht für diesen Freihandel stark machen, so erst recht nicht für Protektionismus. Wer gegen Lambsdorff ist, muß noch lange nicht für Gesamttextil sein. Lambsdorff spricht für den BRD-Imperialismus, für den Handelsfreiheit lebensnotwendig ist. Daß die Textilkapitalisten abweichende Interessen haben, hat spezielle Gründe. Sie sind von der Konkurrenz gebeutelt, insbesondere aus Ländern der Dritten Welt.

Mit der Ausbeutung dieser Länder hatte der Kapitalismus seine vorübergehende Prosperität in den 50er und 60er Jahren erkauft. Jetzt bauen diese Länder eine bescheidene Industrie auf, wozu zuerst die Textilindustrie gehört.

Breschnews „Freundschafts"-reise mit Schattenseiten

Indien spricht sich bei Breschnew-Besuch gegen jede Form der Intervention aus

wig. Breschnews Indienreise, die er letzte Woche mit mehrhundertstarkem Gefolge antrat, wurde gleich am ersten Tag von Demonstrationen gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan begleitet. Aus Sicherheitsgründen verlegte man den ursprünglich im Freien geplanten Empfang in die Kongreßhalle. Was hatte Breschnew überhaupt bewogen, zum jetzigen Zeitpunkt nach Indien zu reisen? In einer Situation, in der die Interventionen der sozialimperialistischen Supermacht in Afghanistan und Kampuchea von immer mehr Ländern verurteilt werden, ebenso wie die Interventionsvorbereitungen in Polen, wollte Breschnew den Besuch nutzen, die Trommel für erneutes Friedensgesäusel zu rühren, und Indien wieder fester an die Leine zu bekommen.

Es war die erste Reise Breschnews außerhalb des Warschauer Paktes nach der Invasion Afghanistans. Indien hatte sich auf Grund des Drucks der SU bei beiden Abstimmungen über den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan in der UNO enthalten und das Heng Samrin Regime diplomatisch anerkannt. Das trieb Indien zunehmend in die Isolation, vor allem bei den blockfreien Ländern und den Ländern der Dritten Welt, einer der Gründe, weshalb die indische Regierung in den letzten Monaten, wenn auch indirekt, gegen die sowjetische Intervention Stellung genommen hatte. Bei dem Besuch des indonesischen Präsidenten Suharto hatten beide Länder in einem Kommunique festgehalten, daß sie es begrüßen, daß das Volk von Afghanistan bis zum letzten für die nationale Souveränität und und gegen die ausländische Intervention kämpfen will.

Ein anderer Grund liegt in der wachsenden Präsenz der Flotten der beiden Supermächte im Indischen Ozean, woran Indien genausowenig ein Interesse hat wie an den globalen strategischen Interessen der sozialimperialistischen Supermacht, einen Zugang zum Indischen Ozean zu erlangen. Indien hat trotz des „Freundschaftsvertrages" mit der SU gerade gegenwärtig einen gewissen Spielraum, weil die SU international zunehmend in die Isolation gerät und auf keinen Fall einen Bündnispartner außerhalb des Warschauer Paktes verlieren will. Diesen Spielraum hat die indische Regierung vor und während des Breschnew-Besuchs genutzt.

Gleich am ersten Tag erkärte der indische Präsident Reddy: „Wir in Indien lehnen jede Form der Intervention, verhüllt oder unverhüllt, durch fremde Kräfte in die internen Angelegenheiten der Region ab." Wir haben die glühende Hoffnung, daß die Spannungen gelöst und die Konflikte in der Region ohne Verzögerung beendet werden im Geiste der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz." Auch Indira Gandhi erklärte, es müsse eine Lösung gefunden werden, die Afghanistan den Status eines unabhängigen, souveränen, blockfreien Landes zurückgibt. Indiens Außenminister betonte am Tag vor Breschnews Ankunft, Indien gehöre fest zur Blockfreienbewegung und wolle nicht „irgendeines Spielzeug" werden. Breschnew machte spätestens bei seiner zweiten Rede vor den beiden Häusern des indischen Parlaments deutlich, daß die SU keinen Schritt zurückweichen wird. Eine politische Lösung in Bezug auf Afghanistan könne es nur geben, wenn Pakistan und Iran normale Beziehungen zum sowjetischen Regime in Afghanistan aufnehmen würden. Er verlangte die „Anerkennung der Realitäten". Gleichzeitig pochte er auf die sowjetische Hilfe, vor allem die Militärhilfe an Indien und machte damit deutlich, daß der Spielraum des „Verbündeten" eben äußerst eng sei. Er legte die abgestandene „Doktrin für Frieden und Sicherheit" in der Region erneut vor und forderte Indien auf, sich ihr anzuschließen und damit die Besetzung Afghanistans hinzunehmen und den Vorschlag zur Schwächung der Präsenz der anderen Supermacht in diesem Teil der Welt zu unterstützen. In Abschlußdokumenten des Besuchs ist Breschnews Vorschlag nicht enthalten. Afghanistan taucht aber ebenso mit keiner Silbe auf.

Klassensolidarität

gek. Am 23. November um 19.35 hat in der Campagna südlich von Neapel die Erde gebebt. 126 Bergorte in einem hunderte Quadratkilometer großen Gebiet sind vollständig zusammengestürzt und begruben 5000 Bewohner unter sich. 7000 Verletzte konnten herausgeholt werden. Tagelang waren die Klopfzeichen von Eingeschlossenen zu hören, für die nicht schnell genug Hilfe kam. – Die Campagna, eines der ausgepowerten Landgebiete Europas, das seit hundert Jahren die unverbrauchte Arbeitskraft seiner Jungen an die Großindustrien in Norditalien, Deutschland oder Amerika liefern muß. Diese, ins Auto oder ins nächste Flugzeug gestürzt, waren jetzt vielfach schneller vor Ort als die staatlichen Hilfsmannschaften. Noch vor diesen erreichte auch die Welle der Klassensolidarität die Verunglückten. Tausende arbeitsloser Fiat-Arbeiter sind sofort hingeeilt und haben angefaßt. Gewerkschaften stellten Rettungsmannschaften auf. Die Transportarbeitergewerkschaft in Genua schickte binnen kurzem ein Schiff mit Wohnwagen, Zelten u.a.m. Die „roten Kommunen" im Norden, wie Bologna, schickten noch in der Unglücksnacht Konvois mit Milch, Decken, Medikamenten los. Bauernkooperative schickten Lebensmittel. Die staatlichen Behörden brauchten Tage, bis sie Armee-Einheiten mit schwerem Räumgerät in die Bergdörfer gebracht hatten. Die Säcke mit Löschkalk für die Toten, die oft noch lebten, schon dabei. Und die Bewohner waren nur noch im Weg, sollten umgesiedelt werden, statt ihnen zu helfen anzufassen, zu retten, wiederaufzubauen. – „Schlamperei der italienischen Behörden"? Nein, Schlamperei, Gleichgültigkeit, Bürokratismus eines *bürgerlichen* Staates, der selbst in solchen Fällen die selbständige Aktivität Hunderttausender nicht organisieren und entwickeln, sondern nur unterdrücken und behindern kann. – In Westberlin rief der SFB nach einer Reportage aus Santomenna, einem der zerstörten Orte, auf, für den Wiederaufbau zu spenden. In hunderten Abteilungen, Ämtern, Schulklassen, vor allem aber in Betrieben wurde sofort gesammelt. Nach 3 Tagen 1 Million, nach einer Woche 2,7 Millionen.

Weitere Demonstrationen gegen die Startbahn West

Tumultartige Stadtverordnetensitzung endet mit Waldverkauf

acd. Am Sonntag, den 7. Dezember, nahmen über 12000 Menschen in Rüsselsheim an einer erneuten Kundgebung gegen die Startbahn West teil. Aufgerufen hatte der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main. Die Teilnehmer der Kundgebung setzen sich – wie immer bei solchen Veranstaltungen – vor allem aus Leuten der Flughafenanliegergemeinden zusammen. Einer der Kundgebungsredner war der Rüsselsheimer Bürgermeister Storsberg. Die Stadt Rüsselsheim ist ebenfalls im Besitz von Waldgebiet, das die FAG für die Startbahn West benötigt. Unter Hinweis auf Flörsheim, das inzwischen beschlossen hat, seinen Wald zu verkaufen, betonte Storsberg unter großem Beifall der Kundgebungsteilnehmer, daß Rüsselsheim dies unter keinen Umständen tun werde. Rudi Müller, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Adam Opel AG, betonte das direkte Interesse der Arbeiter an einer intakten Umwelt, die zur Erholung vom Arbeitsprozeß nötig sei. Er sprach der Bewegung gegen die Startbahn West seine Unterstützung aus.

Am Mittwoch, den 10.12., zogen etwa 4000 Menschen in einem Fackelzug durch Flörsheim. Dort sollten am folgenden Abend die Stadtverordneten dem Waldverkauf des CDU-Magistrats zustimmen. Die Stadt Flörsheim ist eine der drei Kommunen, denen die Flughafen AG Waldgelände für den Startbahnbau abkaufen muß. Während gegen die anderen Kommunen Enteignungsverfahren sowie Verfahren auf vorherige Besitzeinweisung laufen, ist Flörsheim aus der Ablehnungsfront ausgeschert. Es hat sich von der FAG mit hohem Kaufpreis (10,50 DM/qm bei Baugelände; 4 DM/qm bei anschließendem Wald) und einer „Prämie" von 6,2 Mio. DM erpressen lassen. Letztere erhält die FAG zurück, falls bis Ende 1981 nicht mit dem Bau begonnen wird – Flörsheim darf nur die Zinsen behalten.

Bei 35 Mio. DM Schulden der Stadt ist der FAG dieses Erpresserstück leicht gefallen, der CDU-Bürgermeister hat schon einen Sporthallenneubau für die sicheren 1,2 Mio. DM Zinsen angekündigt. Mittlerweile überlegt auch die SPD-Mehrheit in Bischofsheim den Waldverkauf, der Landrat hat dagegen die Zahlung des Differenzbetrages zwischen Entschädigung bei Enteignung und hohem FAG-Angebot angeboten. Er will es aus Kreismitteln finanzieren.

Zur Stadtverordnetenversammlung demonstrierten erneut über 500 vor Polizeiketten. Als weitere fast 300 Zuhörer im Saal die Abstimmung verhindern wollten, inszenierte die Polizei eine blutige Saalschlacht. Die CDU-Mehrheitsfraktion stimmte später an anderem Ort alleine dem Verkauf zu.



Großkundgebung gegen die Startbahn West am 7.12. am Rüsselsheimer Mainufer. Über 12000 waren gekommen.

Nicht Mao Zedong und die Kulturrevolution stehen vor Gericht!

ges. Manchmal muß man Selbstverständlichkeiten ausdrücklich aussprechen: über die Verbrechen der Viererbande und der Lin Biao-Clique im Verlauf der Kulturrevolution haben nicht wir ein Urteil zu fällen, sondern ein ordentliches Gericht der Volksrepublik China auf Grundlage der Gesetze der Volksrepublik China. Vor Gericht stehen auch nicht die Kulturrevolution und Mao Zedong, der die Kulturrevolution initiiert hat, sondern bestimmte Angeklagte für bestimmte Anklagepunkte, die in der Anklageschrift einzeln aufgeführt sind. Wenn die Volksrepublik China heute die Verfahren gegen die Viererbande und gegen die Lin Biao-Clique durchführt, dann gehen die Verantwortlichen jedenfalls davon aus, daß man zwischen politischen Fehlern mit noch so katastrophalen Folgen – für einen solchen Fehler halten sie die Kulturrevolution – und politischen Verbrechen trennen kann. Das kann man auch.

Der Genosse thh. geht in seinem Bericht in KVZ 49 von der entgegengesetzten Auffassung aus. Seine Beweisführung widerlegt ihn jedoch selbst.

Er spielt auf ein Gespräch zwischen Mao und Zhang Chunquiao an. Mao soll angesichts von Auseinandersetzungen in Shanghai gesagt haben: „Wes-

des ZK? Inzwischen weiß man ..." Geht man davon aus, daß die Angaben stimmen, dann hat Mao Zedong einen politischen Fehler gemacht, indem er übersah, daß Zhang Chunquiao selber die Auseinandersetzungen angezettelt hatte und nur nach Richtlinien fragte, um in die Auseinandersetzungen offen eingreifen zu können und sie mit Hilfe der Staatsgewalt in seinem Sinne entscheiden zu können. Mao riet davon ab, von seiten der Staatsgewalt einzugreifen. Vielmehr sollte der Auseinandersetzung Spielraum gelassen werden, um zu sehen, wer recht hat und wen man im Interesse der Revolution unterstützen solle.

Das zeigt, daß die Kulturrevolution zu chaotischen Zuständen geführt hatte, und zeigt, daß Mao Zedong in dieser Entwicklung keineswegs einfach die Initiative innehatte. Das ist das eine. Das andere ist, daß verschiedene Kräfte die Kulturrevolution nutzten, um im trüben zu fischen und die Volksmassen in ihrem eigenen Interesse gegeneinander aufzuhetzen, und dies gleichzeitig gegenüber dem Parteivorsitzenden verbargen.

Man kann also zwischen Fehlern und Verbrechen unterscheiden, auch

Neuregelung des Armenrechts ab 1.1.1981 in Kraft

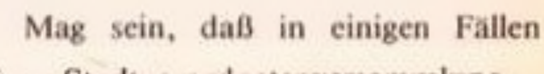
Zugang zu Behörden und Gerichten kaum erleichtert / Ratenbeteiligung eingeführt

ebk. Am 1.1.1981 treten das „Gesetz über die Prozeßkostenhilfe" und das „Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz)" in Kraft. (Vgl. KVZ 25/80)

Das Prozeßkostenhilfegesetz löst das bisherige Armenrecht, das allerdings in Strafprozessen nicht gilt, ab. Es befreit den Armen vorläufig von den Gerichtskosten und den Kosten eines eigenen Anwalts, wenn er erstens arm ist und zweitens sein Prozeß Aussicht auf Erfolg hat. Die Kostenbefreiung war immer nur vorläufig. Regelmäßig wurde nach erteiltem Armenrecht die Finanzlage überprüft. Hatte sie sich verbessert, wurden die vorgelegten Gerichts- und Anwaltskosten nachgefordert, wenn nötig, in Raten. Unter die Kostenbefreiung nach altem Recht fielen nicht die Kosten des Gegenanwalts. Die waren voll zu zahlen, wenn der Prozeß verlorenging. An diesen

Die Änderung gegenüber dem bisherigen Armenrecht liegt darin, daß einerseits das Prozeßkostenhilfegesetz feste Einkommensgrenzen für die Bewilligung von Armenrecht festlegt. Damit ist die unter dem alten Armenrecht herrschende Unsicherheit beseitigt, ob Armenrecht bewilligt wird oder nicht. Auf der anderen Seite ist die Einkommensgrenze mit 850 DM für einen Alleinstehenden, weiteren 450 DM für die erste und weiteren 275 DM für jede weitere unterhaltsberechtigte Person wohl niedriger als die bisher von den Gerichten angenommenen Einkommensgrenzen. Für jeden über diesen Einkommensgrenzen liegenden Einkommensbetrag legt die Tabelle eine monatliche Ratenbeteiligung an den Prozeßkosten fest, die bei einem Einkommen von 2400 DM für einen Alleinstehenden bis zu 520 DM mtl. gehen kann. Darüber gibt es keine Prozeßkostenhilfe mehr. Die Raten sind

Regelung, die eine finanzielle Unterstützung bei Inanspruchnahme eines Anwalts bedeutet hätten. Insofern ist sie von Vorteil. Dieser Vorteil ist aber mit einem bürokratischen Verfahren der Bewilligung der Beratungshilfe verbunden, der die tatsächliche Inanspruchnahme zu einem Spießrutenlauf machen wird: Antrag auf Beratungsschein beim Amtsgericht, Nachweis der Einkommensverhältnisse, Überprüfung durch das Amtsgericht, ob nicht durch sofortigen Rat Abhilfe geschaffen werden kann (wo Rat schnell zum dringenden Abraten werden kann), Aufsuchen eines Anwalts mit dem Beratungsschein und nachträgliche Überprüfung der späteren Einkommensverhältnisse zum Zweck der Rückforderung der vorgeschossenen Beratungs- und Prozeßkosten.



Mag sein, daß in einigen Fällen

ges. Manchmal muß man Selbstverständlichkeiten ausdrücklich aussprechen: über die Verbrechen der Viererbande und der Lin Biao-Clique im Verlauf der Kulturrevolution haben nicht wir ein Urteil zu fällen, sondern ein ordentliches Gericht der Volksrepublik China auf Grundlage der Gesetze der Volksrepublik China. Vor Gericht stehen auch nicht die Kulturrevolution und Mao Zedong, der die Kulturrevolution initiiert hat, sondern bestimmte Angeklagte für bestimmte Anklagepunkte, die in der Anklageschrift einzeln aufgeführt sind. Wenn die Volksrepublik China heute die Verfahren gegen die Viererbande und gegen die Lin Biao-Clique durchführt, dann gehen die Verantwortlichen jedenfalls davon aus, daß man zwischen politischen Fehlern mit noch so katastrophalen Folgen – für einen solchen Fehler halten sie die Kulturrevolution – und politischen Verbrechen trennen kann. Das kann man auch.

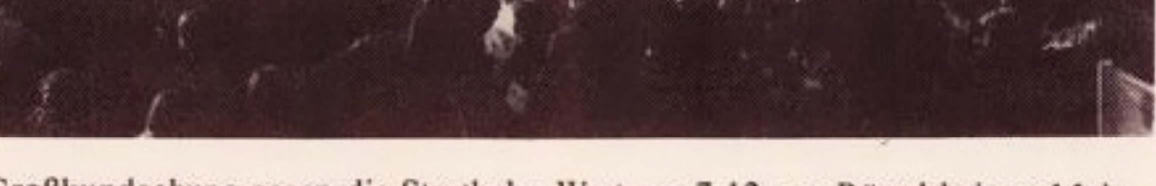
Der Genosse thh. geht in seinem Bericht in KVZ 49 von der entgegengesetzten Auffassung aus. Seine Beweisführung widerlegt ihn jedoch selbst.

Er spielt auf ein Gespräch zwischen Mao und Zhang Chunquiao an. Mao soll angesichts von Auseinandersetzungen in Shanghai gesagt haben: „Wes-
halb so ängstlich? Sie führen einen Bürgerkrieg und sind in einen heftigen Kampf verwickelt. Nicht du bist es, der sie zum Kampf veranlaßt hat. Laß sie doch eine Weile gewähren." Der Verfasser fährt dann fort: „Für diese bewaffneten Auseinandersetzungen wird die Viererbande heute als Anstifter verantwortlich gemacht. Durchaus zu Recht, aber wie steht es dann mit der Verantwortlichkeit des Vorsitzenden

des ZK? Inzwischen weiß man ..." Geht man davon aus, daß die Angaben stimmen, dann hat Mao Zedong einen politischen Fehler gemacht, indem er übersah, daß Zhang Chunquiao selber die Auseinandersetzungen angezettelt hatte und nur nach Richtlinien fragte, um in die Auseinandersetzungen offen eingreifen zu können und sie mit Hilfe der Staatsgewalt in seinem Sinne entscheiden zu können. Mao riet davon ab, von seiten der Staatsgewalt einzugreifen. Vielmehr sollte der Auseinandersetzung Spielraum gelassen werden, um zu sehen, wer recht hat und wen man im Interesse der Revolution unterstützen solle.

Das zeigt, daß die Kulturrevolution zu chaotischen Zuständen geführt hatte, und zeigt, daß Mao Zedong in dieser Entwicklung keineswegs einfach die Initiative innehatte. Das ist das eine. Das andere ist, daß verschiedene Kräfte die Kulturrevolution nutzten, um im trüben zu fischen und die Volksmassen in ihrem eigenen Interesse gegeneinander aufzuhetzen, und dies gleichzeitig gegenüber dem Parteivorsitzenden verbargen.

Man kann also zwischen Fehlern und Verbrechen unterscheiden, auch
wenn politische Fehler die Bedingungen abgaben, damit politische Verbrecher sich entfalten konnten. Zu Recht beschäftigt sich das Beijinger Gericht nur mit letzteren. Für die Beurteilung der Kulturrevolution und Maos sind wir selber zuständig wie jeder Zeitgenosse und Kommunist. Dabei werden wir mehr Zeit brauchen als das Beijinger Gericht und auch kaum jemals die Akten schließen können.



Großkundgebung gegen die Startbahn West am 7.12. am Rüsselsheimer Mainufer. Über 12000 waren gekommen.

Zur Stadtverordnetenversammlung demonstrierten erneut über 500 vor Polizeiketten. Als weitere fast 300 Zuhörer im Saal die Abstimmung verhindern wollten, inszenierte die Polizei eine blutige Saalschlacht. Die CDU-Mehrheitsfraktion stimmte später an anderem Ort alleine dem Verkauf zu.

Neuregelung des Armenrechts ab 1.1.1981 in Kraft

Zugang zu Behörden und Gerichten kaum erleichtert / Ratenbeteiligung eingeführt

ebk. Am 1.1.1981 treten das „Gesetz über die Prozeßkostenhilfe" und das „Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz)" in Kraft. (Vgl. KVZ 25/80)

Das Prozeßkostenhilfegesetz löst das bisherige Armenrecht, das allerdings in Strafprozessen nicht gilt, ab. Es befreit den Armen vorläufig von den Gerichtskosten und den Kosten eines eigenen Anwalts, wenn er erstens arm ist und zweitens sein Prozeß Aussicht auf Erfolg hat. Die Kostenbefreiung war immer nur vorläufig. Regelmäßig wurde nach erteiltem Armenrecht die Finanzlage überprüft. Hatte sie sich verbessert, wurden die vorgelegten Gerichts- und Anwaltskosten nachgefordert, wenn nötig, in Raten. Unter die Kostenbefreiung nach altem Recht fielen nicht die Kosten des Gegenanwalts. Die waren voll zu zahlen, wenn der Prozeß verlorenging. An diesen
Grundsätzen hält auch das neue Gesetz ausdrücklich fest: „Die Einführung des ‚Nulltarifs' würde daher bedeuten, daß die Staatskasse auch die Gebühren der Rechtsanwälte übernehmen müßte. Dies würde aber wiederum zu einer ganz erheblichen Belastung der Staatskasse und damit des allgemeinen Steueraufkommens, d.h. zu einer Abwälzung der Kostenlast auf die Allgemeinheit, führen."

Die Änderung gegenüber dem bisherigen Armenrecht liegt darin, daß einerseits das Prozeßkostenhilfegesetz feste Einkommensgrenzen für die Bewilligung von Armenrecht festlegt. Damit ist die unter dem alten Armenrecht herrschende Unsicherheit beseitigt, ob Armenrecht bewilligt wird oder nicht. Auf der anderen Seite ist die Einkommensgrenze mit 850 DM für einen Alleinstehenden, weiteren 450 DM für die erste und weiteren 275 DM für jede weitere unterhaltsberechtigte Person wohl niedriger als die bisher von den Gerichten angenommenen Einkommensgrenzen. Für jeden über diesen Einkommensgrenzen liegenden Einkommensbetrag legt die Tabelle eine monatliche Ratenbeteiligung an den Prozeßkosten fest, die bei einem Einkommen von 2400 DM für einen Alleinstehenden bis zu 520 DM mtl. gehen kann. Darüber gibt es keine Prozeßkostenhilfe mehr. Die Raten sind
bis auf die Dauer von zwei Jahren zu bezahlen, auch wenn im Einzelfall die aufgewendeten Prozeßkosten damit noch nicht gedeckt wären.

Das Beratungshilfegesetz ergänzt das Prozeßkostenhilfegesetz in bezug auf Rechtsrat und die Vertretung außerhalb gerichtlicher Verfahren mit denselben Einkommmensgrenzen und Ratenbeteiligungen. Für diesen ganzen Bereich gab es bisher praktisch keine

Regelung, die eine finanzielle Unterstützung bei Inanspruchnahme eines Anwalts bedeutet hätten. Insofern ist sie von Vorteil. Dieser Vorteil ist aber mit einem bürokratischen Verfahren der Bewilligung der Beratungshilfe verbunden, der die tatsächliche Inanspruchnahme zu einem Spießrutenlauf machen wird: Antrag auf Beratungsschein beim Amtsgericht, Nachweis der Einkommensverhältnisse, Überprüfung durch das Amtsgericht, ob nicht durch sofortigen Rat Abhilfe geschaffen werden kann (wo Rat schnell zum dringenden Abraten werden kann), Aufsuchen eines Anwalts mit dem Beratungsschein und nachträgliche Überprüfung der späteren Einkommensverhältnisse zum Zweck der Rückforderung der vorgeschossenen Beratungs- und Prozeßkosten.

Mag sein, daß in einigen Fällen
durch die klare betragsmäßige Festlegung der Zugang zu Behörden und Gerichten tatsächlich erleichtert ist. In vielen Fällen, in denen bisher Armenrecht gewährt werden konnte, ist jetzt die Ratenbeteiligung vorgesehen. Nach wie vor bleiben die Kosten eines verlorenen Prozesses hoch, weil sich der Prozeßgegner, außer daß er den Prozeß sowieso gewonnen hat, obendrein auch noch die Kosten holen kann.

NRW-Landesregierung: „Solidaritätsbeitrag"

dog. Den Jusos hatte NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) es schon am Wochenende kundgetan: Zum Ausgleich für nicht vorhandene Ängste um den Arbeitsplatz sollten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen „Solidaritätsbeitrag" erbringen. Mitte der Woche zog die nordrhein-westfälische Landesregierung ihren Haushaltsentwurf zurück. Die Deckungslücke von einer Milliarde DM sollte durch das „besondere Opfer" gestopft werden. Auch die Minister seien bereit, auf einen Teil ihrer Bezüge im Rahmen der „Solidarität" zu verzichten. Wenn nicht *alle* Bezüge im öffentlichen Dienst gekürzt würden, könnten sie ihr „Sonderopfer" nur als Spende an die Landeshauptkasse zurückschicken. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Farthmann (NRW) hat denn gleich noch einen „sozial gerechten und ausgewogenen" Vorschlag in die Debatte gebracht: Alle Gehälter im öffentlichen Dienst sollten 1981 lediglich um 80 DM erhöht werden. Bundesinnenminister Baum hat nach einem Gespräch mit dem für Beamte zuständigen Mitglied des DGB-Vorstandes und dem Vorsitzenden des Beamtenbundes erklärt, zwar käme ein „Sonderopfer" des öffentlichen Dienstes zur Haushaltsentlastung nicht in Betracht, wenn auch gemeinsame Überlegungen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte angestellt werden müßten.

IG Metall-Vorsitzender kritisiert Regierungserklärung

dog. Vor dem Beirat der IG Metall hat Eugen Loderer die Regierungserklärung Helmut Schmidts scharf kritisiert. Die Wahlprüfsteine hätten bei ihrer Abfassung nicht Pate gestanden. Die Regierung werde ihrer Verantwortung für eine aktive Vollbeschäftigungspolitik nicht gerecht. Die sozialen Perspektiven, die sich aus den Haushaltsbeschlüssen ergeben, seien düster. Die Privilegien bestimmter Gruppen seien aus wahlpolitischen Überlegungen nicht angetastet worden, jetzt meine man, die Probleme lösen zu können, indem die Arbeitnehmer erneut zur Ader gelassen würden. Gegen die Koalitionsvereinbarung zur Montanmitbestimmung will die IG Metall an der Basis der politischen Parteien auf breiter Front aktiv werden.

Asylrecht wird vollends erdrosselt

vip. Im November sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums noch ca. 4000 Asylanträge gestellt worden. Darunter befanden sich auch solche von hier lebenden Ausländern und teilweise Kontingentflüchtlinge. Einen wachsenden Anteil machen die Ostblockflüchtlinge aus (September: 707). In Frankfurt kommen nur noch vereinzelt Flüchtlinge an. Dennoch wird das Asylverfahren weiter „beschleunigt". Am 16. Dezember berät der Bundesrat über folgende Vorschläge seines Rechtsausschusses: berät der Bundesrat über folgende Vorschläge seines Rechtsausschusses: 1. Die Ausländerbehörden erhalten künftig eine Vorprüfungskompetenz; sie dürfen „offensichtlich unbegründete" Asylanträge ablehnen. 2. In den verwaltungsgerichtlichen Verfahren entscheiden Einzelrichter (bisher: drei Berufsrichter plus zwei Laienrichter). 3. Die Berufung ist nur zugelassen, wenn die „Sache von grundsätzlicher Bedeutung" ist oder das Urteil von Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte abweicht – also praktisch nie. Am 14.11. ist eine Asyl-Arbeitsgruppe der 11 Bundesländer zusammengetreten, die zur Aufnahmekapazität der BRD „ganz entscheidende Überlegungen anstellt".

Sofortige Zusammenlegung von A. Speitel und H. Krabbe

ang. Wie in der Presse bereits gemeldet, hat Angelika Speitel – seit über zwei Jahren in Isolationshaft – einen Selbstmordversuch in der Justizvollzugsanstalt Köln unternommen. Die Regierung versucht mit speziellen Haftmaßnahmen, der räumlichen Abtrennung von anderen Gefangenen, der Beschneidung und strikten Zensur aller Kontakte zur Außenwelt und zahlreichen Schikanen unter dem Vorwand der „Sicherheit" zu verhindern, daß die Gefangenen aus der RAF ihren politischen Zusammenhang und ihre politische Identität bewahren. Besuche sowieso nur hinter Trennscheibe und unter totaler Überwachung werden nur von gesiebten Leuten zugelassen. Ständig droht der sofortige Abbruch des Besuchs z.B. bei Gesprächen „über kriminelle Aktivitäten in der ‚Terroristen-Szene'" (so ein Haftbeschluß). Ähnlich verhält es sich mit dem Briefverkehr. Als dringend notwendigen ersten Schritt gegen diese mörderische Isolation fordern Angelika Speitel und Hanna Krabbe, die unter den gleichen Bedingungen in Köln in Haft ist, ihre sofortige Zusammenlegung.

Westberliner SPD gegen Kommunalwahlrecht für Ausländer

dog. Zum zweiten Mal hat sich am vorletzten Wochenende der Landesparteitag der SPD in Westberlin mit der Integration von Ausländern befaßt. Verabschiedet wurden Leitlinien für das „Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern". Abgelehnt wurde das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene. Begründung des regierenden Bürgermeisters Stobbe: Es bestehe die Gefahr, daß die Kommunalparlamente mit Vertretern extremer politischer Gruppierungen besetzt würden. Heftig umstritten war die drastische Einschränkung der Familienzusammenführung. Stobbe verlangte ein Verbot der Familienzusammenführung durch „Zuheirat". – Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit waren Ende März 1980 erstmals seit 1975 mehr als zwei Millionen Ausländer in der BRD beschäftigt, 7,3% mehr als ein Jahr zuvor.

DVR Jemen: Wie sicher ist der „sicherste" Stützpunkt der SU?

Wirtschaftliche Lage kritisch / Die Auseinandersetzung um die Abhängigkeit von der SU geht weiter

chm. Am 14.10. beendete die Sozialistische Partei des Jemen, SPJ, ihren a.o. Parteitag, der am 12.10. angefangen hatte und unmittelbar nach der Eröffnung in geschlossenen Beratungen fortgesetzt worden ist. Dem Parteitag lagen vor der Politische Bericht des Zentralen Komitees, vorgelegt vom Generalsekretär, Ali Nasser Mohamed, und die Direktiven des ZK für Änderungen des 2. Fünfjahresplans. Eine Wachstumsrate von 10,1% ist veranschlagt (Wachstumsrate beim 1. Fünfjahresplan: 8,5%). Kosten soll er 425,6 Mio. Jemenitische Dinar (= 2,4 Mrd. DM). Das ist eine Erhöhung von 118% gegenüber dem 1. Fünfjahresplan. „Vorrang in der Entwicklungspolitik der VDRJ haben der staatliche und der genossenschaftliche Sektor der Wirtschaft. Priorität wird vor allem folgenden Zweigen eingeräumt: Fischerei, Bauwesen, Verkehrs- und Fernmeldewesen sowie Dienstleistungen", schreibt das „Neues Deutschland" am 15.10. Diese neuen Direktiven sind erlassen worden zwei Jahre vor Ablauf des 2. Fünfjahresplanes 1981, er ist auch um weitere zwei Jahre verlängert worden.

Die Demokratische Volksrepublik Jemen gehört nach Angaben der UNO immer noch zu den ärmsten Staaten der Erde. Am Ausgang des Roten Meeres gelegen, grenzt sie im Westen an die Meerenge von Bab el-Mandeb, im Nordwesten an die Arabische Republik Jemen, im Osten an Oman und ist im Norden durch die innerarabische Wüste Rub' al-Khali mit Saudiarabien verbunden. Das Land ist etwa 100000 qkm größer als die BRD, allerdings nur 2% der Gesamtfläche sind besiedelt. 10% der 1,9 Mio. Bewohner sind Nomaden. ⅔ der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Aber nur das Wadi Hadramaut im nördlichen Zentralteil ist richtig fruchtbar. Die Analphabetenrate beträgt über 60%. 23% der Bevölkerung sind erwerbstätig. (Dazu zählen auch die 120000 Jemeniten, die in den benachbarten Ölstaaten arbeiten müssen.) Auf ⅓ der Anbaufläche wächst Getreide. Für den Export werden Baumwolle und Kaffee gepflanzt. 10% des Bruttoinlandsprodukts macht die Fischerei aus. Sie hat 40% Anteil am Exporterlös. Nur 23% der Haushalte in der Stadt haben elektrischen Strom und 2% auf dem Land. Mit Ausnahme der Erdölraffinerie und einer Textilfabrik mit ca. 1000 Arbeitern in Aden gibt es nur Kleinbetriebe. Das Einkommen liegt zwischen 142 und 400 DM. Das Öl für die Raffinerie kommt sowohl aus Kuwait als auch aus Saudiarabien.

Die politische Führung des Landes hat die Sozialistische Partei des Jemen, eine „Vorhutspartei neuen Typs", entstanden 1978 aus dem Zusammenschluß der revisionistischen KP, der Baath-Partei, der Nationalarabischen Partei und der PO/NF, Politische

Jemen, im Osten an Oman und ist im Norden durch die innerarabische Wüste Rub' al-Khali mit Saudiarabien verbunden. Das Land ist etwa 100000 qkm größer als die BRD, allerdings nur 2% der Gesamtfläche sind besiedelt. 10% der 1,9 Mio. Bewohner sind Nomaden. ⅔ der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Aber nur das Wadi Hadramaut im nördlichen Zentralteil ist richtig fruchtbar. Die Analphabetenrate beträgt über 60%. 23% der Bevölkerung sind erwerbstätig. (Dazu zählen auch die 120000 Jemeniten, die in den benachbarten Ölstaaten arbeiten müssen.) Auf ⅓ der Anbaufläche wächst Getreide. Für den Export werden Baumwolle und Kaffee gepflanzt. 10% des Bruttoinlandsprodukts macht die Fischerei aus. Sie hat 40% Anteil am Exporterlös. Nur 23% der Haushalte in der Stadt haben elektrischen Strom und 2% auf dem Land. Mit Ausnahme der Erdölraffinerie und einer Textilfabrik mit ca. 1000 Arbeitern in Aden gibt es nur Kleinbetriebe. Das Einkommen liegt zwischen 142 und 400 DM. Das Öl für die Raffinerie kommt sowohl aus Kuwait als auch aus Saudiarabien.

Die politische Führung des Landes hat die Sozialistische Partei des Jemen, eine „Vorhutspartei neuen Typs", entstanden 1978 aus dem Zusammenschluß der revisionistischen KP, der Baath-Partei, der Nationalarabischen Partei und der PO/NF, Politische

Organisation/Nationale Front.

Die PO/NF ist hervorgegangen aus der Nationalen Befreiungsfront, NLF, die den Kampf gegen die britischen Imperialisten bis zu ihrer Vertreibung 1967 geführt hat. Im Juni 1968 setzte sich der Flügel der NLF durch, der sich als sozialistisch verstand, gegenüber dem panarabischen Flügel: Die ausländischen Banken wurden verstaatlicht, eine Agrarreform durchgeführt, die den Landbesitz auf 20 feddan reduzierte. Das beschlagnahmte Land wurde an die besitzlosen Bauern verteilt, die in Genossenschaften und Staatsgütern zusammengeschlossen wurden. Um die Stammesstrukturen zu zerschlagen, wurden 6 Verwaltungsbezirke geschaffen, mitten durch die Stammesgebiete hindurch. Weder die Landreform noch die Verwaltungsreform stießen auf viel Gegenliebe: Die Stämme führen im Norden, gedeckt von der Arabischen Republik Jemen, einen zähen Krieg gegen die Zentralregierung. 400000 Flüchtlinge aus der DVRJ sind inzwischen in der ARJ.

Die Bindungen der DVRJ an die SU reichen noch in die Zeit vor der Unabhängigkeit. Sie liefen über Waffenlieferungen und über die militärische und politische Ausbildung der Kader. Das sind auch heute noch die beiden Hebel, mit denen die SU die DVRJ an sich bindet. Handlangerdienste leisten ihr dabei sowohl die DDR als auch Kuba: Die DDR kontrolliert die Ausbildung der Polizei und der Geheimpolizei, Kuba die der Parteimiliz, deren Zahl inzwischen auf 55000 gestiegen sein soll. Die Armee hat sich die SU vorbehalten. Die Ausbilder in der Kaderschule der Partei sind aus der SU und der



Von links nach rechts: Salim Rubai' Ali, Abdel Fattah Ismail und Ali Nasser Mohamed



Von links nach rechts: Salim Rubai' Ali, Abdel Fattah Ismail und Ali Nasser Mohamed

Die Bindungen der DVRJ an die SU reichen noch in die Zeit vor der Unabhängigkeit. Sie liefen über Waffenlieferungen und über die militärische und politische Ausbildung der Kader. Das sind auch heute noch die beiden Hebel, mit denen die SU die DVRJ an sich bindet. Handlangerdienste leisten ihr dabei sowohl die DDR als auch Kuba: Die DDR kontrolliert die Ausbildung der Polizei und der Geheimpolizei, Kuba die der Parteimiliz, deren Zahl inzwischen auf 55000 gestiegen sein soll. Die Armee hat sich die SU vorbehalten. Die Ausbilder in der Kaderschule der Partei sind aus der SU und der

DDR. Die Sozialimperialisten sind über die Waffenlieferungen zum Hauptgläubiger des Landes geworden mit 235 Mio. $ Kreditschuld. Im Oktober '79 unterzeichnete der inzwischen abgesetzte Generalsekretär der SPJ, Ismail, einen Freundschafts- und Beistandspakt in Moskau, der die DVRJ verpflichtet, bei allen Fragen, „die den Frieden betreffen", die SU zu konsultieren. Drei Wochen später kam ein ähnlicher Vertrag mit der DDR zustande. In beiden Verträgen ist die „Unterstützung bei der Ausbildung nationaler Kader" verankert. Die DVRJ hat Beobachterstatus beim RGW; in der UNO hat sie sowohl gegen das Demokratische Kampuchea als auch für die Aggression in Afghanistan gestimmt, sie unterstützt Äthiopien in seinem schmutzigen Krieg gegen Eritrea.

Die Mißerfolge im wirtschaftlichen Aufbau, die innen- und außenpolitische Isolierung haben die Widersprüche innerhalb der Führung verschärft, wie der Aufbau des Landes vor sich gehen und welche Außenpolitik die DVRJ verfolgen solle. Den ersten Einbruch erlitt die Politik der Bindung an die SU durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudiarabien im Jahre 1976, die mit einem Kredit über 400 Mio. $ gekoppelt war, dreimal soviel wie das damalige Haushaltsvolumen. 1977 nahm Salim Rubai' Ali, im Juni 1978 wegen „Kollaboration mit den imperialistischen Mächten" hingerichtet, an einer Konferenz mit der ARJ, Somalia und Sudan teil, die die Sicherung der Region des Roten Meeres durch die Anrainerstaaten befürwortete und sich gegen die Einmischung ausländischer Mächte dort aus-

DVRJ verfolgen solle. Den ersten Einbruch erlitt die Politik der Bindung an die SU durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudiarabien im Jahre 1976, die mit einem Kredit über 400 Mio. $ gekoppelt war, dreimal soviel wie das damalige Haushaltsvolumen. 1977 nahm Salim Rubai' Ali, im Juni 1978 wegen „Kollaboration mit den imperialistischen Mächten" hingerichtet, an einer Konferenz mit der ARJ, Somalia und Sudan teil, die die Sicherung der Region des Roten Meeres durch die Anrainerstaaten befürwortete und sich gegen die Einmischung ausländischer Mächte dort aus-

sprach. Mit der ARJ wurde anschließend, zum ersten Mal seit 1972, über eine mögliche Einigung gesprochen.

Nach der Hinrichtung Alis beeilte sich sein Nachfolger, Ismail, zu bestätigen, daß sich nichts an der Politik des Landes geändert habe. Jedoch: 2000 südjemenitische Soldaten marschierten Anfang 1979 in den Nordjemen ein und besetzten drei Grenzstädte. Erst nach Vermittlung der Arabischen Liga zogen sie sich zurück.

Im April 1980 begrüßte die SU die Möglichkeit einer Einigung „auf friedlichem Wege" zwischen beiden Staaten des Jemen: Kurz davor hatte sie einen Vertrag über umfangreiche Waffenlieferungen an die ARJ unterzeichnet, der auch die Entsendung von 230 sowjetischen Beratern verfügte. Diesmal mußte der Generalsekretär Ismail, der nie ein großer Befürworter eines Zusammenschlusses war, über die Klinge springen. Er war für die weitere Unterstützung der „Nationaldemokratischen Front für den Nordjemen", die vom Territorium der DVRJ aus ständig Angriffe gegen die ARJ durchführte. Seit April ist er aus „Gesundheitsgründen" all seiner Ämter enthoben. Ali Nasser Mohamed ist jetzt Generalsekretär, Staats- und Ministerpräsident und Vorsitzender des Obersten Volksrates und des Staatssicherheitsrates. Am 26.11. erklärten die Kommissionen, die die Einheit vorbereiten, daß sie die Schaffung einer einheitlichen Währung, die Fusion der Staatsbanken, die Koordinierung des Handels und der Bereiche Information, Erziehung und Kultur beschlossen hätten. Saudiarabien hat die Streichung aller Kredite an die DVRJ, die sie im Januar

dig Angriffe gegen die ARJ durchführte. Seit April ist er aus „Gesundheitsgründen" all seiner Ämter enthoben. Ali Nasser Mohamed ist jetzt Generalsekretär, Staats- und Ministerpräsident und Vorsitzender des Obersten Volksrates und des Staatssicherheitsrates. Am 26.11. erklärten die Kommissionen, die die Einheit vorbereiten, daß sie die Schaffung einer einheitlichen Währung, die Fusion der Staatsbanken, die Koordinierung des Handels und der Bereiche Information, Erziehung und Kultur beschlossen hätten. Saudiarabien hat die Streichung aller Kredite an die DVRJ, die sie im Januar

79 verfügt hatte, bekräftigt und die Ölzufuhr an die Raffinerie von Aden gestoppt.

Divergierende Interessen am Roten Meer

chm. Das Rote Meer, an das sowohl die Arabische Republik Jemen als auch die DVR Jemen grenzen, fließt wie der Persische Golf ins Arabischen Meer. Die Straße von Bab el-Mandeb, die zu den nationalen Gewässern der DVR Jemen gehört, verbindet das Rote Meer mit dem Arabischen Meer und damit auch mit dem Indischen Ozean. Die anderen Anrainerstaaten des Roten Meeres sind Ägypten, Sudan, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibouti und Affar und Issas. Die beiden Supermächte streiten sich, wer am ehesten das Kontrollrecht über das Rote Meer welchem Anrainerstaat entreißen kann, zumal die Wiedereröffnung des Suezkanals, der das Bindestück zum Mittelmeer darstellt, ihm seine volle Bedeutung zurückgegeben hat. Die SU hat Nutzungsrechte sowohl an der Ost- als auch an der Westküste: Im südjemenitischen Hafen Aden, den Inseln Perim und Khoraksar, im eritreischen Archipel Dahlak und dem Hafen Massawa, beide von Äthopien kontrolliert. Sie hat ebenfalls Nutzungsrechte auf der Insel Sokotra, die 500 km dem Festland vorgelagert, im Arabischen Meer liegt und der DVR Jemen gehört. Dieses Jahr haben die USA Terrain gewonnen durch die Nutzungsrechte im somalischen Hafen Berbera und in den omanischen Inseln Diego Garcia und Masirah. Das Camp-David-Abkommen hat Israel das Durchfahrtsrecht durch den Suezkanal gesichert. Damit kann der zionistische Staat seine Ölversorung sichern und militärisch an der arabischen Südflanke präsent sein.

Den US-Imperialisten geht es um die Sicherung der Seewege zu den Ölquellen und in den Indischen Ozean. Für die SU ist das Rote Meer das strategische Verbindungsglied vom Mittelmeer aus Richtung Afrika und zu den „warmen Meeren". (Persischer Golf und Indischer Ozean) Einen großen Schritt in Richtung der „warmen Meere" hat sie mit der Besetzung Afghanistans gemacht. Bei seinem Besuch in Indien hat Breschnew eine sogenannte „Friedens- und Sicherheitsdoktrin" für den Persischen Golf vorgelegt. Danach sollen sich die USA, die VR China, Japan „und andere interessierte Mächte" (zit. n. „Süddeutsche Zeitung", 14.12.1980) zusammen mit der SU verpflichten, alle Stützpunkte im Gebiet des Persischen Golfes aufzulösen, keine neuen zu errichten und sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten der Staaten der Region zu enthalten. Das ist ein dreistes Ablenkungsmanöver von der Aggression gegen das afghanische Volk. Nach ihrer Niederlage vor der UNO in der Afghanistanfrage rechnet die SU sich vielleicht aus, mit einem „Friedensvorschlag" für das Kriegsgebiet am Golf, wo sie sowohl im Irak als auch im Iran über Waffenlieferungen als auch über politische Infiltration Einfluß hat, etwas Boden zu gewinnen.

kann der zionistische Staat seine Ölversorung sichern und militärisch an der arabischen Südflanke präsent sein.

Den US-Imperialisten geht es um die Sicherung der Seewege zu den Ölquellen und in den Indischen Ozean. Für die SU ist das Rote Meer das strategische Verbindungsglied vom Mittelmeer aus Richtung Afrika und zu den „warmen Meeren". (Persischer Golf und Indischer Ozean) Einen großen Schritt in Richtung der „warmen Meere" hat sie mit der Besetzung Afghanistans gemacht. Bei seinem Besuch in Indien hat Breschnew eine sogenannte „Friedens- und Sicherheitsdoktrin" für den Persischen Golf vorgelegt. Danach sollen sich die USA, die VR China, Japan „und andere interessierte Mächte" (zit. n. „Süddeutsche Zeitung", 14.12.1980) zusammen mit der SU verpflichten, alle Stützpunkte im Gebiet des Persischen Golfes aufzulösen, keine neuen zu errichten und sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten der Staaten der Region zu enthalten. Das ist ein dreistes Ablenkungsmanöver von der Aggression gegen das afghanische Volk. Nach ihrer Niederlage vor der UNO in der Afghanistanfrage rechnet die SU sich vielleicht aus, mit einem „Friedensvorschlag" für das Kriegsgebiet am Golf, wo sie sowohl im Irak als auch im Iran über Waffenlieferungen als auch über politische Infiltration Einfluß hat, etwas Boden zu gewinnen.

Die Anrainerstaaten am Roten Meer und am Persischen Golf haben andere Interessen, die sie bisher mit relativ wenig Erfolg haben durchsetzen können. Schon 1973 gab es die erste Initiative, eine Konferenz der Anrainerstaaten des Roten Meeres einzuberufen, die zu einer gemeinsamen Sicherung der Region führen sollte. Sie ging damals von der DVR Jemen und Somalia aus. Die Konferenz scheiterte daran, daß weder Ägypten, noch Saudi-Arabien Interesse daran hatten, weil sie vermuteten, dahinter könnten die Sozialimperialisten stecken. Der Erfolg des Oktoberkrieges für die arabischen Staaten und die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DVR Jemen und Saudi-Arabien 1976 ermöglichten eine zweite Initiative, wobei richtigerweise das Rote Meer nicht mehr als „arabisches Binnenmeer" behandelt wurde, sondern alle Anrainerstaaten sich beteiligen sollten, allen voran Äthiopien. Dies wiederum scheiterte an den unterschiedlichen Auffassungen der Teilnehmer, wie die Eritreafrage zu behandeln sei. Saudi-Arabien stellte diese Pläne zum ersten Mal in Zusammenhang zu einem Sicherheitspakt zwischen den Staaten der Golfregion. Die Widersprüche zum Vorherrschaftsstreben des damaligen Schahregime schwächten von vornherein diesen Plan und boten ausgezeichnete Möglichkeiten für diverse Einmischungen der beiden Supermächte. In der jetzigen Lage erfordert ein derartiger Zusammenschluß zuallererst die Beendigung des irakisch-iranischen Krieges durch ein Abkommen, daß die territoriale Integrität und die Souveränität beider Staaten achtet.

Die Arabische Republik Jemen

Islam und Stammesstrukturen behindern den Aufbau des Landes

mam. Die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) liegt im Südwesten der arabischen Halbinsel. Von der Bevölkerung von 6,5 Mio. leben ca. 1,5 Mio im Ausland, hauptsächlich in Saudi-Arabien. 29% der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, ihr Anteil an den Erwerbstätigen des Landes beträgt 89%. Im industriellen Bereich arbeiten zwischen 5000 und 6000 Menschen. Nach Angaben der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen betrug das durchschnittliche jährliche Einkommen pro Kopf im Jahr 1977 480 US-Dollar.

Der Revolution von 1962 und der Ausrufung der Republik gingen seit 1938 politische Bewegungen voraus, die sich gegen die Alleinherrschaft des Imam und gegen die vollkommene Isolierung des Landes wandten. Sie waren aber allesamt keine Bewegungen, die das Imamat selber in Frage stellten, es sollte lediglich reformiert werden, wobei selbst die Richtung der Reformierung umstritten war – während die Muslimbruderschaft zum Ur-Islam zurückkehren wollte, traten die Freien Jemeniten als islamische Erneuerer auf, die das Land aus der Isolation befreien wollten. Beide Bewegungen hatten keinen Einfluß auf die großen Stämme des Landes. Auslösungspunkt der Revolution von 1962, die tatsächlich eine Offiziersrevolte war und kein Massenaufstand, war der Austritt des Imam Ahmad aus der Vereinigten Arabischen Republik (die Ägypten unter Führung Nassers 1958 mit Syrien bildete) mit der Begründung, daß er zwar für eine islamische Vereinigung sei, aber Verstaatlichungen wie sie zu der Zeit in Ägypten durchgeführt wurden, unislamisch seien. Er suchte daraufhin das Bündnis mit dem saudi-arabischen König und brachte die zum Großteil in Ägypten und Irak ausgebildeten Offiziere und Intellektuellen gegen sich auf, die den Kampf zwischen Vater und Sohn um das Imamat durch Beseitigung des Vaters und Vertreibung des Sohnes al-Badr nach Saudi-Arabien beendeten.

Der Revolutionsrat propagierte die folgenden Ziele: a) Vernichtung der absoluten Herrschaft; b) Beendigung des royalistischen und Errichtung eines demokratisch republikanischen Systems, das auf islamischen Grundsätzen beruht; c) Belebung der islamischen Scharia, des islamischen Rechts, sowie Beseitigung der religiösen und ethnischen Diskriminierung . . . f) Durchführung einer Ausbildungs- und „Kulturrevolution" . . .

Die neue Regierung wandte sich als erstes an Ägypten mit einer Botschaft an Nasser, um ihm ihre pro-ägyptische Haltung zu versichern und um Unterstützung zu bitten, die ihr auch zugesichert wurde. Auf der anderen Seite erhielt der alte Imam al-Badr die Unterstützung Saudi-Arabiens, mit der es ihm gelang, die Stämme im Norden und Osten gegen die Republikaner zu mobilisieren. Es brach ein achtjähriger Bürgerkrieg aus, den keine der beiden Seiten unabhängig und gestützt auf die Massen führen konnte. Der Islam und das Festhalten an den Gesetzen des Islam (Scharia) und die Stammesstrukturen, die beide Seiten je nach ihren finanziellen Möglichkeiten nutzten, machten diesen Bürgerkrieg zu einem Kampf, in dem jeder Scheich oder Stammesfürst darauf sah, soviel wie möglich für sich selbst herauszuschlagen. Gleichzeitig war es das erklärte Ziel der ägyptischen Regierung, im Rahmen von Nassers Panarabismus, fortschrittliche Regimes im arabischen Raum zu errichten – 1966 befanden sich 80000 ägyptische Soldaten im Einsatz auf der Seite der Republikaner im Jemen; der saudische König finanzierte die Royalisten.

Der Sechstagekrieg 1967 zwang Ägypten, den Großteil seiner Truppen aus Jemen abzuziehen. 1970 wurde der Bürgerkrieg beendet und auf der Außenministerkonferenz der islamischen Staaten ein Kompromiß ausgehandelt, der die Beteiligung der Royalisten an der Regierung vorsah und auch die Zustimmung Saudi-Arabiens fand.

Das Ergebnis des Bürgerkriegs war ein unabhängiger Staat mit einer machtlosen Zentralregieung. Die Stämme ließen sich Loyalitätsabgaben in Höhe von bis zu 20% des Staatshaushalts zahlen, erkannten aber das Steuereinzugsrecht des Staates nicht an, das sie nur dem Imam zuerkannten. So war die Regierung seit 1970 auf den Ausgleich des Staatsdefizits durch Saudi-Arabien angewiesen. Erst der 1977 durch einen Bombenanschlag ums Leben gekommene Präsident al-Hamdi erreichte mit seinem Aufruf an die verschiedenen politischen Gruppierungen des Landes, daß das „Programm der vaterländischen demokratischen Front in der Arabischen Republik Jemen" vorgelegt wurde. Dadurch wurde es möglich, die Wirtschaft des Landes zu entwickeln, es wurde ein Haushaltsplan aufgestellt, und 1977/78 war erstmals ein direkter Budget-Ausgleich durch Saudi-Arabien nicht mehr erforderlich. Der Nachfolger des Präsidenten, al-Ghashmi, der den Wirtschaftsaufbau weiter betrieb, wurde ein halbes Jahr später ebenfalls umgebracht, wahrscheinlich unter Beteiligung des DVRJ, was das Land in eine labile Lage brachte, die die Sozialimperialisten versuchen zu nutzen, um auch in der Arabischen Republik Jemen Fuß zu fassen.

Nach den Wahlen: Neue Spannungen in Uganda

bep. Am Wochenende herrschte noch Unklarheit über den Ausgang der Wahlen in Uganda. Der Vorsitzende der gegenwärtig regierenden Militärkommission, Paul Muwanga, hatte die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zunächst gestoppt; nach Bemühungen der Delegation der Commonwealth-Konferenz, die zur Überwachung der Wahlen eingeladen worden war, sollten die Ergebnisse dann doch freigegeben werden.

Zu den Wahlen kandidierten insgesamt 4 Parteien: die UPC (Uganda Peoples' Congress), unter dem Vorsitz des früheren Ministerpräsidenten Milton Obote; die DP (Democratic Party), unter Führung des eher konservativen Politikers Paul Ssemogerere; die UPM (Uganda Patriotic Movement), und die CP (Conservative Party). Die CP stützt sich vor allem auf Anhänger des von Obote während seiner Regierungszeit beseitigten Stammeskönigtums von Baganda. Die linksgerichtete UPM hat zwar Vertreter in der regierenden Militärkommission, aber keinen großen Einfluß im Land. Die Mehrheit der Militärkommission, die im März an die Macht kam, unterstützt die UPC. Allgemein war mit einem deutlichen Wahlsieg für die UPC gerechnet worden. Nach den bislang bekannten Wahlergebnissen beansprucht nun aber die DC 68 und die UPC 66 der insgesamt 126 Parlamentssitze.

Schon vorher hatte es Unruhe über mögliche Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen gegeben. Dabei richtete sich das Mißtrauen der übrigen Parteien vor allem gegen Obote und die Militärkommission. 1969 hatte Obotes Regierung nach einem Attentat den Ausnahmezustand ausgerufen und die übrigen Parteien verboten. Ssemogerere, der Führer der DP, war damals verhaftet worden. Ab 1973 lebte er in den USA, um letztes Jahr nach Tanzania zurückzukehren und gemeinsam mit anderen Kräften des Widerstands gegen Idi Amin auf Initiative von Obote die Nationale Befreiungsfront von Uganda (UNLF) und eine ,,Nationale Beratende Versammlung" (NCC), eine Art Interimsparlament, zu bilden. Nach dem Sturz von Amin wurde auf einer Konferenz in Moshi in Tanzania vereinbart, daß in Uganda ein Mehrparteiensystem eingerichtet werden sollte, daß aber nach den Wahlen eine Allparteienregierung der Nationalen Einheit gebildet werden sollte. Auch nach der Spaltung des NCC erklärten die Parteien, an diesem Ziel festhalten zu wollen.

Die UPC versteht sich als sozialistische Partei, hat aber für die nächste Phase des nationalen Aufbaus kein sozialistisches Programm, will keine Nationalisierungen durchführen. Insofern gibt es keine grundsätzlichen Gegensätze zu dem Programm der DC, soweit dieses vor den Wahlen veröffentlicht war. Denn auch hier wird der Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft und die Möglichkeit unterschiedlicher Eigentumsformen gefordert. Auf welche Kräfte sich die DC in der Praxis stützt, ist noch nicht genau zu sehen; bei den Wahlen könnten ihr sowohl Stammesrivalitäten wie die Ablehnung des mit der UPC verbundenen Militärregimes zugute gekommen sein.

Coluche: Ein Kandidat irritiert Frankreichs bürgerliche Politiker

pem. Erstmals hat die Zahl der Kandidaten, die an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen wollen, die 30 überschritten. Neben den vier bekannten Politikern Giscard, Chirac, Mitterand und Marchais sind es Ökologisten über Trotzkisten bis hin zu Royalisten. Einer dieser Kandidaten scheint jedoch die vier ,,Großen", auch ,,Viererbande" genannt, allesamt ernsthaft zu beunruhigen. Es handelt sich um Coluche, einen der bekanntesten Komiker Frankreichs. Als er vor einiger Zeit bekanntgab, daß er als Kandidat derer, ,,die die Schnauze von der bisherigen Politik voll haben, als Kandidat der Gefangenen, ausländischen Arbeitern, Schwulen, Prostituierten" an den Wahlen beteiligen wolle, hat das wohl noch niemand so richtig ernst genommen. Erst als er vor kurzem bekanntgab, daß er die notwendigen 500 Unterschriften von Bürgermeistern für die Zulassung schon weit übertroffen hatte und eine Meinungsumfrage ihm zwischen 10 und 12 Prozent der Stimmen zubilligte, begannen die bürgerlichen Parteien zu reagieren. Dafür umso heftiger und ebenso einheitlich. Zwar wollten sie niemandem das Recht absprechen, für das Präsidentenamt zu kandidieren. Aber ein Komiker ... Ebenso einheitlich sprachen sie sich gegen die Teilnahme von Coluche an Fernsehdebatten aus. Zu groß war die Furcht, vor Millionen von Franzosen durch den Kakao gezogen zu werden. Die Rundfunkanstalten haben auch gleich zugestimmt.

Woher die einheitliche Ablehnung eines Kandidaten, der ihnen doch weder das Präsidentenamt streitig machen kann, noch in seinen Witzen besonders revolutionär ist? Wenn Coluche seine Chancen angesichts des Wahlsieges von Reagan und des Papstes als gut bezeichnet, da er der bessere Schauspieler sei; wenn er die Situation des Viertels, in dem er aufgewachsen ist, so kennzeichnet, daß der einzige Ausweg Selbstmord gewesen sei, er aber ein zu großer Egoist und deshalb noch am Leben sei, dann trifft das zwar nicht den Kern, doch es entspricht in weiten Teilen Erfahrungen der Massen, insbesondere der Jugendlichen, mit der parlamentarischen Demokratie. Wenn aber die Demokratie zur Farce geworden ist, so Coluche, wäre dann nicht ein Komiker der beste Präsident?

Zugleich aber macht diese Kandidatur auch deutlich: Derzeit ist niemand in der Lage, diese breite Ablehnung der bürgerlichen Parteien aufzuklären und zu führen. Deshalb können es sich einige Journalisten auch leisten, den von Coluche gesponnenen Faden weiterzuspinnen: Sie sprechen bereits jetzt vom Wahlkampfduell 1988: Coluche gegen Louis de Funès.

Neue äthiopische Großoffensive gegen Eritrea

Sowjetunion baut eritreische Inselgruppe zu ihrem Flottenstützpunkt aus

lup. Am 2. Dezember dieses Jahres hat das äthiopische Militärregime eine neue Großoffensive gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen gestartet. Die Offensive konzentriert sich auf den Gebirgsort Nafka, der von der EPLF gehalten wird. Um Nafka einzukreisen und die EPLF von ihrem Nachschub wie auch ihren Rückzugslinien in Richtung Sudan abzuschneiden, setzt das Militärregime 40000 Mann starke Verbände ein, die einerseits an der Küste Eritreas zum Roten Meer unweit der Grenze zum Sudan gelandet sind, um Nafka vom Norden her anzugreifen, während andere Verbände aus Keren vom Süden her in Richtung Nafka vorstoßen. Sie werden dabei von weitreichender Artillerie und MIG-Jagdbombern unterstützt.

Knapp einen Monat vor Beginn der Offensive hatte der Chef des Militärregimes, Mengistu Haile Mariam, einen seiner zahlreichen Moskaubesuche beendet. Kenianischen Pressemeldungen zufolge ging es dabei hauptsächlich um den weiteren Ausbau der eritreischen Inselgruppe von Dahlak zu einem sowjetischen Flottenstützpunkt. Die Dahlak-Inseln liegen ungefähr 500 km nördlich von Djibouti und 50 km von der eritreischen Hafenstadt Massawa entfernt. Ein vollausgerüsteter Flottenstützpunkt in diesem Gebiet würde die Position der Sozialimperialisten im Roten Meer, die sich gegenwärtig auf den Flottenstützpunkt Aden und die Insel Sokotra erstreckt, erheblich stärken. Äthiopien, dessen Militärregime vollständig von den Sozialimperialisten abhängig ist, besitzt keinen eigenen Zugang zum Meer. Niederschlagung des eritreischen Befreiungskampfes durch das äthiopische Regime ist daher die Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialimperialistischen Bestrebungen, über ihre Kontrolle des südlichen Jemen und Äthiopiens die Vorherrschaft im Roten Meer zu erringen. Seit 1978 hat die Sowjetunion Waffen für 1 Mrd. Dollar nach Äthiopien gepumpt. Mit dieser Militärunterstützung und bei direkter Beteiligung der Sowjetunion war es dem Militärregime 1978 gelungen, die eritreischen Befreiungsbewegungen zum Rückzug in den gebirgigen Norden ihres Landes zu zwingen und mehrere befreite Städte zu erobern. Vor allem die kleinere der Befreiungsbewegungen, die ELF, erlitt schwere Verluste. Der EPLF gelang es jedoch, die Gebirgsstadt Nafka zu halten und von dort aus einen Gegenschlag zu führen, der im Dezember 1979 20000 Mann starke äthiopische Militärverbände bei über 7000 Mann Verlusten in die Flucht schlug, bis sie an der Küste des Roten Meeres von sowjetischen Kriegsschiffen abtransportiert wurden.

Vorher war es den eritreischen Befreiungsbewegungen gelungen, ihre Gegensätze, die in der Vergangenheit direkt zu militärischen Auseinandersetzungen geführt hatten, beizulegen und eine Einheitsfront gegen die sowjetisch-äthiopischen Aggressoren zu bilden. In Vorbereitung der jetzigen Großoffensive scheint es den Sozialimperialisten aber gelungen zu sein, neuerlich zwischen den eritreischen Befreiungsbewegungen Spaltung hervorzurufen. Anfang November fanden in Damaskus Verhandlungen zwischen dem Militärregime und der ELF statt, an denen neben Vertretern der Sowjetunion und des Südjemen auch Vertreter der KP Italiens teilgenommen haben sollen. Erneut kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ELF und EPLF, in deren Verlauf zahlreiche Kämpfer der ELF zu der EPLF übergingen, teilweise aber auch in die äthiopische Armee desertiert sein sollen.

Erfolgreich – zumindest vorübergehend – hat das äthiopische Militärregime offenbar auch die Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Kenia und Somalia hintertrieben, und den Sudan, durch den die wesentlichen Nachschublinien des eritreischen Befreiungskampfes verlaufen, unter Druck gesetzt. Somalia unterstützt die im Süden Äthiopiens, dem Ogaden, operierende westsomalische Befreiungsfront, was aber zumindest in der Vergangenheit mit expansionistischen Tendenzen auf Seiten Somalias verbunden war. Ähnliche Tendenzen gab es auch gegenüber Kenia, in dessen nordöstlichem Gebiet Somalier die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Angesichts dieser Widersprüche hatten Kenia und Äthiopien im Februar 1979 einen 10-jährigen Freundschaftspakt abgeschlossen, der sich zumindest indirekt gegen Somalia richtete. Vor 2 Monaten wurden im Nordosten Kenias 7 Regierungsbeamte getötet, wofür Kenia separatistische Kräfte und die somalische Regierung verantwortlich machte und die Verhängung des Ausnahmezustandes, Massenverhaftungen und Errichtung von Wehrdörfern anordnete. Die somalische Regierung hat aber bei dieser Gelegenheit – zum ersten Mal ausdrücklich – erklärt, daß sie keinerlei Territorium Kenias beanspruche. Aus den Reihen des kenianischen Parlaments wurde denn auch die Vermutung geäußert, die Attentate seien von der ,,Somalischen Rettungsfront" ausgegangen, einer äthiopischen Marionettenorganisation, die sich den Sturz der somalischen Regierung zum Ziel setzt. Anläßlich eines Staatsbesuches des kenianischen Präsidenten in Addis Abeba ist es aber Mengistu offenbar gelungen, die sich abzeichnende Aussöhnung zwischen Somalia und Kenia zu hintertreiben. Zudem ist es ihm offenbar gelungen, den Sudan wirksam unter Druck zu setzen, der bislang entschieden den eritreischen Befreiungskampf unterstützt, im April diesen Jahres aber die Schließung seiner Grenzen zu Äthiopien beschlossen hat und sich im November verpflichtete, die Sicherheit der gemeinsamen Grenze zu garantieren – die aber offenbar noch für die eritreischen Befreiungsbewegungen durchlässig ist.

Angesichts dieser komplizierten inneren und äußeren Lage hat die EPLF Mitte November einen 7-Punkte-Plan für die Beendigung des Konflikts vorgelegt, der vorsieht, daß unter Aufsicht einer von beiden Seiten anerkannten internationalen Organisation – der OAU, der UNO, der Blockfreienbewegung etc. – ein Waffenstillstand abgeschlossen und eine Volksabstimmung durchgeführt wird, in der das eritreische Volk über vollständige Unabhängigkeit oder die Bildung einer Föderation mit Äthiopien bei regionaler Autonomie entscheiden soll. Die ELF hatte sich dazu positiv, wenn auch noch nicht endgültig, geäußert.

Keine 2 Wochen nach Vorlage dieses Vorschlags hat das äthiopische Regime seine neue Großoffensive gestartet. Das eritreische Volk macht gegenwärtig wahrscheinlich die schwierigste Phase seines Befreiungskampfes durch. Gelingt es ihm, die äthiopische Offensive neuerlich zurückzuschlagen, gerät das äthiopische Regime und mit ihm das sozialimperialistische Vordringen in Ostafrika, in erhebliche Schwierigkeiten. Bereits kurz vor Beginn der Offensive kam es zu größeren Unruhen in den zwangsrekrutierten Milizverbänden, in denen neben Solderhöhungen auch die friedliche Beilegung des Eritrea-Konflikts gefordert wurde.

VERWALTUNGSEINTEILUNG UND BEVÖLKERUNGSDICHTE

Staatsgrenzen
Grenzen der Provinzen
Hauptstadt
Verwaltungssitze der Provinzen

SAUDI-ARABIEN
ERITREA
Asmara (Asmera)
JEMEN (Arab. Rep.)
TIGRE
Makalle (Mekele)
JEMEN (Dem. Volksrep.)
BEGEMEDER (BEGEMDIR) U. SIMIEN (SIMEN)
Gondar (Gonder)
WOLLO (WELO)
Dessie (Dese)
AFAR- UND ISSA-TERRITORIUM (franz.)
GODSCHAM (GOJAM)
Debra Markos (Debre Markos)
SUDAN
WOLLEGA (WELEGA)
Lekemti (Lekemt)
SCHOA SHOA, SHEWA
Harar (Harer Hararge)
Addis Abeba
Aselle (Asela)
ARUSSI (ARUSI)
HARAR (HARER, HARARGE)
ILUBABOR
Gore
Dschimma (Jimma)
KEFA
Arba Minch
Yirga Alem
Goba
BALE
Ogaden
GAMU-GOFA (GEMU GOFA)
SIDAMO
SOMALIA
KENIA

Einwohner je km2 1974
unter 10
10 bis unter 20
20 bis unter 30
30 bis unter 40
60 und mehr

0 100 200 km
Äthiopien

Statistisches Bundesamt 77 0121

aber die DC 68 und die UPC 66 der insgesamt 126 Parlamentssitze.

Schon vorher hatte es Unruhe über mögliche Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen gegeben. Dabei richtete sich das Mißtrauen der übrigen Parteien vor allem gegen Obote und die Militär-

tumsformen gefordert. Auf welche Kräfte sich die DC in der Praxis stützt, ist noch nicht genau zu sehen; bei den Wahlen könnten ihr sowohl Stammesrivalitäten wie die Ablehnung des mit der UPC verbundenen Militärregimes zugute gekommen sein.

Coluche: Ein Kandidat irritiert Frankreichs bürgerliche Politiker

pem. Erstmals hat die Zahl der Kandidaten, die an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen wollen, die 30 überschritten. Neben den vier bekannten Politikern Giscard, Chirac, Mitterand und Marchais sind es Ökologisten über Trotzkisten bis hin zu Royalisten. Einer dieser Kandidaten scheint jedoch die vier ,,Großen", auch ,,Viererbande" genannt, allesamt ernsthaft zu beunruhigen. Es handelt sich um Coluche, einen der bekanntesten Komiker Frankreichs. Als er vor einiger Zeit bekanntgab, daß er als Kandidat derer, ,,die die Schnauze von der bisherigen Politik voll haben, als Kandidat der Gefangenen, ausländischen Arbeitern, Schwulen, Prostituierten" an den Wahlen beteiligen wolle, hat das wohl noch niemand so richtig ernst genommen. Erst als er vor kurzem bekanntgab, daß er die notwendigen 500 Un-

durch den Kakao gezogen zu werden. Die Rundfunkanstalten haben auch gleich zugestimmt.

Woher die einheitliche Ablehnung eines Kandidaten, der ihnen doch weder das Präsidentenamt streitig machen kann, noch in seinen Witzen besonders revolutionär ist? Wenn Coluche seine Chancen angesichts des Wahlsieges von Reagan und des Papstes als gut bezeichnet, da er der bessere Schauspieler sei; wenn er die Situation des Viertels, in dem er aufgewachsen ist, so kennzeichnet, daß der einzige Ausweg Selbstmord gewesen sei, er aber ein zu großer Egoist und deshalb noch am Leben sei, dann trifft das zwar nicht den Kern, doch es entspricht in weiten Teilen Erfahrungen der Massen, insbesondere der Jugendlichen, mit der parlamentarischen Demokratie. Wenn aber die Demokratie

Flottenstützpunkt in diesem Gebiet würde die Position der Sozialimperialisten im Roten Meer, die sich gegenwärtig auf den Flottenstützpunkt Aden und die Insel Sokotra erstreckt, erheblich stärken. Äthiopien, dessen Militärregime vollständig von den Sozialimperialisten abhängig ist, besitzt keinen eigenen Zugang zum Meer. Niederschlagung des eritreischen Befreiungskampfes durch das äthiopische Regime ist daher die Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialimperialistischen Bestrebungen, über ihre Kontrolle des südlichen Jemen und Äthiopiens die Vorherrschaft im Roten Meer zu erringen. Seit 1978 hat die Sowjetunion Waffen für 1 Mrd. Dollar nach Äthiopien gepumpt. Mit dieser Militärunter-

denen neben Vertretern der Sowjetunion und des Südjemen auch Vertreter der KP Italiens teilgenommen haben sollen. Erneut kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ELF und EPLF, in deren Verlauf zahlreiche Kämpfer der ELF zu der EPLF übergingen, teilweise aber auch in die äthiopische Armee desertiert sein sollen.

Erfolgreich – zumindest vorübergehend – hat das äthiopische Militärregime offenbar auch die Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Kenia und Somalia hintertrieben, und den Sudan, durch den die wesentlichen Nachschublinien des eritreischen Befreiungskampfes verlaufen, unter Druck gesetzt. Somalia unterstützt die

Staatsbesuches des kenianischen Präsidenten in Addis Abeba ist es aber Mengistu offenbar gelungen, die sich abzeichnende Aussöhnung zwischen Somalia und Kenia zu hintertreiben. Zudem ist es ihm offenbar gelungen, den Sudan wirksam unter Druck zu setzen, der bislang entschieden den eritreischen Befreiungskampf unterstützt, im April diesen Jahres aber die Schließung seiner Grenzen zu Äthiopien beschlossen hat und sich im November verpflichtete, die Sicherheit der gemeinsamen Grenze zu garantieren – die aber offenbar noch für die eritreischen Befreiungsbewegungen durchlässig ist.

Angesichts dieser komplizierten inneren und äußeren Lage hat die EPLF Mitte November einen 7-Punkte-Plan für die Beendigung des Konflikts vorgelegt, der vorsieht, daß unter Aufsicht einer von beiden Seiten anerkannten internationalen Organisation – der OAU, der UNO, der Blockfreienbewegung etc. – ein Waffenstillstand abgeschlossen und eine Volksabstimmung durchgeführt wird, in der das eritreische Volk über vollständige Unabhängigkeit oder die Bildung einer Föderation mit Äthiopien bei regionaler Autonomie entscheiden soll. Die ELF hatte sich dazu positiv, wenn auch noch nicht endgültig, geäußert.

Keine 2 Wochen nach Vorlage dieses Vorschlags hat das äthiopische Regime seine neue Großoffensive gestartet.

Ergebnisse des Parteitags der SP Japans

wos. Der 45. Parteitag der Sozialistischen Partei Japans ging am 3.12. mit der Annahme des vom Vorstand (Vorsitzender Asukata, Generalsekretär Tagaya) vorgelegten Aktionsprogramms 1981 zu Ende. Dieses enthält als Hauptpunkte: Schutz der japanischen Nachkriegsverfassung vom Standpunkt der Verteidigung von Frieden, Demokratie und Menschenrechten, und damit Bekämpfung aller Versuche der regierenden LDP, insbesondere den ,,Friedensartikel" IX aufzuweichen; Kampf gegen die vom Kabinett Suzuki geplanten Steuererhöhungen für die Massen und das Zusammenstreichen von Sozialleistungen; verstärkte Parteiaktivität mit dem Ziel, 1 Million Mitglieder zu erreichen (jetzige Mitgliederzahl ca. 50000), sowie in den Kommunalwahlen 1983 die LDP zu schlagen. Auf dem Parteitag wurde mit Mehrheit auch eine Resolution zur Unterstützung der polnischen Arbeiter verabschiedet, in der es u.a. heißt: ,,Wir werden nicht erlauben, daß der Kampf der polnischen Arbeiter durch Druck oder gar militärisches Eingreifen – von welchem Land auch immer, von welchen Kräften auch immer – erstickt wird." – Die SPJ hält am Plan einer Regierungskoalition mit der neobuddhistischen Komeito fest, ohne daß sie ihre Position der Abrüstung und der ,,unbewaffneten Neutralität" aufgeben will.

Nahost-Debatte – Demonstration in besetzten Gebieten

dog. Am 7.12. fand vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen die diesjährige Nahost-Debatte statt. Die israelische Siedlungspolitik wurde scharf angegriffen. Der israelische Delegierte versuchte vergeblich, seine Regierung durch Hinweis auf andere Krisenherde aus dem Schußfeld zu manövrieren. Der Delegierte Indiens vertrat die Meinung, daß die Schaffung eines palästinensischen Staates automatisch günstigere Verhältnisse im Nahen Osten schaffen würde, die Delegierten Brasiliens und Pakistans forderten die Anerkennung des Rechtes der Palästinenser auf einen eigenen Staat. – Die israelische Regierung hat die Bürgermeister von Hebron und Halhul wegen Unterstützung des palästinensischen Widerstandes ausgewiesen. Der Oberste Gerichtshof Israels hatte die Rechtmäßigkeit der Ausweisungen zwar bestätigt, der Regierung aber geraten, den beiden eine Bewährungsfrist einzuräumen. Die beiden Bürgermeister wurden sofort nach dem Urteilsspruch in den Libanon abgeschoben. In den von Israel besetzten Gebieten demonstrierten Tausende, vor allem Schüler und Studenten, dagegen. Die Universität in Bethlehem wurde von den israelischen Militärbehörden geschlossen, nachdem Studenten Barrikaden gebaut und die palästinensische Fahne auf dem Dach gehißt hatten. Ebenfalls geschlossen wurde die Universität Bir Zeir. In Halhul demonstrierten Schüler gegen die Ausweisung, die Israelis nahmen 20 Schülerinnen fest und schlossen die Mädchen-Oberschule.

Japan: Transportarbeiter boykottieren Waren Südkoreas

wos. Aus Protest gegen das Todesurteil gegen Kim Dae Jung boykottieren die japanischen Transportarbeitergewerkschaften (850000 Mitglieder) das Ein- und Ausladen südkoreanischer Produkte. Die Lokführer der Staatsbahnen lassen landesweit jeweils 1 Minute bei Abfahrt aus den Bahnhöfen die Signalpfeifen der Züge ertönen. Das südkoreanische Chun-Regime spricht von ,,Einmischung in innere Angelegenheiten", obwohl der südkoreanische Geheimdienst mit der Entführung Kims aus Japan 1973 die Souveränität Japans verletzt hat.

Irland: Thatcher-Regierung unter Druck

doj. Dem vor 50 Tagen begonnenen Hungerstreik von 7 politischen Gefangenen für die Wiederanerkennung des seit 1976 verweigerten politischen Status haben sich seit 1. Dezember 3 weibliche Gefangene angeschlossen, Hunderttausende in Irland, England und auf der Welt für ihre Forderungen demonstriert, zehntausende letzten Mittwoch in Nordirland gestreikt und haben Madame Thatcher letzten Montag zu einem eiligen Besuch beim Präsidenten der Irischen Republik gezwungen. Noch will die englische Regierung nicht nachgeben, obwohl peinlicherweise die Konservativen in der Regierung 1972 den politischen Status anerkannt haben. Seitdem die weltweite Unterstützung große Fortschritte macht und sich seit 3 Tagen 6 Häftlinge der UDA (Ulster Defence Organisation, von der protestantischen Oberschicht organisierte faschistische Arbeiterarmee) mit erklärter Unterstützung von 150 UDA-Häftlingen mit demselben Ziel dem Hungerstreik angeschlossen haben, kommt die nordirische Kompradorenbourgeoisie ins Schwanken und die englische Regierung unter unerhörten Druck.

Zimbabwe: Freispruch für Tekere

dog. In Salisbury ist E. Tekere, Planungsminister von Zimbabwe, freigesprochen worden. Ihm und sieben Mitangeklagten war vorgeworfen worden, am 4. August einen weißen Farmer erschossen zu haben. Ausschlaggebend für den Freispruch war ein Gesetz der ehemaligen Smith-Regierung, das Mitglieder der Regierung vor strafrechtlicher Verfolgung schützt, wenn sie ,,im guten Glauben für den Kampf gegen den Terrorismus" gehandelt haben. Der weiße Vorsitzende des Gerichts war von beiden schwarzen Beisitzern überstimmt worden.



Mitglieder des ZK der KPI. *Von links nach rechts:* Enrico Berlinguer, Gerardo Chiaromonte, Giancarlo Pajetta, Alessandro Natta, Pietro Ingrao, Armando Cossuta und Achille Ochetto.

Erschütterungen der christdemokratischen Parteiherrschaft in Italien

Die KPI sucht neue Möglichkeiten für ein Regierungsbündnis

bep. Korruption gehört zum normalen Funktionieren der parlamentarischen Demokratie in einem kapitalistischen Land; sie ist eins der gewöhnlichen Mittel, mit denen die Kapitalistenklasse die Kontrolle über ihre politischen Vertreter ausübt. In Italien hat sich die Korruption in einem Ausmaß entwickelt, daß sie das Funktionieren des Staatsapparats und die Fähigkeit des Parlamentarismus, die Massen zu binden, selbst in Frage stellt.

Aus den Trümmern, die das Erdbeben in der Campagna und der Basilicata hinterlassen hat, könnte sich ein Sturm erheben, der die seit mehr als drei Jahrzehnten dauernde Herrschaft der Christdemokraten (Democracia Christiana – DC) in der italienischen Regierung wegfegt.

Von betrügerischen Unternehmern aus billigstem Zement und schlechtem Baustahl, unter der schützenden, gutgeschmierten Hand von Behörden- und Gemeindevertretern errichtete Neubauten brachen zusammen. Die Hilfeleistung kam spät und war schlecht koordiniert. Ein Zivilschutzgesetz wird seit 10 Jahren durch die Instanzen geschleppt. Die italienische Regierung hat zur Finanzierung des Wiederaufbaus in den zerstörten Gebieten drastische Erhöhungen der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer verfügt. Aber man erinnert sich an andere Hilfsmaßnahmen nach früheren Erdbeben, in Belice, in Friaul. Ein Großteil der damals obdachlos Gewordenen lebt noch heute in Notunterkünften; Hilfsgelder sind versickert in der Verwaltung, bei Bauspekulanten, bei anderen Nutznießern, bei der Mafia. In solchen Fällen wird dann eine parlamentarische Untersuchungskommission eingerichtet, in der die Politiker über sich selbst zu Gericht sitzen.

Gerade erst hat eine solche Kommission den früheren Minister der Handelsmarine vom Vorwurf des Betrugs auf Kosten des Staats „freigesprochen" – mit den Stimmen der Regierungsparteien, gegen die Stimmen der Opposition. Im Frühjahr dieses Jahres mußte Evangelisti, Minister der Handelsmarine, wegen Entgegennahme von Schmiergeldern zurücktreten. Ein neuer Skandal größten Ausmaßes droht nun sogar das Andenken des Märtyrers der italienischen Demokratie, des ermordeten Christdemokraten Aldo Moro, und das Ansehen der letzten Stütze des Staatsapparates im Kampf gegen die Korruption, der staatlichen Finanzpolizei, zu beschmutzen. Gut 4 Milliarden DM an Steuergeldern sollen bei Mineralölgeschäften unterschlagen worden sein. 100 Beteiligte sind bereits festgenommen, einschließlich des langjährigen Leiters der Finanzpolizei, eines Generals Raffaele Giudice. Ein enger Mitarbeiter Aldo Moros hat mitprofitiert, seine Bankauszüge werfen einen finsteren Schatten auf den Toten. Der Industrieminister Bisaglia, ein einflußreicher Politiker der DC, schärfster Gegner jeder Verbindung mit der KPI, geriet ebenfalls in Verdacht und hat seinen Rücktritt angekündigt.

Die Weißwäscher sind auch schon am Werk. Zahlreiche Politiker und Abgeordnete der DC haben zu einer „Moralisierungskampagne" aufgerufen. Aber die Korruption liegt im System. Die ununterbrochene Regierungszeit der DC hat ihr eine weitgehende Kontrolle über die Verwaltung, das Bankwesen, die staatlichen Kommunikationsmittel eingebracht, und diese Positionen nutzt sie, um durch die verschiedensten Vergünstigungen eine breite Klientel zu unterhalten; gleichzeitig ist eine ganze Klasse von Politikern und Staatsbeamten entstanden, die den Staatsapparat maximal zur persönlichen Bereicherung zu nutzen versucht.

Ebenso lange wie die DC in der Regierung ist, ist die KPI die weitaus stärkste Oppositionspartei. (Nach den letzten Wahlen hatte die DC etwa 38% der Stimmen, die KPI stets über 30%, die Sozialisten 10%, die Sozialdemokraten 4%.) Die Strategie des Historischen Kompromisses, die die KPI in dieser Lage entwickelt hat, geht davon aus, daß für weitreichende demokratische und sozialistische Umwälzungen eine große Mehrheit nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der nichtproletarischen Schichten gewonnen werden muß (nicht zuletzt wegen der Gefahr einer faschistischen Reaktion). Es müsse deshalb eine Einheit aller wesentlichen Volkskräfte hergestellt werden, die außer den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die großen Teile der Massen umfaßt, die unter dem Einfluß der Christdemokraten stehen. Denn die DC ist nach wie vor sowohl in Teilen der Arbeiterbewegung als auch in den Mittelschichten und bei den Bauern, vor allem über das Bindeglied des Katholizismus, fest verankert. Taktisches Nahziel dieses Historischen Kompromisses, der Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und katholischen Kräften, ist es, die fortschrittlichen Teile der Christdemokraten zu einer Koalitionsregierung zu zwingen.

1978 und 1979 war die KPI diesem Ziel schon nahe; sie war an einem Regierungsbündnis im Rahmen gemeinsamer Koalitionsabsprachen beteiligt, allerdings ohne Minister in der Regierung. Eine solche direkte Regierungsbeteiligung scheiterte bislang vor allem am Widerstand einer Mehrheit innerhalb der DC (58% auf dem letzten Parteikongreß), die – natürlich auch unter dem Druck der USA und der westeuropäischen Imperialisten – strikt gegen eine solche Beteiligung ist.

Nach schärferen Auseinandersetzungen mit der Politik der DC in den letzten Monaten hat die KPI ihre Position jetzt dahingehend geändert, daß sie eine Führung der DC in der angestrebten Koalitionsregierung ausschließt (nicht aber die Beteiligung von Kräften der DC). Sie reagiert damit auch auf das gewachsene Gewicht der Sozialisten, die in den letzten Wahlen dazugewonnen und mit den Sozialdemokraten eine Allianz gebildet haben. Die DC hat inzwischen Zugeständnisse gemacht und sich bereit erklärt, wenigstens auf regionaler und kommunaler Ebene unter Umständen Koalitionen mit der KPI zu bilden.

Eine Regierungsbeteiligung der KPI, wie problematisch das Programm dieses Bündnisses auch sein mag, wird trotzdem für die Entwicklung des Klassenkampfes günstig sein. Die Einschränkung der Klientelwirtschaft und der Mißwirtschaft der Bürokratie, des Unterschleifs und der Spekulation können bloß die Einsicht fördern, daß die Übel des kapitalistischen Systems nicht in solchen Auswüchsen begründet sind. Außenpolitisch wäre eine solche Regierungsbeteiligung ein erhebliches Problem für die vom US-Imperialismus geführte Allianz (obwohl die KPI sich auf das NATO-Bündnis verpflichtet hat). Dabei kann die KPI auch nicht als Vertreter sowjetischer Hegemonialpolitik gelten. Gegen den Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 hat sie ebenso Stellung genommen wie gegen den Überfall auf Kampuchea oder die Invasion Afghanistans. In einem Schreiben an die KPs der osteuropäischen Staaten und der SU hat sie letzte Woche für den Fall einer Intervention in Polen mit „schärfsten Konsequenzen", d.h. faktisch mit dem Abbruch der Beziehungen, gedroht und gleichzeitig öffentlich die polnische Entwicklung begrüßt.

Präsidentschaftswahlen in Portugal: Ein Wahlsieg über die Reaktion

bep. General Eanes ist kein Linker. Für die Präsidentschaftswahlen am 7. Dezember kandidierte er als „Präsident aller Portugiesen". 1975 hatte er als Generalstabschef des Heeres entscheidend dazu beigetragen, die Revolution in bürgerlich-demokratische, parlamentarische Bahnen zu bringen. Dennoch entwickelte sich die Präsidentschaftswahl zu einer scharfen Konfrontation zwischen Eanes und den ihn unterstützenden politischen Kräften und der „Demokratischen Allianz" mit ihrem Kandidaten, dem General Soares Carneiro. Die „Demokratische Allianz" ist ein Parteienbündnis zwischen „Sozialdemokraten" (deren liberales Programm sich aber von den Programmen der anderen westeuropäischen Sozialdemokraten unterscheidet), dem „Christlich-Sozialen Zentrum" und den Monarchisten. Seit Dezember '79 stellt sie die Regierung, in den Parlamentswahlen im Oktober dieses Jahres konnte sie ihre Position gegenüber den Sozialisten und Kommunisten festigen. Ihr Kandidat, Soares Carneiro, ist ein berüchtigter Kolonialgeneral, ehemals Leiter eines Konzentrationslagers in Angola. Eanes wurde unterstützt von den Sozialisten, den eigentlichen Sozialdemokraten Portugals, deren Vorsitzender Mario Soares allerdings sein Amt aus Protest gegen diese Unterstützung von Eanes niedergelegt hatte (inzwischen hat er es wieder angetreten). Die Kommunistische Partei hatte ihren Kandidaten zugunsten Eanes zurückgezogen.

Vor der Wahl hatte Sa Carneiro seinen Rücktritt für den Fall eines Wahlsiegs von Eanes angekündigt. Trotz des Versuchs seiner Anhänger, die Trauerfeiern nach dem tödlichen Unfall von Sá Carneiro in eine Wahlkundgebung gegen Eanes und für Soares Carneiro umzumünzen, war der Ausgang der Wahl überraschend eindeutig: 56,43% der Stimmen für Eanes, 40,25% für Soares Carneiro. Die Wahlbeteiligung war mit 84% hoch (bei den ersten Präsidentschaftswahlen 1976 hatte sie 75% betragen). Gewählt wurde Eanes nicht nur von den Anhängern der Sozialisten und Kommunisten, sondern auch von einem Teil der Wählerschaft der Regierungsparteien sowie von den revolutionären Kräften links von der Kommunistischen Partei. Der Kandidat der unabhängigen revolutionären Linken, Otelo Saraiva de Carvalho, einer der militärischen Führer der April-Revolution von 1974, erhielt nur noch 1,48% der Stimmen gegenüber 16,5% vor vier Jahren. Auch in der Hochburg der Revolution, dem ländlichen Süden, dem Gebiet des Großgrundbesitzes und der Kooperativen der Landarbeiter, im Alentejo, wo Otelo de Carvalho 1976 teilweise über 30% der Stimmen erreicht hatte, bekam er diesmal weniger als 3%, Eanes aber über 70%.

In der Konfrontation zwischen Eanes und der Demokratischen Allianz geht es vor allem um die Frage der Verfassung. Die Verfassung von 1976 fordert Nationalisierung der Banken und der Schlüsselindustrien, eine Agrarreform, Mitbestimmung. Der militärische Revolutionsrat ist Hüter dieser Verfassung. Sein Vorsitzender, der Staatspräsident, kann Gesetze, die ihr widersprechen, außer Kraft setzen. Eanes ist zumindest gegen eine Verfassungsänderung, die sich nicht auf die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit im Parlament stützt. Die Demokratische Allianz, die diese Mehrheit nicht hat, will die Änderung stattdessen auf dem Wege eines Referendums durchsetzen.

Zwar sind die Früchte dieser Verfassung von zweifelhaftem Wert. Die Arbeiter und Angestellten in den Staatsbetrieben und den verstaatlichten Banken und Versicherungen haben teilweise die gleichen Vorgesetzten wie zu Zeiten des früheren Regimes. Ihre Lage als Lohnabhängige hat sich nicht grundlegend geändert. Die Landreform im Süden wird dort, wo sie durch Landbesetzungen und Einrichtungen von Kooperativen verwirklicht worden war, Zug um Zug rückgängig gemacht. Wo sich die Kooperativen mangels staatlicher Unterstützung nicht von selbst auflösen, wird ihnen oft das beste Land gewaltsam weggenommen und den Großgrundbesitzern zurückgegeben. Die Kleinbauern des Nordens, deren Lage sich kaum gebessert hat, sind unter dem Einfluß der Kirche und der reaktionären Parteien geblieben. Die zahlreiche kleine und mittlere Bourgeoisie unterstützt die Demokratische Allianz.

Dennoch: Das Wahlergebnis drückt aus, daß es Widerstand gibt gegen die Versuche, dem imperialistischen Kapital wie dem einheimischen Privatkapital und dem Großgrundbesitz noch freiere Bahn zu verschaffen. Die Verfassung und der Revolutionsrat gelten vielen als eine gewisse Garantie, daß nicht auch noch die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigt werden. Überdies steht der reaktionäre General Soares Carneiro nicht nur für die Freiheit des Privatkapitals. Für viele repräsentiert er auch die Kräfte (die zumal unter der Generalität auch wieder erstarkt sind), die auch zu den politischen Verhältnissen der Salazar-Diktatur wieder zurückwollen, auch wenn das nicht sein ausdrückliches politisches Programm ist.

Vergebliche Suche nach der „Dritten Kraft"

bep. Korruption gehört zum normalen Funktionieren der parlamentarischen Demokratie in einem kapitalistischen Land; sie ist eins der gewöhnlichen Mittel, mit denen die Kapitalistenklasse die Kontrolle über ihre politischen Vertreter ausübt. In Italien hat sich die Korruption in einem Ausmaß entwickelt, daß sie das Funktionieren des Staatsapparats und die Fähigkeit des Parlamentarismus, die Massen zu binden, selbst in Frage stellt.

Aus den Trümmern, die das Erdbeben in der Campagna und der Basilicata hinterlassen hat, könnte sich ein Sturm erheben, der die seit mehr als drei Jahrzehnten dauernde Herrschaft der Christdemokraten (Democracia Christiana – DC) in der italienischen Regierung wegfegt.

Von betrügerischen Unternehmern aus billigstem Zement und schlechtem Baustahl, unter der schützenden, gutgeschmierten Hand von Behörden- und Gemeindevertretern errichtete Neubauten brachen zusammen. Die Hilfeleistung kam spät und war schlecht koordiniert. Ein Zivilschutzgesetz wird seit 10 Jahren durch die Instanzen geschleppt. Die italienische Regierung hat zur Finanzierung des Wiederaufbaus in den zerstörten Gebieten drastische Erhöhungen der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer verfügt. Aber man erinnert sich an andere Hilfsmaßnahmen nach früheren Erd-

Die Weißwäscher sind auch schon am Werk. Zahlreiche Politiker und Abgeordnete der DC haben zu einer „Moralisierungskampagne" aufgerufen. Aber die Korruption liegt im System. Die ununterbrochene Regierungszeit der DC hat ihr eine weitgehende Kontrolle über die Verwaltung, das Bankwesen, die staatlichen Kommunikationsmittel eingebracht, und diese Positionen nutzt sie, um durch die verschiedensten Vergünstigungen eine breite Klientel zu unterhalten; gleichzeitig ist eine ganze Klasse von Politikern und Staatsbeamten entstanden, die den Staatsapparat maximal zur persönlichen Bereicherung zu nutzen versucht.

Ebenso lange wie die DC in der Regierung ist, ist die KPI die weitaus stärkste Oppositionspartei. (Nach den letzten Wahlen hatte die DC etwa 38% der Stimmen, die KPI stets über 30%, die Sozialisten 10%, die Sozialdemokraten 4%.) Die Strategie des Historischen Kompromisses, die die KPI in dieser Lage entwickelt hat, geht davon aus, daß für weitreichende demokratische und sozialistische Umwälzungen eine große Mehrheit nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der nichtproletarischen Schichten gewonnen werden muß (nicht zuletzt wegen der Gefahr einer faschistischen Reaktion). Es müsse deshalb eine Einheit aller wesentlichen Volkskräfte hergestellt werden, die außer den Sozialdemokraten

Ebene unter Umständen Koalitionen mit der KPI zu bilden.

Eine Regierungsbeteiligung der KPI, wie problematisch das Programm dieses Bündnisses auch sein mag, wird trotzdem für die Entwicklung des Klassenkampfes günstig sein. Die Einschränkung der Klientelwirtschaft und der Mißwirtschaft der Bürokratie, des Unterschleifs und der Spekulation können bloß die Einsicht fördern, daß die Übel des kapitalistischen Systems nicht in solchen Auswüchsen begründet sind. Außenpolitisch wäre eine solche Regierungsbeteiligung ein erhebliches Problem für die vom US-Imperialismus geführte Allianz (obwohl die KPI sich auf das NATO-Bündnis verpflichtet hat). Dabei kann die KPI auch nicht als Vertreter sowjetischer Hegemonialpolitik gelten. Gegen den Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 hat sie ebenso Stellung genommen wie gegen den Überfall auf Kampuchea oder die Invasion Afghanistans. In einem Schreiben an die KPs der osteuropäischen Staaten und der SU hat sie letzte Woche für den Fall einer Intervention in Polen mit „schärfsten Konsequenzen", d.h. faktisch mit dem Abbruch der Beziehungen, gedroht und gleichzeitig öffentlich die polnische Entwicklung begrüßt.

der angetreten). Die Kommunistische Partei hatte ihren Kandidaten zugunsten Eanes zurückgezogen.

Vor der Wahl hatte Sa Carneiro seinen Rücktritt für den Fall eines Wahlsiegs von Eanes angekündigt. Trotz des Versuchs seiner Anhänger, die Trauerfeiern nach dem tödlichen Unfall von Sá Carneiro in eine Wahlkundgebung gegen Eanes und für Soares Carneiro umzumünzen, war der Ausgang der Wahl überraschend eindeutig: 56,43% der Stimmen für Eanes, 40,25% für Soares Carneiro. Die Wahlbeteiligung war mit 84% hoch (bei den ersten Präsidentschaftswahlen 1976 hatte sie 75% betragen). Gewählt wurde Eanes nicht nur von den Anhängern der Sozialisten und Kommunisten, sondern auch von einem Teil der Wählerschaft der Regierungsparteien sowie von den revolutionären Kräften links von der Kommunistischen Partei. Der Kandidat der unabhängigen revolutionären Linken, Otelo Saraiva de Carvalho, einer der militärischen Führer der April-Revolution von 1974, erhielt nur noch 1,48% der Stimmen gegenüber 16,5% vor vier Jahren. Auch in der Hochburg der Revolution, dem ländlichen Süden, dem Gebiet des Großgrundbesitzes und der Kooperativen der Landarbei-

war, Zug um Zug rückgängig gemacht. Wo sich die Kooperativen mangels staatlicher Unterstützung nicht von selbst auflösen, wird ihnen oft das beste Land gewaltsam weggenommen und den Großgrundbesitzern zurückgegeben. Die Kleinbauern des Nordens, deren Lage sich kaum gebessert hat, sind unter dem Einfluß der Kirche und der reaktionären Parteien geblieben. Die zahlreiche kleine und mittlere Bourgeoisie unterstützt die Demokratische Allianz.

Dennoch: Das Wahlergebnis drückt aus, daß es Widerstand gibt gegen die Versuche, dem imperialistischen Kapital wie dem einheimischen Privatkapital und dem Großgrundbesitz noch freiere Bahn zu verschaffen. Die Verfassung und der Revolutionsrat gelten vielen als eine gewisse Garantie, daß nicht auch noch die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigt werden. Überdies steht der reaktionäre General Soares Carneiro nicht nur für die Freiheit des Privatkapitals. Für viele repräsentiert er auch die Kräfte (die zumal unter der Generalität auch wieder erstarkt sind), die auch zu den politischen Verhältnissen der Salazar-Diktatur wieder zurückwollen, auch wenn das nicht sein ausdrückliches politisches Programm ist.

Vergebliche Suche nach der „Dritten Kraft"

ASEAN wird zur Aufgabe der Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gedrängt

frb. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua und thailändische Zeitungen melden, haben am 28. November erstmals Streitkräfte des Demokratischen Kampuchea und der Khmer Serai eine gemeinsame Militäraktion gegen die vietnamesischen Besatzertruppen unternommen. Vereint überfielen sie einen Ochsenwagen-Konvoi, der Waffen und Munition transportierte, nahe der thailändisch-kampucheanischen Grenze. Auf Seiten der Khmer Serai soll es sich um Kämpfer der „Moulinaka" gehandelt haben. Ieng Sary, stellvertretender Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, bestätigte in einem Gespräch mit Journalisten in Djakarta (Indonesien), daß einige hundert Khmer Serai mit den Truppen des Demokratischen Kampuchea kooperieren. Allerdings zögere die größte dieser Gruppen, die FNLPK unter Führung Son Sanns, noch mit der Zusammenarbeit. (Son Sann war Minister und 1967–68 Ministerpräsident der Königlichen Regierung Sihanouks; die „Moulinaka" hatte sich August 1979 von Son Sann getrennt, da jener eine Zusammenarbeit mit Sihanouk ablehnte.) Ein Kommentator von Xinhua würdigte die gemeinsame Militäraktion als „Schlacht von großer Bedeutung".

Das Zusammengehen patriotischer Kräfte fällt in eine Zeit verstärkter Versuche fremder Mächte, eine „Dritte Kraft" in Kampuchea aufzubauen. Die westlichen Imperialisten verstecken sich dazu hinter dem Verband südostasiatischer Staaten (ASEAN), den sie unter politischen Druck setzen. „ASEAN hat den Puls der Weltmeinung abgefühlt und wenig Liebe für Pol Pot gefunden", schreibt Jürgen Dauth in der Frankfurter Rundschau (2.12., Seite 10) und dpa kabelt aus Singapur: „Nur noch China hält zu Pol Pot." Widerwillig hatten die westlichen Imperialisten im Oktober in der UNO der ASEAN-Resolution und der Bestätigung der Vertretung Kampucheas durch seine rechtmäßige Regierung zustimmen müssen. Die Abstimmung ergab nicht eine, wie von der Frankfurter Allgemeinen erhofft, gegenüber dem Vorjahresergebnis „wahrscheinlich schon reduzierte" Mehrheit. Und von Wechmar, eben erst zum Präsidenten der Vollversammlung gewählt, hintertrieb die Mehrheitsentscheidung mit dem Hinweis, 1981 stehe vielleicht bereits die Vakanz-Lösung des leeren Stuhles für die Vertretung Kampucheas zur Diskussion.

Vorerst allerdings sind die westlichen Imperialisten unter Druck. Die internationale Kampuchea-Konferenz ist beschlossen und wenn sie bis dahin keine „Dritte Kraft" präsentieren können, wird die Regierung des Demokratischen Kampuchea aus diesen diplomatischen Kämpfen gestärkt hervorgehen.

Einen Tag nach der Verabschiedung der UNO-Resolution war Thailands Ministerpräsident Prem nach Beijing geflogen, Mitte November hielt sich Singapurs Lee Kuan Yew dort auf. Beim Abflug Prems hatte die Bangkok Post geschrieben, es sei Zeit, daß China seine entschiedene und bedingungslose Unterstützung für Pol Pot, Khieu Samphan und seine Genossen beende. Nach seiner Rückkehr erklärte Prem derselben Zeitung zufolge, ASEAN habe derartiges niemals angeregt und werde es auch nicht tun. Singapur hat mehrmals betont, daß es ihm fern liege, „Pol Pot wieder an die Macht zu bringen". Lee fühlt sich als Vorposten gegen den Kommunismus, Thailand hat 75% seiner Truppen zur Bekämpfung der von der Kommunistischen Partei geführten Guerilla eingesetzt. ASEAN unterstützt dennoch das Demokratische Kampuchea, weil es sie vor dem sowjetisch-vietnamesischen Expansionismus schützt.

Es ist die Bedrohung durch Imperialismus und Hegemonismus, was die ASEAN-Länder an die Seite des Demokratischen Kampuchea und der VR China treibt, und die chinesische Regierung und Parteiführung tut alles, um die konsequente Einstellung von ASEAN zu fördern. Unbeirrt hält die VR China daran fest, daß der Abzug der vietnamesischen Besatzertruppen aus Kampuchea der Schlüssel zu jeder politischen Lösung ist, und daß zur Erreichung dieses Zieles die entschiedene Unterstützung der Regierung des Demokratischen Kampuchea unabdingbar ist. Nur der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea geführte Widerstandskrieg kann Vietnam und die UdSSR zum Einlenken zwingen. Und nur dieser Kampf, den zu führen keine andere Kraft in Kampuchea fähig ist, kann auch die westlichen Mächte zur bedingten Unterstützung des kampucheanischen Volkes und seiner Regierung zwingen.

EG-Agrarminister sind verstimmt über Griechenland

vol. Der EG-Rat der Landwirtschaftsminister hat sich letzten Dienstag auf die nächste Woche vertagt. Außer dem Vertagungsbeschluß konnte über keinen einzigen Beschluß Einigkeit erzielt werden. Besonderes Ärgernis der EG-Minister ist, daß der griechische Landwirtschaftsminister möglichst günstige Bedingungen für die Eintrittsbedingungen aushandeln will. Bisher wurde nur Einigkeit erzielt bei Weizen, Rindfleisch, Tabak und Likörwein. Erhebliche Differenzen bestehen bei einzelstaatlichen Erzeuger- und Produktionsbeihilfen für Wein, Obst, Gemüse, bei Schaffleisch, Olivenöl und Zucker. Die bisherigen EG-Minister behaupten, Griechenland hätte in den letzten Monaten am griechischen Agrarmarkt manipuliert, um sich vorteilhaftere Eintrittsbedingungen zu verschaffen. Die griechische Regierung spurt ihnen noch nicht richtig.

In 10 Jahren vier Millionen weniger in EG-Landwirtschaft

frb. Nach der jetzt vorliegenden Statistik der EG sind in dem Jahrzehnt zwischen 1968 und 1978 insgesamt 3,96 Mio. Beschäftigte aus der Landwirtschaft in den neun Mitgliedsstaaten ausgeschieden. Im Jahr 1979 wurden noch 7,83 Mio. Beschäftigte gezählt. In der BRD ging die Zahl der Beschäftigten um 0,92 Mio. zurück auf jetzt 1,54 Mio. Frankreich meldet einen Rückgang um 1,20 Mio. Es bleiben 1,87 Mio. In Italien verloren 1,34 Mio. ihre Beschäftigung in der Landwirtschaft. Es blieben 3,01 Mio. In Großbritannien, wo die Parzellenwirtschaft wenig vertreten ist, verließen 197000 die landwirtschaftliche Produktion. 632000 blieben in der Agrarwirtschaft tätig. Das landwirtschaftliche Produkt hat sich in dieser Zeit weiter erhöht.

Agrarkommissar Gundelach stellt neue EG-Grundsätze vor

frb. In Brüssel hat die Europäische Kommission jetzt dem Ministerrat und dem Parlament ein Papier zugestellt, das Kürzungen der bäuerlichen Einkommen einleiten soll. Laut Kommissar Gundelach, der für die Agrarpolitik zuständig ist, habe das bisherige Garantiepreissystem zu einem „Mißbrauch der Finanzressourcen" geführt. Da die EG bei Nahrungsmitteln weitgehender Selbstversorger sei, müßten nun für die „Überproduktion" die „Verursacher" zahlen. Die Preispolitik solle im Zentrum bleiben, sei aber durch Einkommenszuschüsse sowie verstärkten Abgaben der Bauern für die Vermarktungskosten zu ergänzen. Der „Milchpfennig" müsse in seiner Anwendung verschärft werden, bei Rindfleisch sei der Garantiepreis „flexibel" zu handhaben. Getreide schließlich besitze ein grundsätzlich zu hohes Preisgefüge, so daß hier in den näch-

Forderungen des Bauernverbandes zur Agrarpolitik

Bauern weisen auf relativ gesunkene Einkommen hin / Höhere Erzeugerpreise und bessere Sozialpolitik gefordert

doj. Am 4. November hat die Mitgliederversammlung des deutschen Bauernverbandes in einer Entschließung ihre Forderungen an die Regierung gestellt. Gleichzeitig nahm das Präsidium des DBV anläßlich dieser Entschließung und darüber hinaus Stellung zu verschiedenen EG-Agrarbeschlüssen.

Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gesunken oder gleich geblieben sind, während die Kosten im Rahmen der allgemeinen Inflationsrate gestiegen sind. „Das hat zu erheblichen Einkommensverlusten für die Bauern geführt." Sie wendet sich gegen die Kürzung von bisherigen Haushaltsmitteln im Agrarbereich. Folgendes sind ihre Forderungen:

- Die Erhöhung der Vorsteuerpauschale in der Umsatzsteuer um 1% für die Landwirte und um 0,5% für die Forstwirte zum 1.1.1981. Gleichzeitig stellt das Präsidium fest, daß die Einkommensteuerreform gerade die kleinen und mittleren Bauern erheblich mehr belastet und fordert dafür eine bessere Ausstattung der Agrarsozialpolitik oder Anhebung der Gasölbeihilfe.
- Weitere Rückerstattung der Mineralölsteuer auf Dieselöl sowie – entgegen der jetzigen Praxis – der Mehrwertsteuer. Weiterhin Erstattung durch Vorauszahlung.
- Eine angemessene Preiserhöhung der Marktordnungsprodukte auf dem EG-Markt.
- Erhöhung der Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten.
- Anhebung des staatlichen Zuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung um mindestens 100 Mio. DM.

Darüberhinaus soll die Landabgaberente beibehalten werden und der Staat sie ebenso wie das Altersgeld bezahlen. Der Bauernverband stellt fest, daß die ärztliche Versorgung auf dem Land nach wie vor unzureichend ist und fordert Maßnahmen zu ihrer Verbesserung.

Der gesamte Bauernverband betont immer wieder die Notwendigkeit und Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Produktion. Die vom Präsidium der Mitgliederversammlung vorgelegte und beschlossene Entschließung klingt jedoch etwas anders als die Präsidiums-Erklärung selbst. Während die Mitgliederversammlung in ihrer Entschließung ausgehend von der bäuerlichen Arbeit Schutzforderungen der Bauern einschließlich sozialer Schutzforderungen aufstellt, appelliert das aus Großbauern und Bankherren zusammengesetzte Präsidium in seiner Erklärung an die westdeutschen Kapitalisten, für die Landwirtschaft das nötige Geld aufzubringen, weil „die deutsche Wirtschaft insgesamt aus dem Europäischen Markt stark profitiert", die entscheidende Klammer für die EG aber die Landwirtschaft sei.

Im Bauernverband greifen die Großbauern gerne die Erzeugerpreissenkungen und die damit verbundenen Einkommensverluste in der Landwirtschaft auf, um ausgehend von scheinbar den gleichen Interessen der Groß- wie Kleinbauern sich für Erzeugerpreiserhöhungen und v.a. Marktordnungspreiserhöhungen stark zu machen. Aber können die Erzeugerpreiserhöhungen mehr bewirken, als den Untergang der Kleinbauern ein wenig zu verzögern? Ein höherer Preis für die verkaufte Ware ändert erst mal gar nichts an der Tatsache, daß der Kleinbauer mit rückständigen Produktionsmitteln im Vergleich zum gesellschaftlichen Durchschnitt wesentlich teurer zu produzieren gezwungen ist und damit immer einen Verlust macht. Und ist die Ware dann auf dem Markt verkauft, kann der Großbauer, der von vornherein schon günstiger produziert hat, das erzielte Geld aus dem gleichen Marktpreis noch profitabler anlegen, während der Kleinbauer erst mal das von seinen Schuldnern geforderte Geld berappen muß. Immer tiefere Verschuldung der Kleinbauern bis zur Aufgabe des Hofes geht so einher mit der Herausbildung einer reichen und zahlenmäßig kleiner werdenden Klasse von Großbauern und Finanziers, welche das einzig Gemeinsame, das Grundeigentum, für ihren Profit nutzen. Höhere Marktpreise verschaffen den Kleinbauern nur kurzfristig ein bißchen Luft.

Die Forderung der Mitgliederversammlung, eine „volle Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung" zu sichern, formuliert das Präsidium in seiner Erklärung etwas um auf das „Ziel ... den Landwirten durch eine *kostenorientierte Preispolitik* eine Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung zu ermöglichen". So illusionär die Forderung der Mitgliederversammlung für die Klein- und Mittelbauern ist, so realistisch ist die Forderung der Großagrarier nach einer kostenorientierten Preispolitik.

Das Präsidium fordert dann ergänzend eine „gezielte Mengenpolitik wie bei Zucker". So werden seit einigen Jahren von der EG für die zuckerproduzierenden Betriebe der einzelnen Länder Grund- und Höchstproduktionsquoten festgelegt und eine Erzeugermitbeteiligung abverlangt. Auch solche Produktionsquoten bessern die Lage der Klein- und Mittelbauern nicht. Im Gegenteil: die Abhängigkeit der Zuckerrübenbauern von den Zucker verarbeitenden Konzernen ist gestiegen und die Milchbauern z.B., die ähnlich „gefördert" werden, haben zu tausenden in den letzten Jahren die Milchkuhhaltung aufgeben müssen.

Auch der vom Bauernverband geforderte Ausbau der Erzeugergemeinschaften und die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens wird die Kleinbauern nicht retten können, solange sie an ihr Parzelleneigentum gebunden sind. Immerhin verschaffen die Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften aber die Möglichkeit – wenn auch in Grenzen – die industriell produzierten landwirtschaftlichen Maschinen und andere industrielle Errungenschaften gemeinschaftlich zu nutzen.

Zollschranken zur Untergrabung der 200-sm-Fischereizone

Widersprüche zwischen den Kapitalisten in der Hochseefischerei und der Fischindustrie

ruz. Die EG-Kommission beschloß im Mai dieses Jahres die Referenzpreise für Frostfisch um 6 bis 15% und die Zollsätze für gefrorenen Kabeljau, Seehecht und Schellfisch von 9 auf 15% anzuheben. Eingeleitet wurde diese Maßnahme durch Stellungnahmen führender Vertreter der westdeutschen Hochseefischereikonzerne in der Art, wie sie M. H. Rehder (Vorstandssprecher des Nordsee-Konzerns) auf einer Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Fischindustrie Ende Mai 1980 wiederholte zur Verteidigung der Zollerhöhung gegenüber der Kritik kleinerer und mittlerer Fischindustrieller: „Fest steht, daß der ‚EG-Teich' uns die Mengen an größerem Kabeljau, an großem Seelachs und vor allem an Rotbarsch einfach aus biologischen Gründen nicht bieten kann, derer unsere Fischwirtschaft bedarf. Zur Deckung der Versorgung muß unsere

konzerne nicht schon damals auf Quotenregelungen eingelassen? Als Imperialisten mit hochentwickelten und weitreichenden Fangfabrikschiffen sind sie im Unterschied zu den Völkern der Küstenstaaten nicht abhängig von der Ertragsfähigkeit der jeweiligen Küstenmeere. Ist die Nordsee leergefischt, auf nach Island, Norwegen, Grönland ... Nur ist ihnen bei diesem Kalkül einiges dazwischen gekommen. Erstens ist die 200-sm-Fischereizone heute allgemein eingerichtet und zweitens ist kein Küstenstaat mehr bereit, ohne Gegenleistungen und ohne Auflagen in Bezug auf Fangmenge und -methode die westdeutschen Hochseefischereikonzerne in ihre Fischereigewässer hineinzulassen. Drittens sind mit der Verteuerung des Dieselöls lange Anfahrtswege, wie in den Südatlantik, unwirtschaftlich geworden. Inzwischen sind ihre Anlandungen auf weniger als die

Arbeiter in der Fischverarbeitung ziehen, in der der Fisch nur noch Rohware ist. Anders die in der Hochseefischerei engagierten Kapitalisten: Nach dem Rückgang der Produktivität in der Hochseefischerei seit Ende der 60er Jahre (wegen der Überfischung dauert trotz elektronischer Fischschwarmortung das Suchen der Schwärme länger bzw. es werden größere und teurere Schiffe bei stagnierenden Fangmengen gebraucht) stehen sie jetzt vor der Situation, daß ihnen der Zugang zu den Fanggebieten versperrt ist, ihnen so eine stoffliche Grundlage der Ausbeutung ihrer Arbeiter und Angestellten entzogen und ihr konstantes Kapital in Form der Schiffe und Reedereilandbetriebe entwertet zu werden droht.

Da die BRD als mittlere imperialistische Macht nicht wie eine Supermacht auftreten kann, die mit einer Flotten-

der Hochseefischereikonzerne. Wird die Importware teurer durch den Zollaufschlag, können sie den Fisch, den sie noch mit ihren eigenen Schiffen fangen können, natürlich auch teurer verkaufen, weil die Nachfrage nach nicht zollbelasteten Fischen ansteigt.

Diese Zollerhöhungen werden von den betroffenen Ländern verurteilt. Auch in der BRD werden sie kritisiert, allerdings sehr verschieden und gegensätzlich.

Der Bundesverband der Deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels startete gleich nach Inkrafttreten der Zollerhöhungen eine Kampagne dagegen. Argumente waren, daß die EG-Staaten diese Mengen nicht liefern könnten, also einzige Folge der Zollerhöhungen höhere Verbraucherpreise seien, die zu einem Rückgang des Verbrauchs führen. Das habe die Verschlechterung der Beschäftigungssitua-

1,54 Mio. Frankreich meldet einen Rückgang um 1,20 Mio. Es bleiben 1,87 Mio. In Italien verloren 1,34 Mio. ihre Beschäftigung in der Landwirtschaft. Es blieben 3,01 Mio. In Großbritannien, wo die Parzellenwirtschaft wenig vertreten ist, verließen 197000 die landwirtschaftliche Produktion. 632000 blieben in der Agrarwirtschaft tätig. Das landwirtschaftliche Produkt hat sich in dieser Zeit weiter erhöht.

ralölsteuer auf Dieselöl sowie – entgegen der jetzigen Praxis – der Mehrwertsteuer. Weiterhin Erstattung durch Vorauszahlung.

- Eine angemessene Preiserhöhung der Marktordnungsprodukte auf dem EG-Markt.

Markt stark profitiert", die entscheidende Klammer für die EG aber die Landwirtschaft sei.

Im Bauernverband greifen die Großbauern gerne die Erzeugerpreissenkungen und die damit verbundenen Einkommensverluste in der Landwirt-

Die Forderung der Mitgliederversammlung, eine „volle Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung" zu sichern, formuliert das Präsidium in seiner Erklärung etwas um auf das „Ziel ... den Landwirten durch eine *kosten-*

die Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften aber die Möglichkeit – wenn auch in Grenzen – die industriell produzierten landwirtschaftlichen Maschinen und andere industrielle Errungenschaften gemeinschaftlich zu nutzen.

Agrarkommissar Gundelach stellt neue EG-Grundsätze vor

frb. In Brüssel hat die Europäische Kommission jetzt dem Ministerrat und dem Parlament ein Papier zugestellt, das Kürzungen der bäuerlichen Einkommen einleiten soll. Laut Kommissar Gundelach, der für die Agrarpolitik zuständig ist, habe das bisherige Garantiepreissystem zu einem „Mißbrauch der Finanzressourcen" geführt. Da die EG bei Nahrungsmitteln weitgehender Selbstversorger sei, müßten nun für die „Überproduktion" die „Verursacher" zahlen. Die Preispolitik solle im Zentrum bleiben, sei aber durch Einkommenszuschüsse sowie verstärkten Abgaben der Bauern für die Vermarktungskosten zu ergänzen. Der „Milchpfennig" müsse in seiner Anwendung verschärft werden, bei Rindfleisch sei der Garantiepreis „flexibel" zu handhaben. Getreide schließlich besitze ein grundsätzlich zu hohes Preisgefüge, so daß hier in den näch-
sten Jahren nur bescheidene Erhöhungen stattfinden sollten.

Streik der Zucker-Arbeiter auf Fidschi

mat.Sydney. Wenige Tage nach Ende des Streiks der Arbeiter in den Zuckerfabriken hat die Regierung von Fidschi Anfang Dezember den Wirtschaftsplan 1981 – 85 bekanntgegeben. Die Arbeiter hatten erfolgreich dagegen gestreikt, daß die staatliche Zuckergesellschaft, die erst 1973 durch Übernahme britischer und australischer Konzerne gebildet wurde, einen Australier als Manager einstellt. Zucker bildet über ¾ des Ausfuhrwerts des Landes. Die staatliche Zuckergesellschaft hat die Plantagen aufgelöst und den Anbau an kleine Pächter übergeben. Die Jahresproduktion ist dadurch seit 1977 um fast 100000 auf 450000 Tonnen gestiegen. Die Gesellschaft hat mit der EG schon 1975 ein Abkommen über die Abnahme von mindestens 170000 Tonnen abgeschlossen. Weitere Verträge bestehen mit Neuseeland, Malaysia und Singapur.

Rohstoff Kakao: Heute so billig wie vor 10 Jahren

dog. Für die Erntesaison 1980/81 wird ein Ernteüberschuß von 100000 t Kakao erwartet. Allein die Elfenbeinküste, der bedeutendste Kakaoproduzent, wird 15000 t mehr ernten als geschätzt. Es ist die vierte Überschußernte hintereinander. Der Kakaopreis sinkt seit 1977 ununterbrochen. Die Abnehmer spekulieren darauf, daß die verschärfte Konkurrenz um Absatzmärkte ein Steigen des Preises verhindern wird.

Zollschranken zur Untergrabung der 200-sm-Fischereizone

Widersprüche zwischen den Kapitalisten in der Hochseefischerei und der Fischindustrie

ruz. Die EG-Kommission beschloß im Mai dieses Jahres die Referenzpreise für Frostfisch um 6 bis 15% und die Zollsätze für gefrorenen Kabeljau, Seehecht und Schellfisch von 9 auf 15% anzuheben. Eingeleitet wurde diese Maßnahme durch Stellungnahmen führender Vertreter der westdeutschen Hochseefischereikonzerne in der Art, wie sie M. H. Rehder (Vorstandssprecher des Nordsee-Konzerns) auf einer Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Fischindustrie Ende Mai 1980 wiederholte zur Verteidigung der Zollerhöhung gegenüber der Kritik kleinerer und mittlerer Fischindustrieller: „Fest steht, daß der ‚EG-Teich' uns die Mengen an größerem Kabeljau, an großem Seelachs und vor allem an Rotbarsch einfach aus biologischen Gründen nicht bieten kann, derer unsere Fischwirtschaft bedarf. Zur Deckung der Versorgung muß unsere
Fernfischerei in Fahrt bleiben, müssen wir, wenn Island uns schon versperrt bleibt, unter Grönland und vor Kanada fischen. Und vor Nordnorwegen ... Ein fester politischer Wille muß in der BRD entstehen. Ihm muß es gelingen, Bonn und Brüssel auf folgende Linie lebensnotwendiger Maßnahmen zu zwingen: 1. Kommt den Briten entgegen und billigt ihnen einiges in Richtung auf ihre Sonderwünsche hinsichtlich der Fänge unter ihrer Küste zu! Damit sie EG-loyaler werden. 2. ist ein EG-Konsens da, nehmt umgehend Drittlandsverhandlungen auf, mit dem Faustpfand handelspolitischer Konzessionen. Fangrechte für 15 Jahre gegen Zollpräferenzen o.ä.! Der EG-Markt ist die größte wirtschaftliche Menschen- und Konsumentenzusammenballung der Welt; mit den vielfältigsten Bedürfnissen, mit harter Währung, sehr guten Preisen."

Die weltweite Bewegung, den Küstenstaaten die ausschließliche wirtschaftliche Nutzung einer 200-sm-Zone vor ihrer Küste vorzubehalten, hat die westdeutschen Hochseefischereikonzerne in arge Bedrängnis gebracht. Um was geht es diesen Ländern? Z.B. das isländische Volk ist in hohem Maße in seiner Existenz von einer lohnenden Fischerei abhängig. Deshalb hat die isländische Regierung schon seit den 50er Jahren die Beschränkung der Fischerei gefordert. Weil alle ihre Bemühungen, dies über internationale Vereinbarungen zu erreichen, fehlschlugen wegen der Weigerung westdeutscher und britischer Hochseefischereikonzerne, erklärte Island dann 1972 seine Hoheit über die 50-sm-Fischereizone und ab 1978 über die 200-sm-Wirtschaftszone. Warum hatten sich die westdeutschen und britischen Hochseefischerei-

konzerne nicht schon damals auf Quotenregelungen eingelassen? Als Imperialisten mit hochentwickelten und weitreichenden Fangfabrikschiffen sind sie im Unterschied zu den Völkern der Küstenstaaten nicht abhängig von der Ertragsfähigkeit der jeweiligen Küstenmeere. Ist die Nordsee leergefischt, auf nach Island, Norwegen, Grönland ... Nur ist ihnen bei diesem Kalkül einiges dazwischen gekommen. Erstens ist die 200-sm-Fischereizone heute allgemein eingerichtet und zweitens ist kein Küstenstaat mehr bereit, ohne Gegenleistungen und ohne Auflagen in Bezug auf Fangmenge und -methode die westdeutschen Hochseefischereikonzerne in ihre Fischereigewässer hineinzulassen. Drittens sind mit der Verteuerung des Dieselöls lange Anfahrtswege, wie in den Südatlantik, unwirtschaftlich geworden. Inzwischen sind ihre Anlandungen auf weniger als die
Hälfte zusammengeschmolzen. Nach den Worten des Herrn Rehder müßte damit die westdeutsche Fischindustrie eigentlich zusammengebrochen sein. Dem ist aber nicht so. Schon 1979 wurde der Bedarf der Fischindustrie an gefrorenem Kabeljau-, Rotbarsch-, Seelachs-, Schellfisch-, und Seehechtfilet zu 62% durch Importe gedeckt, Importe aus allen wichtigen Küstenstaaten des Nordatlantiks und aus Argentinien. Nach der Übernahme der Hoheit über ihre nationalen Fischereizonen und der Beschränkung der Fangmengen und -methoden erzielen diese Staaten wie z.B. Island wieder hohe und stabile Fangerträge bei einem verminderten Fischereiaufwand. Sie sind bestrebt und in der Lage, erhebliche Mengen Frost-und Frischfischfilet zu exportieren.

Mit diesem Zustand konnten sich die Fischindustriellen arrangieren, weil sie ihren Profit aus der Ausbeutung der

Arbeiter in der Fischverarbeitung ziehen, in der der Fisch nur noch Rohware ist. Anders die in der Hochseefischerei engagierten Kapitalisten: Nach dem Rückgang der Produktivität in der Hochseefischerei seit Ende der 60er Jahre (wegen der Überfischung dauert trotz elektronischer Fischschwarmortung das Suchen der Schwärme länger bzw. es werden größere und teurere Schiffe bei stagnierenden Fangmengen gebraucht) stehen sie jetzt vor der Situation, daß ihnen der Zugang zu den Fanggebieten versperrt ist, ihnen so eine stoffliche Grundlage der Ausbeutung ihrer Arbeiter und Angestellten entzogen und ihr konstantes Kapital in Form der Schiffe und Reedereilandbetriebe entwertet zu werden droht.

Da die BRD als mittlere imperialistische Macht nicht wie eine Supermacht auftreten kann, die mit einer Flotten-
parade Zugeständnisse erzwingen kann, bleibt den Kapitalisten gegenüber einem Land wie Island nur noch der Weg des Schacherns. Weil sie aber natürlich nichts bezahlen wollen für solche Fangrechte, fordert Rehder von der Bundesregierung, über die EG künstliche Handelsschranken in Form von Zöllen auf Fischimporte gegenüber den als erpressbar eingeschätzten Küstenstaaten zu schaffen. Als solche gelten gegenwärtig Norwegen, Kanada, Faröer und Argentinien. Bei Island hat die EG das zur Zeit aufgegeben und zur Verbilligung der Importe weitgehend Zollfreiheit gewährt. Norwegen hat die ermäßigten Zollsätze erhalten als Gegenleistung für die Freigabe erheblicher Fangquoten für die deutsche Hochseefischerei vor Nordnorwegen. Ähnlich ist es bei den Faröern und Kanada (ab 1981).

Die Zollerhöhungen haben einen weiteren heilsamen Sinn für die Profite

der Hochseefischereikonzerne. Wird die Importware teurer durch den Zollaufschlag, können sie den Fisch, den sie noch mit ihren eigenen Schiffen fangen können, natürlich auch teurer verkaufen, weil die Nachfrage nach nicht zollbelasteten Fischen ansteigt.

Diese Zollerhöhungen werden von den betroffenen Ländern verurteilt. Auch in der BRD werden sie kritisiert, allerdings sehr verschieden und gegensätzlich.

Der Bundesverband der Deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels startete gleich nach Inkrafttreten der Zollerhöhungen eine Kampagne dagegen. Argumente waren, daß die EG-Staaten diese Mengen nicht liefern könnten, also einzige Folge der Zollerhöhungen höhere Verbraucherpreise seien, die zu einem Rückgang des Verbrauchs führen. Das habe die Verschlechterung der Beschäftigungssitua-
tion der Fischverarbeitungsbetriebe zur Folge mit den bekannten negativen Folgen für die Beschäftigten und die Ertragslage der Firmen. In den Tarifverhandlungen im Herbst dieses Jahres haben sich die Kapitalistenvertreter unter Berufung auf die Zollerhöhungen geweigert, eine annähernd auf dem Niveau des Frühjahrs liegende Lohnerhöhung zu zahlen.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung muß aus anderen Gründen die Zollerhöhung ablehnen. Erstens ist die imperialistische Erpressungspolitik, für die der Zoll ein Instrument ist, reaktionär. Auch wenn die Fänge der westdeutschen Hochseefischerei durch Quoten beschränkt sind, betreiben sie weiter Raubfischerei. Deutsche Fischereiforscher schätzen z.B., daß in der Grönlandfischerei auf Kabeljau das Doppelte der Quote gefangen wird, getarnt als Beifang u.ä. und zwar seit Jahren. Aus diesem Grunde konnte der Zweck der Quotierung – Erholung und Erhaltung der Fischbestände – nicht erreicht werden. Die norwegische Regierung beschwert sich über den gleichen Mißbrauch der Quoten durch westdeutsche Fischdampfer.

Die Arbeiterklasse dagegen ist interessiert an der Erhaltung der Fischbestände als einer natürlichen Produktivkraft bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Zweitens wirken Zölle – innenpolitisch betrachtet – wie indirekte Steuern, die vom Produzenten und Zwischenhändler auf den Warenpreis aufgeschlagen, also von den Konsumenten, die in der Mehrzahl Lohnabhängige sind, bezahlt werden müssen. Drittens lehnten die Gewerkschafter und Betriebsräte aus der Fischindustrie die Zollerhöhungen ab, weil die Kapitalisten damit ein Druckmittel mehr gegen den Lohnkampf hatten.

Sorte	Zollsatz %	Ermäßigte Zollsätze einiger Länder (Is = Island, N = Norwegen, Fa = Faröer)
Rotbarsch o. Kopf	8,0	Is = 2%
Rotbarschfilet, gefroren	14,6	Is = frei, Fa,N = 3%
Kabeljaufilet gefroren*	15,0	Is = frei, Fa,N = 3%
Seehechtfilet gefroren*	15,0	Is = frei, Fa,N = 3%
Scheelfischfilet, gefroren*	15,0	Is = frei, Fa,N = 3%
Schw. Heilbutt, gefr.	frei	
Seelachsfilet, gefroren	15,0	Is = frei, Fa,N = 3%
Makrelen, gefroren	20,0	
Heringsfilet	15,0	Is = frei, Fa,N = 3%; für Verarbeitung unter zollamtlicher Überwachung = frei

* Bei diesen Fischarten hatte es bis zum 30.6.80 eine Zollermäßigung um 6% gegeben, wenn die Ware unter zollamtlicher Überwachung verarbeitet wurde. Bedingung für diesen niedrigen Zollsatz war, daß der Importeur die Fischfilets verarbeitet (veredelt); dem Zollamt mußte über die verwendeten Mengen Nachweis geführt werden.

IGM Vorstand läßt lanciertes 8%-Forderungsvolumen ,,weder bestätigen noch dementieren"

ped. Nach der Tagung des IGM-Vorstandes in der letzten Woche verbreitete die Presse, daß 8% seitens der IGM gefordert werden würden. Die IGM Pressestelle in Frankfurt konnte das ,,weder bestätigen noch dementieren" – schlecht, nach dem Gewerkschaftstag, der sich ausdrücklich gegen eine öffentliche Forderungsvorgabe vor den Beschlußfassungen der Tarifkommissionen gewandt hatte, wird es nur böses Blut innerhalb der IGM geben. Dabei war der ,,Handelsblatt"-Kommentator nach den Tarifkommissionstagungen Ende November gerade in düstere Stimmungen gefallen, nachdem sich herausstellte, daß die ,,produktivitäts-orientierte Lohnpolitik" der Metallkapitalisten kein Metallarbeiterherz würde erweichen können. Man hätte sich darin ,,merkwürdigerweise getäuscht, daß die Forderung nach Strukturverbesserungen unentwegt bis zu ihrer Erfüllung wiederholt werden würde", und es sei ,,unwahrscheinlich, daß die Forderung der Tarifkommissionen nicht mindestens eine 7 vor dem Komma haben werde". Auf der Suche, wie dagegen zu schießen sei, analysierte er dann, daß ,,die Arbeitgeber mit dem Scheitern ihres Konzepts die ‚Null' bieten müssen, um sich aus der nunmehr falschen Startposition (den produktivitätsorientierten 3%) zurückzuziehen", um dann das Problem ,,des Brückenschlags" aufzuwerfen. Die Mitte zwischen 0 und 8 ist 4 – ein 4, 5 oder 6%-Abschluß ist aber angesichts einer Preissteigerungsrate von 5,3% zuwenig, um die gestiegene Arbeitsverausgabung, die gefordert wird, ausgleichen zu können – selbst wenn für die unteren Tarifgruppen in Festgeld des Ecklohnes abgeschlossen würde. Die reale Erhöhung der Löhne, die nötig ist, könnte dann nur noch erzielt werden, wenn nicht die Tarif- sondern auch die Effektivlöhne entsprechend steigen würden. Das war aber schon in der letzten Tarifbewegung nicht überall zu erreichen und wird sich zukünftig noch schwieriger stellen. Es ist also nur konsequent, wenn die Tarifkommissionen 10% anstelle 8% mit einer überproportionalen Anhebung der unteren Tarifgruppen beschließen.

Beschlüsse:

Tarifkommission Hamburg, 2.12.80. metall-Nachrichten: ,,Trotz des Propagandageschreis von Gesamtmetall waren sich alle Mitglieder der vier norddeutschen Tarifkommissionen einig: ‚Die IG Metall wird keinem Lohnverzicht zugunsten der Gewinne zustimmen!!' Aber nicht nur der Preisausgleich – auch einen Anteil an der Leistungssteigerung und eine verstärkte Berücksichtigung der unteren Tarifgruppen steht auf der Tagesordnung ... Die Forderung nach einer verstärkten Berücksichtigung der unteren Lohngruppen wird nach wie vor als einer der Schwerpunkte der Tarifpolitik im Bezirk Hamburg angesehen. Die Tarifkommissionsmitglieder unterstützen daher die in Schleswig-Holstein angelaufene Aktion ‚Lohngruppe 2 muß weg'." *Vertreterversammlung Eßlingen,* 10.12.80. Die Ortsverwaltung hatte der Versammlung bei Anwesenheit von Bezirksleiter Steinkühler eine Forderung nach 8%, mindestens 107 DM vorgelegt. Die Vertreter unterstützten die 8%, verlangten aber einen höheren Mindestbetrag, in jedem Fall sollte die Tarifkommission aber eine Forderung mit Prozent- und Festgeldseite aufstellen. *Vertreterversammlung Ludwigsburg,* 6.12.80. Als Empfehlung für die Tarifkommission wurden 8%, mindestens 130 DM, Streichung der Lohngruppe 2 und für das 1. bis 4. Lehrjahr 80, 70, 60, 50 DM beschlossen. Eine starke Minderheit hatte für eine reine Festgegeldforderung votiert. *Vertreterversammlung Dinslaken,* 11.12.80. 8% wurde als Forderung beschlossen. *Mitgliederversammlung Bergisch-Gladbach.* Die vorgeschlagenen Forderungen gingen von reinen 8% bis zu 10%, mindestens ein Festbetrag auf dem Ecklohn für die darunter liegenden Tarifgruppen. Alle Vorschläge wurden an die Tarifkommission weitergeleitet. *Vertreterversammlung Köln,* 3.12.80. In einer verabschiedeten Resolution forderten die Vertreter die Tarifkommission auf, bei der Aufstellung der Lohnforderung die gestiegene Leistung in den Betrieben sowie die galoppierende Preisentwicklung zu berücksichtigen. Der Forderungsvorschlag der Ortsverwaltung von 8% wurde gegen wenige Gegenstimmen, die für 150 DM Festgeld votierten, angenommen. *Vertreterversammlung Frankfurt,* 25.11.80. Es wurde kein Beschluß gefaßt, sondern 14 Anträge an die Tarifkommission weitergeleitet. Gefordert wurden u.a. 150 DM plus 5% (Teves), 10% Volumen und Mindestbetrag (Braun), 9,5% bis zum Ecklohn in Festgeld (VDO), 8%, mindestens 175 DM (Schoeller). *Vertrauensleuteversammlung Opel Rüsselsheim,* 11.12.80. In 12 Anträgen aus den Abteilungen waren Sockel und Prozent (80 DM, 3%) und Festgeld sowie Prozent/Mindestbeträge (200 DM/10%) gefordert worden. Beschlossen wurde, daß die Forderung ein Volumen von 8 bis 9% ausmachen sollte und über eine Sockel/Prozent-Forderung die unteren Lohngruppen überproportional erhöht werden sollen. *Vertrauensleuteversammlung Daimler Untertürkheim,* 24.11.80. Es wurden Forderungen von 7 bis 9,5% z.T. mit Mindestbetrag von 150 DM als mögliche Forderungen genannt.

Betriebsversammlung Bremer Vulkan Werft

Kämpfe der Belegschaft und ihre Forderungen

hek. Aus dem Bericht des Betriebsrates ging hervor, daß die Kapitalisten ihre Angriffe auf die Schutzrechte der Belegschaft, auf die Arbeitsbedingungen und auf die Entlohnung intensivieren.

- Gegen die immer größere Lohnspreizung der Arbeiter im Zentralmagazin konnte der Betriebsrat mit Unterstützung der dort beschäftigten Arbeiter eine Betriebsvereinbarung abschließen, die die ehemals 26 verschiedenen Löhne auf vier reduzierte, was teilweise sogar noch mit Anhebungen verbunden war.
- Gegen willkürliche Versetzungen im Schiffbaubereich, verbunden mit Lohnkürzungen, wurde ebenfalls mit den Arbeitern erreicht, daß bisher zwei Versetzungen laut Urteil des Arbeitsgerichtes rückgängig gemacht werden mußten.
- Die sich in letzter Zeit wieder häufenden Kündigungen ,,aus gesundheitlichen Gründen", werden vom Betriebsrat prinzipiell abgelehnt.
- Die Betriebsvereinbarung, die die Akkordverschreibung der Lehrlinge beinhaltet und je nach Führung des Betriebsheftes, Pünktlichkeit, Ausführung der Arbeit, Schulbesuch eine Prämie von 0 bis 50 DM beinhaltet, ist auf Antrag der Jugendvertretung und Jugendversammlung vom Betriebsrat gekündigt worden. Zur Verhandlung stehen die Forderungen nach Nichtverschreibung im Akkord und Zahlung von 50 DM für alle Lehrlinge.
- In Verhandlung befindet sich die Gleichstellung der an Asbestose erkrankten Arbeiter mit den Schwerbehinderten, eine höhere Entlohnung für diese Arbeiter und das Verbot von Verarbeitung asbesthaltiger Werkstoffe. Dieser schon langandauernde Kampf führte innerhalb des Bremer Stadtparlaments (Bürgerschaft) zu einer Auseinandersetzung zwischen der SPD und den Grünen über Verbot oder nicht Verbot der Verarbeitung von asbesthaltigen Stoffen.

Aus den Reihen der Belegschaft wurde insbesondere die Umstrukturierung des Bremer Haushalts angegriffen. ,,Jahrelang habe ich SPD gewählt, sogar Mitglied bin ich, aber jetzt: 32% Preissteigerung beim Gas, 15% Beim Wasser, 20% beim Strom, 23% wenn ich mit dem Bus fahre, wie sollen wir das denn alles tragen? Besonders mit Lohngruppe 6! Ich bin für die Abschaffung der unteren Lohngruppen, eine kräftige Lohnerhöhung muß her!"

Wurden die Beiträge gegen die Erhöhung der kommunalen Gebühren, der Aufruf zur Beteiligung gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen des Bremer Haushalts, für ein Verbot von Asbest, für die Abschaffung der unteren Lohngruppen mit starkem Beifall bedacht, so setzten zunehmend bei den persönlichen Streitereien ein Pfeifkonzert ein, das zum Abbruch solcher Redebeiträge führte. Drei Arbeiter der NC-Brennmaschinen berichteten über ihren immer noch andauernden Kampf gegen die Vernutzung ihrer Arbeitskraft in der Prämienentlohnung. Sie forderten eine Anhebung aller Brenner auf Lohngruppe 9a, weil durch ständige Versetzungen das Lohnniveau jetzt um den Facharbeiterecklohn (Lohngruppe 8) läge.

Es folgten Redebeiträge, die die Abschaffung der Stempeluhren, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Verbot der Überstunden und der Sonntagsarbeit forderten.

Die Betriebsführung wurde mit Pfiffen und Zwischenrufen bedacht, als sie erläuterte, ,,daß die teuren Anlagen einer Großwerft mit einer zu kleinen Belegschaft nicht in Gang gehalten werden könnten". Teilstillegungen oder Schließung würden notwendig. Erforderlich sei trotz aufgestockter Belegschaft eine Leistungssteigerung jedes einzelnen. Selbst dann sei nicht gesichert, daß Aufträge ,,kostendeckend" hereingenommen werden könnten. Meist könnten sie nur mit ,,Verlust" unter Rückgriff auf die Rücklagen hereingenommen werden. Das läge besonders an der Höhe der Lohnstückkosten, die eben höher seien als anderswo. Staatliche Hilfen seien deshalb unumgänglich, meinte der Direktor, da besonders die ostasiatischen Länder Preisunterbietungen bis zu 25% machen könnten. Doch brauche die deutsche Schiffbauindustrie wegen dem höheren technischen Niveau und dem Ausbildungsstand ihrer ,,Mitarbeiter" keine Angst vor der Zukunft zu haben.

Nach der Mittagspause befaßte sich der folgende Redner mit den Argumenten der Betriebsführung. Er wiederlegte das ,,Argument" von den höchsten Lohnstückkosten, indem er nachwies, daß innerhalb der EG die westdeutschen Kapitalisten am unteren Ende mit ihren Lohnstückkosten lägen und das sich sogar gegenüber der USA ein Vorteil abzeichne. Lediglich Japan wiese noch geringere Lohnstückkosten aus. Kostendeckend sei auch luschig dahergesagt. In den Kosten ist der erwartete Profit der Kapitalisten eingerechnet, etwas anders verhalte es sich mit den Auftragshereinnahmen mit Verlust, wenn hier auf die Rücklagen zurückgegriffen werde, so sind diese aus den Vorjahresprofiten der Kapitalisten gebildet. Also liefen alle ihre Maßnahmen auf Sicherung und Steigerung des Profits durch schärfere Auspressung der Arbeiter hinaus. Belegt wurde dies an den benannten Forderungen der Belegschaft. In einer solchen Situation sei es zwar richtig, an Prinzipien festzuhalten, und diese nicht wegen Reformen, die keine sind, aufzugeben. Wenn allerdings die Betriebsratswahlen so vorbereitet würden, daß Spaltung innerhalb der Belegschaft betrieben würde und nicht vielmehr auf das geachtet wird, was die Belegschaft zusammenschließt, dann sehe es für die Durchsetzung der Forderungen der Belegschaft schlecht aus. Der Stapellauf der ,,Europa" sei zum Beispiel ein geeigneter Termin, um bestimmten Forderungen der Belegschaft durch Streik Nachdruck zu verleihen. Sowie die Festlegung des Betriebsrates auf Forderungen, die die Wahl leichter und die Durchsetzung der Forderungen möglich machen.

Die folgenden Redner griffen diesen Beitrag auf und belegten durch Untersuchungen bestimmte Forderungen der Belegschaft. Der Betriebsratsvorsitzende (SPD) lehnte in seinem Schlußwort die geplanten Erhöhungen der kommunalen Tarife ab. Um 14.45 Uhr wurde die Betriebsversammlung beendet.

produktivitätsorientierten 3%) zurückzuziehen", um dann das Problem ,,des Brückenschlags" aufzuwerfen. Die Mitte zwischen 0 und 8 ist 4 – ein 4, 5 oder 6%-Abschluß ist aber angesichts einer Preissteigerungsrate von 5,3% zuwenig, um die gestiegene Arbeitsverausgabung, die gefordert wird, ausgleichen zu können – selbst wenn für die unteren Tarifgruppen in Festgeld des Ecklohnes abgeschlossen würde. Die reale Erhöhung der Löhne, die nötig ist, könnte dann nur noch erzielt werden, wenn nicht die Tarif- sondern auch die Effektivlöhne entsprechend steigen würden. Das war aber schon in der letzten Tarifbewegung nicht überall zu erreichen und wird sich zukünftig noch schwieriger stellen. Es ist also nur konsequent, wenn die Tarifkommissionen 10% anstelle 8% mit einer überproportionalen Anhebung der unteren Tarifgruppen beschließen.

Beschlüsse:

Tarifkommission Hamburg, 2.12.80. metall-Nachrichten: ,,Trotz des Propagandageschreis von Gesamtmetall waren sich alle Mitglieder der vier norddeutschen Tarifkommissionen einig: ‚Die IG Metall wird keinem Lohnverzicht zugunsten der Gewinne zustimmen!!' Aber nicht nur der Preisausgleich – auch einen Anteil an der Leistungssteigerung und eine verstärk-

mindestens ein Festbetrag auf dem Ecklohn für die darunter liegenden Tarifgruppen. Alle Vorschläge wurden an die Tarifkommission weitergeleitet. *Vertreterversammlung Köln,* 3.12.80. In einer verabschiedeten Resolution forderten die Vertreter die Tarifkommission auf, bei der Aufstellung der Lohnforderung die gestiegene Leistung in den Betrieben sowie die galoppierende Preisentwicklung zu berücksichtigen. Der Forderungsvorschlag der Ortsverwaltung von 8% wurde gegen wenige Gegenstimmen, die für 150 DM Festgeld votierten, angenommen. *Vertreterversammlung Frankfurt,* 25.11.80. Es wurde kein Beschluß gefaßt, sondern 14 Anträge an die Tarifkommission weitergeleitet. Gefordert wurden u.a. 150 DM plus 5% (Teves), 10% Volumen und Mindestbetrag (Braun), 9,5% bis zum Ecklohn in Festgeld (VDO), 8%, mindestens 175 DM (Schoeller). *Vertrauensleuteversammlung Opel Rüsselsheim,* 11.12.80. In 12 Anträgen aus den Abteilungen waren Sockel und Prozent (80 DM, 3%) und Festgeld sowie Prozent/Mindestbeträge (200 DM/10%) gefordert worden. Beschlossen wurde, daß die Forderung ein Volumen von 8 bis 9% ausmachen sollte und über eine Sockel/Prozent-Forderung die unteren Lohngruppen überproportional erhöht werden sollen. *Vertrauensleuteversammlung Daimler Untertürkheim,* 24.11.80. Es wurden Forderungen von 7 bis 9,5% z.T. mit Mindestbetrag von 150 DM als mögliche Forderungen genannt.

gendversammlung vom Betriebsrat gekündigt worden. Zur Verhandlung stehen die Forderungen nach Nichtverschreibung im Akkord und Zahlung von 50 DM für alle Lehrlinge.

- In Verhandlung befindet sich die Gleichstellung der an Asbestose erkrankten Arbeiter mit den Schwerbehinderten, eine höhere Entlohnung für diese Arbeiter und das Verbot von Verarbeitung asbesthaltiger Werkstoffe. Dieser schon langandauernde Kampf führte innerhalb des Bremer Stadtparlaments (Bürgerschaft) zu einer Auseinandersetzung zwischen der SPD und den Grünen über Verbot oder nicht Verbot der Verarbeitung von asbesthaltigen Stoffen.

Aus den Reihen der Belegschaft wurde insbesondere die Umstrukturierung des Bremer Haushalts angegriffen. ,,Jahrelang habe ich SPD gewählt, sogar Mitglied bin ich, aber jetzt: 32% Preissteigerung beim Gas, 15% Beim Wasser, 20% beim Strom, 23% wenn ich mit dem Bus fahre, wie sollen wir das denn alles tragen? Besonders mit Lohngruppe 6! Ich bin für die Abschaffung der unteren Lohngruppen, eine kräftige Lohnerhöhung muß her!"

Wurden die Beiträge gegen die Erhöhung der kommunalen Gebühren, der Aufruf zur Beteiligung gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen des Bremer Haushalts, für ein Verbot von Asbest, für die Abschaffung der unteren Lohngruppen mit starkem Beifall bedacht, so setzten zunehmend bei den

ge Versetzungen das Lohnniveau jetzt um den Facharbeiterecklohn (Lohngruppe 8) läge.

Es folgten Redebeiträge, die die Abschaffung der Stempeluhren, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Verbot der Überstunden und der Sonntagsarbeit forderten.

Die Betriebsführung wurde mit Pfiffen und Zwischenrufen bedacht, als sie erläuterte, ,,daß die teuren Anlagen einer Großwerft mit einer zu kleinen Belegschaft nicht in Gang gehalten werden könnten". Teilstillegungen oder Schließung würden notwendig. Erforderlich sei trotz aufgestockter Belegschaft eine Leistungssteigerung jedes einzelnen. Selbst dann sei nicht gesichert, daß Aufträge ,,kostendeckend" hereingenommen werden könnten. Meist könnten sie nur mit ,,Verlust" unter Rückgriff auf die Rücklagen hereingenommen werden. Das läge besonders an der Höhe der Lohnstückkosten, die eben höher seien als anderswo. Staatliche Hilfen seien deshalb unumgänglich, meinte der Direktor, da besonders die ostasiatischen Länder Preisunterbietungen bis zu 25% machen könnten. Doch brauche die deutsche Schiffbauindustrie wegen dem höheren technischen Niveau und dem Ausbildungsstand ihrer ,,Mitarbeiter" keine Angst vor der Zukunft zu haben.

Nach der Mittagspause befaßte sich der folgende Redner mit den Argumenten der Betriebsführung. Er wiederlegte das ,,Argument" von den höchsten Lohnstückkosten, indem er

wartete Profit der Kapitalisten eingerechnet, etwas anders verhalte es sich mit den Auftragshereinnahmen mit Verlust, wenn hier auf die Rücklagen zurückgegriffen werde, so sind diese aus den Vorjahresprofiten der Kapitalisten gebildet. Also liefen alle ihre Maßnahmen auf Sicherung und Steigerung des Profits durch schärfere Auspressung der Arbeiter hinaus. Belegt wurde dies an den benannten Forderungen der Belegschaft. In einer solchen Situation sei es zwar richtig, an Prinzipien festzuhalten, und diese nicht wegen Reformen, die keine sind, aufzugeben. Wenn allerdings die Betriebsratswahlen so vorbereitet würden, daß Spaltung innerhalb der Belegschaft betrieben würde und nicht vielmehr auf das geachtet wird, was die Belegschaft zusammenschließt, dann sehe es für die Durchsetzung der Forderungen der Belegschaft schlecht aus. Der Stapellauf der ,,Europa" sei zum Beispiel ein geeigneter Termin, um bestimmten Forderungen der Belegschaft durch Streik Nachdruck zu verleihen. Sowie die Festlegung des Betriebsrates auf Forderungen, die die Wahl leichter und die Durchsetzung der Forderungen möglich machen.

Die folgenden Redner griffen diesen Beitrag auf und belegten durch Untersuchungen bestimmte Forderungen der Belegschaft. Der Betriebsratsvorsitzende (SPD) lehnte in seinem Schlußwort die geplanten Erhöhungen der kommunalen Tarife ab. Um 14.45 Uhr wurde die Betriebsversammlung beendet.

LAG Hamm: Solidaritätsstreiks sind zulässig

svm. Das Landesarbeitsgericht (LAG) Hamm erkennt in der Begründung des Urteils zu den Solidaritätsdemonstrationen und -aktionen der Metallarbeiter in NRW zum Stahlarbeiterstreik im Dezember 1978 – das jetzt veröffentlicht wurde – ausdrücklich die Rechtmäßigkeit von Sympathiestreiks an. Ein Verstoß gegen die damals im Metallbereich noch bestehende Friedenspflicht liege nicht vor. Der Hauptarbeitskampf der Stahlarbeiter sei rechtmäßig gewesen. Das sei entscheidend. Eine *erweiterte* Friedenspflicht für Sympathiestreiks sei abzulehnen. Solidaritätsstreiks seien grundsätzlich zulässig. In manchen Wirtschaftszweigen sogar unverzichtbar, z.B. in der Seeschiffahrt der Boykott. Es sei ebenfalls unschädlich, daß gleichzeitig politische Forderungen erhoben wurden – Verbot der Aussperrung.

Norwegen: Seeleute fordern 30% mehr Heuer

dog. Die 27000 Mitglieder der norwegischen Seeleute-Gewerkschaft wollen am 23.12. in den Streik treten. Sie fordern eine 30prozentige Erhöhung der Heuern, die Reeder haben bisher 15% und eine zusätzliche Erhöhung um 2,5% für die unteren Lohngruppen angeboten. Die Heuern der norwegischen Seeleute sind vor zwei Jahren zuletzt angehoben worden, um umgerechnet 50 DM. Ein Streik der Seeleute würde die Kapitalisten schnell treffen: Die von der Versorgung über See abhängigen Bohrinseln und Förderplattformen könnten nicht weiter betrieben werden, wenn die rund 100 für die Versorgung eingesetzten Schiffe bestreikt würden. Die norwegische Seeleute-Gewerkschaft hat die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) um Unterstützung ersucht: Da norwegische Seeleute nur in norwegischen Häfen streiken dürfen, werden über die ITF im Falle des Streiks die Hafenarbeiter weltweit aufgerufen, norwegische Schiffe zu boykottieren.

Streik in der Glasindustrie Bayern

dog. Am Montag, 10.12., sind mehr als 1300 Beschäftigte der bayerischen Glasindustrie in den Streik getreten. Damit werden 3 der 5 Betriebe der Flachglasverarbeitungs- und -veredelungsindustrie in Bayern bestreikt. Die IG Chemie-Papier-Keramik hatte den Streik ausgerufen, nachdem in der Urabstimmung mehr als 90% der 15000 Gewerkschaftsmitglieder für Kampfmaßnahmen gestimmt hatten. Die Verhandlungen mit den Kapitalisten hatten sich wochenlang hingezogen, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Gefordert wird eine Erhöhung der Löhne um 9 Prozent sowie eine Vorweganhebung. Die Kapitalisten bezeichneten den Streik als unangemessen und verwiesen auf bereits eingeführte bzw. bevorstehende Kurzarbeit. Nach Angaben der IG Chemie liegen die Stundenlöhne in der bayerischen Glasindustrie um 1,50 DM unter denen vergleichbarer Betriebe in anderen Regionen.

Peruanische Ölarbeiter streiken für höhere Löhne

dog. Hunderte von streikenden peruanischen Ölarbeitern haben 17 der 36 Erdöl-Förderanlagen an der peruanischen Nordküste besetzt. Sie verlangen von der amerikanischen Ölgesellschaft ,,Belco" höhere Löhne und die Wiedereinstellung von gekündigten Arbeitern. Die peruanische Regierung hatte im Frühjahr neue Verträge mit zwei amerikanischen Ölgesellschaften abgeschlossen, die die Bedingungen für die Ölförderung festlegten: 50% der Fördermenge müssen an die staatliche Ölgesellschaft Petrolperú verkauft werden, die Steuern werden als Naturalien erhoben, so daß insgesamt 68,5% der geförderten Ölmenge im Land bleiben. Die Erdölförderung hat sich in Peru von 1975 mit 3,6 Mio. t auf 8,5 Mio. t in den ersten 11 Monaten 1979 mehr als verdoppelt.



In Elmpt an der deutsch-niederländischen Grenze streikten am 9.12. die deutschen und niederländischen Zivilangestellten bei der britischen Luftwaffe gemeinsam. Im britischen Hauptquartier in Mönchengladbach führten die 500 Zivilangestellten gleichzeitig einen Warnstreik durch. (Siehe Artikel S.8)

Kluncker gegen Konzertierte Aktion

dog. Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker hat gegenüber dem ,,Handelsblatt" erklärt, er sei schon immer gegen die Konzertierte Aktion gewesen. Sie habe sich als Instrument moralischer Pressionen und Unterstützung sogenannter Maßhalteappelle erwiesen, und es sei der Versuch der Beeinflussung gewerkschaftlicher Tarifpolitik gemacht worden. Von Seiten der Bundesregierung sei der Eindruck erweckt worden, daß die Abhaltung der Konzertierten Aktion Gesetz sei und man habe versucht, aus Orientierungsdaten Lohnprozente zu machen. – Kluncker kündigte an, daß die ÖTV sich nach der Lohnrunde verstärkt um die Einkommenssicherung bei Rationalisierung und Schichtarbeit kümmern wolle.

Gerichtsentscheid gegen Streik bei der Lufthansa beantragt

dog. Gegen die Warnstreiks des fliegenden Personals, die die DAG vom 15. bis 20. Dezember durchführen will, haben die Deutsche Lufthansa und die Condor eine einstweilige Verfügung beantragt. Die DAG will die Fluggesellschaften zwingen, Verhandlungen über einen Tarifvertrag ,,Arbeitsplatzgestaltung" aufzunehmen, in dem auch der dritte Mann im Cockpit des Airbus A 310, der Flugingenieur, abgesichert werden soll. Die Fluggesellschaften haben die Streichung des entsprechenden Paragraphen aus dem Tarifvertragsentwurf zur Vorraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen gemacht.



Arbeitslose protestieren mit Flugblättern und Spruchbändern im Kopenhagener Parlament, als dort eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über die Auszahlung von Arbeitslosengeld beraten wird. (29.11.1980)

Vergleich der Arbeitslosenversicherung (IV)

Dänemark, Niederlande und Belgien

gih. ,,Die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft, die schon im September Rekordhöhe erreicht hatte, hat sich nach Mitteilung des Statistischen Amtes in Luxemburg im Oktober um weitere 3 Prozent auf 7,4 Millionen erhöht. Das entspricht einer Arbeitslosenrate von 6,7 Prozent. Besonders stark ist die Zunahme der Arbeitslosenzahlen gegenüber September in Dänemark und Luxemburg mit 10 Prozent und mehr. Im Jahresdurchschnitt lagen die Arbeitslosenzahlen der hier betrachteten Länder Dänemark, Niederlande und Belgien bei 6,1 Prozent, 5,0 Prozent und 11,2 Prozent. – Als Besonderheit gegenüber allen bisher verglichenen Arbeitslosenversicherungen sind in Dänemark ,,Arbeitnehmer *und* Selbständige vom 16. bis zum 65. Lebensjahr" Mitglied einer Arbeitslosenkasse, die vom dänischen Staat eingerichtet, verwaltet und durch Steuermittel finanziert wird. Hier bekommt ein Arbeitsloser einen festen Betrag, der unabhängig von der Höhe seines Einkommens ist und der so niedrig ist, daß der Lebensunterhalt davon nicht bestritten werden kann. Um einen ausreichenden Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu haben, haben die Gewerkschaften für Arbeiter und Angestellte zusätzlich freiwillige Arbeitslosenkassen (siehe Tabelle) eingerichtet, deren Mitgliederzahl mindestens bei 5000 liegen muß, um von der dänischen Regierung anerkannt zu werden. Diese Kassen legen ihre Beiträge selbst fest und werden von den Mitgliedern selbst verwaltet. So müssen die Arbeiter und Angestellten gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zweimal zahlen. Einmal über die Steuern und zum anderen Mal über ,,freiwillige" Beiträge.

	Dänemark	Niederlande	Belgien
Versicherungssysteme	Arbeitslosenversicherung (freiwillig)	a) Wartegeld b) Arbeitslosenversicherung c) Arbeitslosenhilfe	Arbeitslosenversicherung
Dauer der Leistung	Höchstens 3½ Jahre – Auf 78 Tage in einem Zeitraum von 12 Monaten begrenzt für Versicherte, die Anspruch auf Alters- oder Invalidenrente haben oder das 67. Lebensjahr vollendet haben.	a) Wartegeld: 40 Tage jährlich (3), anschließend Arbeitslosengeld – b) 130 Tage jährlich – c) 2 Jahre; bei Arbeitslosen ab 60 Jahren Verlängerung bis zum 65. Lebensjahr.	Unbegrenzt, außer in Sonderfällen lang anhaltender oder sich ungewöhnlich oft wiederholender Arbeitslosigkeit, oder bei körperbehinderten Arbeitern in geschützten Werkstätten oder Arbeitern, die freiwillig kurzarbeiten.
Höchstbetrag	90% des Durchschnittsentgelts der vorausgegangenen 5 Wochen.	a), b) und c): 221,47 hfl (206 DM) täglich (5-Tagewoche)	30250 BF (1930 DM) monatlich
Satz	Höchstsätze werden von den einzelnen Kassen jeweils für ein halbes Jahr festgesetzt (auf höchstens Kr. 1349 – 492 DM – pro Woche)	a) und b): 80% des Bezugslohns*, c) 75% des Bezugslohns* – (Mindestsatz für Haushaltsvorstand und Alleinstehende von 35 Jahre und darüber: a) und b): 80% von 104,51 hfl – 97 DM –; c) 75% von 111,64 hfl – 104 DM) * a) und b) Das ausgef. tägl. Arbeitsentgelt	60% des Entgelts während des 1. Jahres, dann verringert auf 40% für Personen, die nicht Haushaltsvorstand sind. Höchstsatz .... 726 BF täglich 46 DM täglich Mindestsatz: Haushaltsvorstand ... 612 BF täglich 40 DM täglich Alleinstehende .... 484 BF täglich 37 DM täglich (6 Tagewoche)

Quelle Vergleichende Darstellung der Systeme der Sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, 1. Juli 1978

IG Bau erhebt Einspruch gegen DAG-Tarifverträge für Leiharbeiter

brp. Ende März schloß die Deutsche Angestellten Gewerkschaft mit dem Bundesverband für Zeitarbeit, Sitz in Hamburg, einen Vergütungstarifvertrag für Arbeiter und Angestellte in Leihunternehmen ab, ein Jahr zuvor bereits einen Manteltarifvertrag. Sie hat kürzlich beim Bundesarbeitsministerium die Allgemeinverbindlicherklärung beider Verträge beantragt. Die IG Bau Steine Erden verurteilt dieses Vorgehen schärfstens und legte gegen den Antrag Einspruch ein. Das Bundesarbeitsministerium hat noch nicht entschieden. Mit dem Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung anerkennt die DAG die Leiharbeit und zementiert sie. Die Allgemeinverbindlicherklärung würde zu einem weiteren Anwachsen der Leiharbeit, insbesondere der illegalen, führen, die aufgrund der gesetzlich erlaubten Leiharbeit immer mehr von den Kapitalisten praktiziert wird. Mit den Tarifverträgen unternimmt die DAG den Versuch, auch für Arbeiter Tarifverträge abzuschließen, und stellt sich so in Konkurrenz zu den Industriegewerkschaften des DGB und unterhöhlt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft.

Die beiden DAG-Verträge schreiben den niedrigen Lohnstandard, die schlechten Arbeitsbedingungen und die Abspaltung der Leiharbeiter von den übrigen Arbeitern der Entleihfirma fest. Die Löhne und Gehälter, aufgeteilt in 8 Vergütungs- und je 2 Leistungsgruppen, liegen durchweg rund 3 DM/Std. unter den Tariflöhnen der Bauwirtschaft: Ein Hilfsarbeiter (Bauwerker) erhält nach dem DAG-Vertrag 7,40 DM, der Bau-Tarifvertrag legt 11,07 DM fest. Höhergruppierung setzt im DAG-Vertrag 2- bzw. 3jährige Beschäftigung beim Verleihkapitalisten voraus; jedoch nur 5% der Leiharbeiter sind länger als 1 Jahr bei einem Verleiher beschäftigt, die meisten nur bis zu 2 Monaten. Bei unentschuldigtem Fehlen oder wenn ein Feiertag auf einen Arbeitstag fällt, wird für die ausgefallenen Stunden kein Lohn gezahlt. Für alle außerordentlich gefährlichen und extrem belastenden Arbeitsbedingungen sieht der DAG-Vertrag eine Zulage von 0,45 DM/Std. vor, wenn der Arbeiter selbst innerhalb von 10 Tagen darauf Anspruch anmeldet. Im Rahmentarifvertrag für die Bauwirtschaft betragen z.B. die Erschwerniszulagen für Schmutzarbeiten 0,80 DM und für Erschütterungsarbeiten 1,00 DM. Die DAG-Auslösesätze liegen bis zu 3,50 DM pro Tag unter den von der IG BSE vereinbarten. Der Urlaub wird nach Kalendertagen gerechnet. Ausdrücklich schreibt der DAG-Vertrag vor, daß nur dann günstigere Betriebs- oder Tarifvereinbarungen für den Leiharbeiter gültig sind, wenn im Entleihbetrieb die Leiharbeiter 10% bzw. 5% der Gesamtbelegschaft ausmachen (bei mehr als 20 bzw. mehr als 100 Beschäftigten). Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit bestimmt der Verleihkapitalist, er kann auch Änderungen der Arbeitsdauer, der Art der Tätigkeit vornehmen und den Leiharbeiter jederzeit an einen anderen Ort schicken.

Tarifabschluß für die Zivilbeschäftigten bei den Besatzern: Keine Lohnkürzungen

brp. Der Manteltarifvertrag über eine neue Lohnstruktur für die bei den alliierten Streitkräften beschäftigten Arbeiter wurde nach dreitägigen Verhandlungen am Freitag, dem 12.12., abgeschlossen. Bei Redaktionsschluß lag das genaue Ergebnis noch nicht vor. Die ÖTV konnte durchsetzen, daß der Lohn durch eine Ausweitung der Gewerbegruppen nicht gekürzt wird, sondern daß durch Höhergruppierungen Lohnerhöhungen bis zu 14% erreicht werden. Weiter sollen Zusammenlegungen der regionalen Lohngebiete vorgenommen werden.

Bisher erfolgte die Eingruppierung der 25000 Arbeiter nach 11 regionalen Lohngebieten mit teilweise beträchtlichen Lohndifferenzen, 4 Gewerbegruppen und zusätzlich 7 Lohngruppen. Die ÖTV verlangte den Wegfall der Lohngruppe 1, Streichung der Gewerbegruppen und Abschaffung der Lohngebiete sowie eine Festlegung der Kriterien für Höhergruppierung. Der Lohnstandard der bei den Besatzern beschäftigten Arbeiter liegt weit unter dem Durchschnitt: LKW-Fahrer verdienen 10% weniger als im öffentlichen Dienst bei einer 120-Stunden-Doppelwoche, Putzfrauen erhalten z.B. 18% weniger Lohn als bei der Bundeswehr. Die Alliierten wollten mit der Ausweitung der Gewerbegruppen auf 11 die Lohnschere weiter öffnen, den Lohn für ca. 4000 Arbeiter direkt um 12% kürzen. Durch die verschiedenen Gewerbegruppen gibt es schon jetzt keinen einheitlichen Facharbeiterecklohn; weitere Gewerbegruppen würden größere Lohnspaltung bei Facharbeitern einer Branche bewirken.

Die zahlreichen Warnstreiks, bei denen zuletzt in Sennelager ein Bundeswehrübungsschießen platzte, die vielen Gewerkschaftseintritte der letzten Wochen und die Ankündigung der ÖTV, bei Scheitern der Verhandlungen ,,eine härtere Gangart" einzuschlagen, zwangen die Besatzer zu diesem Abschluß.

Arbeitslosenrate von 6,7 Prozent. Besonders stark ist die Zunahme der Arbeitslosenzahlen gegenüber September in Dänemark und Luxemburg mit 10 Prozent und mehr. Im Jahresdurchschnitt lagen die Arbeitslosenzahlen der hier betrachteten Länder Dänemark, Niederlande und Belgien bei 6,1 Arbeitslosenkasse, die vom dänischen Staat eingerichtet, verwaltet und durch Steuermittel finanziert wird. Hier bekommt ein Arbeitsloser einen festen Betrag, der unabhängig von der Höhe seines Einkommens ist und der so niedrig ist, daß der Lebensunterhalt davon nicht bestritten werden kann. Um einen ausreichenden Schutz gegen die dänischen Regierung anerkannt zu werden. Diese Kassen legen ihre Beiträge selbst fest und werden von den Mitgliedern selbst verwaltet. So müssen die Arbeiter und Angestellten gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zweimal zahlen. Einmal über die Steuern und zum anderen Mal über ,,freiwillige" Beiträge.

die Abspaltung der Leiharbeiter von den übrigen Arbeitern der Entleihfirma fest. Die Löhne und Gehälter, aufgeteilt in 8 Vergütungs- und je 2 Leistungsgruppen, liegen durchweg rund 3 DM/Std. unter den Tariflöhnen der tägliche Arbeitszeit bestimmt der Verleihkapitalist, er kann auch Änderungen der Arbeitsdauer, der Art der Tätigkeit vornehmen und den Leiharbeiter jederzeit an einen anderen Ort schicken.

	Dänemark	Niederlande	Belgien
Versicherungssysteme	Arbeitslosenversicherung (freiwillig)	a) Wartegeld b) Arbeitslosenversicherung c) Arbeitslosenhilfe	Arbeitslosenversicherung
Dauer der Leistung	Höchstens 3½ Jahre – Auf 78 Tage in einem Zeitraum von 12 Monaten begrenzt für Versicherte, die Anspruch auf Alters- oder Invalidenrente haben oder das 67. Lebensjahr vollendet haben.	a) Wartegeld: 40 Tage jährlich (3), anschließend Arbeitslosengeld – b) 130 Tage jährlich – c) 2 Jahre; bei Arbeitslosen ab 60 Jahren Verlängerung bis zum 65. Lebensjahr.	Unbegrenzt, außer in Sonderfällen lang anhaltender oder sich ungewöhnlich oft wiederholender Arbeitslosigkeit, oder bei körperbehinderten Arbeitern in geschützten Werkstätten oder Arbeitern, die freiwillig kurzarbeiten.
Höchstbetrag	90% des Durchschnittsentgelts der vorausgegangenen 5 Wochen.	a), b) und c): 221,47 hfl (206 DM) täglich (5-Tagewoche)	30250 BF (1930 DM) monatlich
Satz	Höchstsätze werden von den einzelnen Kassen jeweils für ein halbes Jahr festgesetzt (auf höchstens Kr. 1349 – 492 DM – pro Woche)	a) und b): 80% des Bezugslohns*, c) 75% des Bezugslohns* – (Mindestsatz für Haushaltsvorstand und Alleinstehende von 35 Jahre und darüber: a) und b): 80% von 104,51 hfl – 97 DM –; c) 75% von 111,64 hfl – 104 DM) * a) und b) Das ausgef. tägl. Arbeitsentgelt	60% des Entgelts während des 1. Jahres, dann verringert auf 40% für Personen, die nicht Haushaltsvorstand sind. Höchstsatz .... 726 BF täglich 46 DM täglich Mindestsatz: Haushaltsvorstand ... 612 BF täglich 40 DM täglich Alleinstehende .... 484 BF täglich 37 DM täglich (6 Tagewoche)

Quelle Vergleichende Darstellung der Systeme der Sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, 1. Juli 1978

Tarifabschluß für die Zivilbeschäftigten bei den Besatzern: Keine Lohnkürzungen

brp. Der Manteltarifvertrag über eine neue Lohnstruktur für die bei den alliierten Streitkräften beschäftigten Arbeiter wurde nach dreitägigen Verhandlungen am Freitag, dem 12.12., abgeschlossen. Bei Redaktionsschluß lag das genaue Ergebnis noch nicht vor. Die ÖTV konnte durchsetzen, daß der Lohn durch eine Ausweitung der Gewerbegruppen nicht gekürzt wird, sondern daß durch Höhergruppierungen Lohnerhöhungen bis zu 14% erreicht werden. Weiter sollen Zusammenlegungen der regionalen Lohngebiete vorgenommen werden.

Bisher erfolgte die Eingruppierung der 25000 Arbeiter nach 11 regionalen Lohngebieten mit teilweise beträchtlichen Lohndifferenzen, 4 Gewerbegruppen und zusätzlich 7 Lohngruppen. Die ÖTV verlangte den Wegfall der Lohngruppe 1, Streichung der Gewerbegruppen und Abschaffung der Lohngebiete sowie eine Festlegung der Kriterien für Höhergruppierung. Der Lohnstandard der bei den Besatzern beschäftigten Arbeiter liegt weit unter dem Durchschnitt: LKW-Fahrer verdienen 10% weniger als im öffentlichen Dienst bei einer 120-Stunden-Doppelwoche, Putzfrauen erhalten z.B. 18% weniger Lohn als bei der Bundeswehr. Die Alliierten wollten mit der Ausweitung der Gewerbegruppen auf 11 die Lohnschere weiter öffnen, den Lohn für ca. 4000 Arbeiter direkt um 12% kürzen. Durch die verschiedenen Gewerbegruppen gibt es schon jetzt keinen einheitlichen Facharbeiterecklohn; weitere Gewerbegruppen würden größere Lohnspaltung bei Facharbeitern einer Branche bewirken.

Die zahlreichen Warnstreiks, bei denen zuletzt in Sennelager ein Bundeswehrübungsschießen platzte, die vielen Gewerkschaftseintritte der letzten Wochen und die Ankündigung der ÖTV, bei Scheitern der Verhandlungen ,,eine härtere Gangart" einzuschlagen, zwangen die Besatzer zu diesem Abschluß.

Frankfurter Magistrat senkt Personalkosten

Nichtbesetzung von Planstellen / Verschlechterung der Lohn- und Gehaltsstruktur

wip. In ihrem Jahresgutachten 1981 verlangen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute von der Bundesregierung ,,die Ankündigung einer zurückhaltenden Lohnpolitik für den öffentlichen Bereich". Zugleich wird die Regierung ermahnt: ,,Lohnzurückhaltung sollte freilich nicht dazu führen, daß die ohnhin geringe Flexibilität der Gehaltsstruktur weiter eingeengt wird." Wenn die Bourgeoisie die ,,geringe Flexibilität der Gehaltsstruktur" beklagt, meint sie, daß die Spaltung des Lohngefüges zwischen unteren, mittleren und gehobenen Gehaltsgruppen nicht ausreichend ist. Diesen schlechten Zustand beklagt sie schon seit reichlich zehn Jahren. Deshalb sind auch die Innenminister seit Genscher schwer bemüht, den öffentlichen Dienst ,,leistungsgerechter" zu machen. Ihre Aktionsprogramme sehen im Kern vor, die Bezahlung der Beschäftigten stärker ,,an den tatsächlichen Leistungen" und ,,an den Anforderungen der Dienstposten" auszurichten. Entscheidender Hebel sollte die Einführung eines umfassenden und normierten Beurteilungswesens sein. Die ÖTV hat bislang die Durchsetzung dieses gigantischen Rationalisierungsprogrammes erfolgreich verhindert. Einen wirklichen Einbruch konnte die Bourgeoisie deshalb nur in der Lehrerbesoldung erreichen, wo mittels BAT-Verträgen, Zeit- und ⅔-Verträgen die bisherige Gehaltsstruktur stark angeschlagen und eine tiefe Spaltung erzielt wurde.

Bei der Stadtverwaltung Frankfurt steht die Senkung der Personalkosten insbesondere seit dem Haushaltsstrukturgesetz von 1975 im Forderungskatalog der bürgerlichen Parteien. 1976 hat die damals noch oppositionelle CDU vom SPD-Magistrat gefordert, ,,ab sofort keinerlei Einstellungen mehr für den allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst vorzunehmen ... und den Arbeitsanfall durch einen internen Personalausgleich zu bewältigen." Die christliche Reaktion verlangte offen, ,,die Personalkosten erheblich einzudämmen", und ging ab 1977, nachdem sie den Magistrat übernahm, in der Verfolgung ihrer Absicht voran. In ihrem Kommunalwahlprogramm für 1981 schreibt die CDU: ,,Die Steigerung der Personalkosten sank von 6,86% in den Jahren 1976 und 1977 auf 1,26% für die Jahre 1978 und 1979." Zum erstenmal liegt für 1981 ein Haushaltsplan-Entwurf vor, der weniger Planstellen vorsieht als noch im Vorjahr. Hinzu kommt, daß ca. 10% aller Planstellen seit Jahren nicht besetzt sind und daß durch gezielte Verschlechterung der Lohn- und Gehaltsstruktur durchgesetzte Lohnerhöhungen wieder kompensiert werden.

Zu allererst wurden übertarifliche Eingruppierungen rückgängig gemacht. So werden z.B. Sozialarbeiter, die neu eingestellt werden, erst nach 4 Jahren Berufserfahrung nach BAT IVb bezahlt, statt wie bisher nach 6 Monaten Probezeit. Der Beamtennachwuchs für den mittleren Dienst wurde seit ziemlich vielen Jahren direkt ins Eingangsamt A 6 übernommen. Seit 1976 muß er in A 5 anfangen und nur die Feuerwehrleute konnten nach jahrelangen Auseinandersetzungen durchsetzen, daß sie seit 1980 wieder mit Eingangsamt A 6 anfangen.

Eine drastische Verschlechterung der Gehaltsstruktur hat der CDU-Magistrat beim pädagogischen Personal der Kindertagesstätten durchsetzen können.

Gehaltsgruppe BAT (DM)*	Anzahl der Erzieher 1974	1978	80/81
IX	–	–	–
VIII	–	2	97
VII	87	108	445
VIb	376	355	92
Vc	168	168	153
Vb	105	102	21
IVb	113	113	76
IVa	–	–	–
ges.	849	848	884
davon besetzt	678	740	724

* nach gültigem Tarifvertrag, einschl. Ortszuschlag für Ledige

Noch 1976 waren zwei Drittel der Erzieher in den Gehaltsgruppen BAT VIb und Vc. In den unteren Gehaltsgruppen BAT VIII und VII waren damals lediglich 10%, 1980/81 bereits 60%! Dafür sind die Erzieher-Gehaltsgruppen VIb und Vc nur noch mit rd. 28% besetzt. Eine ähnliche Entleerung finden wir in BAT Vb und IVb. Die geringfügige Anhebung der Erzieher-Planstellen hat sich bislang praktisch nicht ausgewirkt; stattdessen sind die tatsächlich besetzten Stellen zurückgegangen. Die christliche Reaktion konnte diese drastischen Verschlechterungen durchsetzen, weil ein großer Teil des pädagogischen Personals nach einer verlorenen Auseinandersetzung um die Kindertagesstätten gekündigt wurde bzw. von sich aus das Arbeitsverhältnis löste. Die neu eingestellten Erzieher konnten durchweg eine bis zwei Gehaltsgruppen schlechter eingestuft werden.

Seit Anfang der 70er Jahre betreibt der Magistrat den Ausbau der zentralen Datenverarbeitung. Von den 29 Angestellten waren 1974 15 in BAT VIII (55%) und 13 in BAT VII. Inzwischen sind von den mittlerweile 47 Angestellten bereits 80% in BAT VIII und lediglich 20% besser eingestuft.

Im Arbeiterbereich gibt es eine ähnliche Entwicklung. In den unteren Lohngruppen HLT VI und V sind heute rd. 51% der Arbeiter eingruppiert, 1974 waren es noch 44%. Dafür sind in den höchsten Arbeiterlohngruppen I und Ia heute nur noch 7,6% aller Arbeiter eingruppiert, 1974 waren es noch 9,9%. Von 1978 bis 1980 wurden insgesamt 51 neue Stellen geschaffen, davon 46 in der untersten Lohngruppe HLT VI (86%). Diese Verschlechterung der Lohnstruktur ist bei verschiedenen Ämtern unterschiedlich ausgeprägt. Beim Friedhofs- und Bestattungsamt verschob sich die Lohnstruktur von 1974 bis 1980/81 folgendermaßen:

Lohngruppe HLT (DM)*	Anzahl der Arbeiter 1974	1980
VI	17	16
V	15	51
IV	102	72
III	42	41
II	68	95
I	29	10
Ia	–	–

* gültiger Tariflohn (Arbeiter erhalten keinen Ortszuschlag)

Beim städtischen Fuhrpark (Müllabfuhr und Straßenreinigung) gab es eine ähnliche Entwicklung, keine dramatische, aber doch spürbare Auffüllung der unteren Lohngruppen.

Gleichzeitig wurden die Ämter und Betriebe mit einer Flut von Organisationsuntersuchungen überschwemmt. Vor einem Jahr wurden die örtlichen Personalräte, die auf Ämterebene gewählt waren, beseitigt, was dem Magistrat die Angriffe erleichterte. Für die Lohnauseinandersetzung ist eine hohe Forderung, die die niedrigen Löhne überproportional anhebt, sicher günstig.

Defizite im Nahverkehr sollen Fahrpreiserhöhungen einleiten

Kürzungen von Bund und Ländern steigern die Defizite / Volle Bezahlung des Nahverkehrs durch die Kommunen

vol. Der größte Verkehrsverbund der BRD, der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, hat Fahrpreiserhöhungen für 1981 angekündigt. Mit 1,8 Mrd. DM bei den Straßenbahn- und Omnibus-Unternehmen und knapp 4 Mrd. DM Defizit bei der Deutschen Bundesbahn wird der Nahverkehr 1981 ein Rekorddefizit einfahren. Da diese Prognose noch von der Stagnationserwartung der Bundesregierung für das Wirtschaftswachstum ausging, wird die tatsächliche Krisenentwicklung durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit ein wahrscheinlich noch höheres Defizit bewirken. Die Fehlbeträge der Nahverkehrsunternehmen werden sich also eher noch erhöhen, wobei die Pläne der Bundes- und Landesregierungen, die Zahlungen für den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zu kürzen, noch verschärfend wirken werden.

Für Preiserhöhungen im Nahverkehr 1981 gibt es im wesentlichen drei Argumente: erstens sind die Fahrpreise im Durchschnitt von 1970 bis 1979 nur um 71% dagegen die durchschnittlichen Löhne eines Industriearbeiters um 106% gestiegen, von daher gebe es einen Nachholbedarf an Fahrpreiserhöhungen. Deshalb sei der Anteil der Fahrpreise an der Kostendeckung des Öffentlichen Nahverkehrs von 72% im Jahr 1971 auf 63% gesunken. Außerdem müssen die Nahverkehrsunternehmen die Gunst des Nicht-Wahljahres 1981 nutzen, um die durch die Fahrpreiskämpfe blockierten Preise in Bewegung zu bringen. Das zweite Argument ist ein prinzipielleres, es wird in erster Linie vom Verkehrswissenschaftlichen Institut der Universität Köln, einer Bastion der Automobilkapitalisten, vorgetragen: Die Investitionen und Defizitzuschüsse an den ÖPNV in den letzten Jahren hätten sich als gigantische Fehlinvestitionen erwiesen, deshalb müßte die Benachteiligung des Individualverkehrs (Auto) in den Städten aufgehoben und von den Benutzern des ÖPNV eine höhere Kostenbeteiligung geleistet werden. Das dritte Argument weist auf eine voraussichtlich sinkende Benutzerzahl im Nahverkehr in den 80er Jahren hin, weil einerseits die Dauerarbeitslosigkeit hoch sein wird und andererseits die Schülerzahlen sinken werden, so daß eine geringere Nachfrage nach Nahverkehrsleistungen wahrscheinlich sei. Gegen die Vergrößerung des Defizits sei deshalb nur mit steigenden Fahrpreisen anzugehen.

Die Rolle des Öffentlichen Nahverkehrs in der Bundesrepublik ist durch das erste Verkehrsfinanzierungsgesetz 1955 auf die Deckung des „Restbedarfs" an Mobilität über den Individualverkehr (Auto etc.) festgelegt. Seit dem darauffolgenden Bankrott der meisten Nahverkehrsunternehmen in der Mitte der 60er Jahre hat die Bundesregierung dem Nahverkehr „gemeinwirtschaftlichen Charakter" zugebilligt, weil der Öffentliche Nahverkehr (Straßenbahnen, Omnibusse und Eisenbahnen) im Bereich von 50 km die Mobilität der Arbeitskraft sichern soll (einschließlich der Auszubildenden und zu Zwecken des Einkaufens etc.). Mit diesen Entscheidungen ist die defizitäre Entwicklung der Nahverkehrsmittel festgelegt. Denn als Massentransportmittel funktionieren sie nur ökonomisch, wenn sie Massen transportieren. Die Begünstigung des Individualverkehrs wirkt aber systematisch in Richtung auf niedrige Auslastung des ÖPNV, die heute nur bei ca. 20% liegt. Zusätzlich schränkt die Bundesregierung mit ihren Kriterien für die Förderung der Investitionen des ÖPNV den Ausbau auf die großen Zentren im Bundesgebiet ein: München, Nürnberg, Stuttgart, Rhein-Main (Frankfurt), Köln, Ruhrgebiet, Hannover, Bremen, Hamburg und Westberlin.

Mit dem Steueränderungsgesetz 1967 und dem Gemeindeverkehrsfinanzgesetz wird eine Erhöhung der Mineralölsteuer erst von 3 Pfg. (1967), dann 1972 zusätzlich noch einmal 3 Pfg. für kommunale Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellt. Der Anteil des ÖPNV beträgt zu Beginn erst 40%, dann Anfang der 70er Jahre steigt er auf 60%. Durch das Haushaltsstrukturgesetz werden die 6 Pfg. um 10% gekürzt, der Anteil des ÖPNV auf 50% festgelegt. Allerdings können die Gemeinden bis zu 15% der Mittel, die für den Straßenbau festliegen, für den ÖPNV verwenden, so daß bis zu 57,5% dieser Einnahmen für den Nahverkehr eingesetzt werden können. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Mittel ist weiterhin, daß die Länder zwischen 30 und 40% der Kosten, die Gemeinden zwischen 10 und 20% zuschießen und daß die Investitionsvorhaben in den Generalverkehrsplänen der Länder auftauchen. 1979 hatte diese Investitionshilfe ein Volumen von 1,2 Mrd. DM, das Gesamtvolumen der Investitionen im ÖPNV lag bei knapp 2 Mrd. DM. Diese Mittel sollen mit der Begründung der sinkenden Bedeutung des ÖPNV und der Notwendigkeit der Durchführung des Verkehrslärmschutzgesetzes, das jetzt dem Bundestag wieder vorliegt, gekürzt werden. Da die Gemeinden diese Gelder für Investitionsvorhaben, die über mehrere Jahre geplant sind, eingerechnet haben, müssen entweder diese Investitionen gestoppt oder das Geld anderswo beschafft werden.

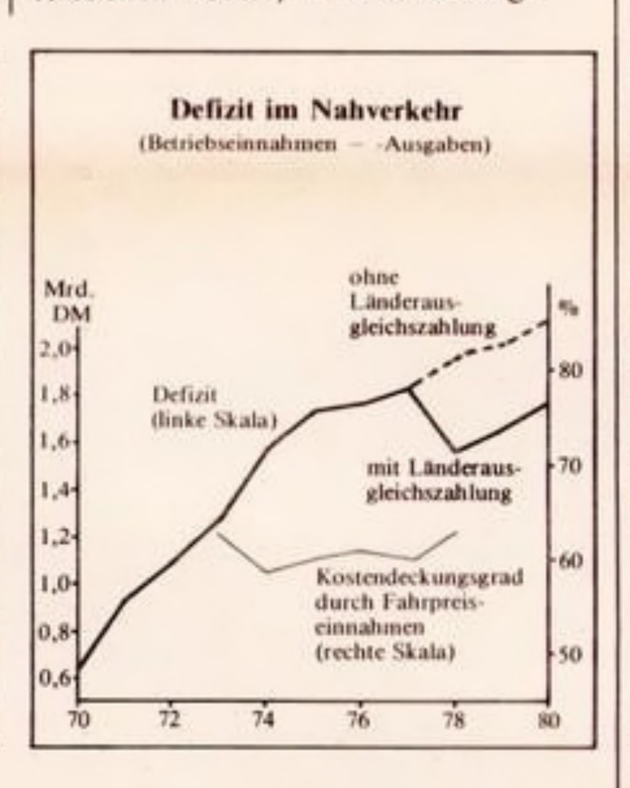
Zweiter Hebel der Bundesregierung, der zwar nicht auf die Investitionen, sondern auf die laufenden Ausgaben und damit die Verluste wirkt, ist die Gasölbetriebshilfe, 1980 281 Mio. DM, die die Mineralölsteuer der Nahverkehrsbetriebe abdeckt. Diese soll nach der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP gestrichen werden, was eine Vergrößerung der Verluste bedeutet. Darüber hinaus rechnet die Bundesregierung als Steuersubvention für den ÖPNV sich noch die nicht erhobene halbe Umsatzsteuer und Kfz-Steuer in Höhe von 650 Mio. DM als Steuersubvention für den Nahverkehr an.

Die Landesregierungen können durch ihren 30 bis 40% Zuschuß Einfluß auf die Investitionen der Nahverkehrsunternehmen ausüben. Direkt auf die laufenden Einnahmen und Ausgaben wirken die sogenannten Abgeltungszahlungen für ermäßigte Fahrkarten z.B. für Schüler, Schwerbeschädigte, für den Berufsverkehr. Darüberhinaus haben einige Länder für den Fuhrpark und Werkstätten ein eigenes Investitionsprogramm. Die geplanten Kürzungen des Finanzausgleichs der Länder an die Gemeinden von 3,1 Mrd. DM werden zusätzlich den Handlungsspielraum der Gemeinden verkürzen. Denn in der Klemme stecken letztlich die Gemeinden, die entweder per Aktiengesetz oder Übernahmeverpflichtung zum Ausgleich für die Haushalte der ÖPNV-Unternehmen verpflichtet sind.

Zu 100% werden die Investitionen, zu 40% die laufenden Einnahmen der Nahverkehrsunternehmen durch Bund, Länder und Gemeinden bezahlt. Die Übernahme aller Kosten für den öffentlichen Nahverkehr oder auch „Nulltarif", wie er in den Fahrpreiskämpfen immer wieder gefordert worden ist und vom KBW unterstützt wird, geht davon aus, daß der Nahverkehr als gesellschaftliche Aufgabe der Kommunen ganz aus Steuern bezahlt wird. Daß ein solches Verkehrswesen existiert, davon gehen sowohl die Kapitalisten wie auch der Staatsapparat, z.B. bei der Arbeitsverwaltung, strikt aus, wenn sie verlangen, daß die Arbeitskraft zur Fabrik oder zu den Ämtern kommt. Die Durchsetzung dieser Forderung wird auch den verschiedenen Versuchen der Haushaltssanierung mittels Fahrpreiserhöhungen ein Ende bereiten. In Bezug auf die Kapitalisten argumentieren die Verkehrswissenschaftler übrigens schon so, daß ihr Nutzen am ÖPNV durch ihre Steuerzahlung beglichen sei, wieso nicht bei den Massen? Ohne die Bundesbahn wäre dies eine zusätzliche Ausgabe der Kommunen von ca. 3 Mrd. DM. Heute stößt diese Forderung allerdings sofort an die Einschränkung der Gemeinden und Städte, nicht über die Steuern aus den Kommunen verfügen zu können. Eine Änderung des Gemeindefinanzausgleichs, den wir in nächster Zeit untersuchen wollen, wird notwendig.

Beförderte Personen im Nahverkehr (einschl. Bundesbahn)
Mrd.
8,0 7,8 7,6 7,4 7,2 7,0
70 72 74 76 78

Investitionen im Nahverkehr
Mrd. DM
2,0 1,8 1,6 1,4 1,2 1,0 0,8 0,6 0,4 0,2
mit Bundesbahn
ohne Bundesbahn
Bundesmittel (einschl. DB)
70 72 74 76 78



Preise holen Nettolohn ein

frb. Im dritten Quartal des Jahres ist die Nettolohn-und -gehaltssumme um 5,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen und damit nur eben noch im selben Maß wie die Preise für den privaten Verbrauch sich erhöht haben. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme war noch um 7,6% gestiegen. Im zweiten Quartal hatte die Lohnsteigerung 5,9%, die Preissteigerung 5,7% betragen, im ersten Quartal 6,2 und 5,2%. Diese Zahlen gehen aus neuesten Veröffentlichungen der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des DIW hervor. Das reale Bruttosozialprodukt ist im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 2% gesunken.

VW schließt Kooperationsvertrag mit Nissan

geh. VW-Chef Schmücker hat die Japan-Reise der europäischen Automobilhersteller genutzt, einen Kooperationsvertrag mit Nissan abzuschließen. Nissan ist der zweitgrößte japanische Autohersteller und vertreibt die Autos der Marke Datsun. Die Absicht dieses Vertrages ist es, ab Sommer 1982 im japanischen Nissan-Werk Mittelklassefahrzeuge nach VW-Konstruktion zusammenzubauen. Dabei sollen diese Wagen teilweise aus nach Japan exportierten VW-Teilen und aus bei Nissan in VW-Lizenz hergestellten Teilen bestehen. Nissan hat verkündet, optimal sei eine monatliche Fertigung von 20000 Fahrzeugen. In Japan sollen die Autos von Nissan verkauft werden, auf anderen Exportmärkten wird VW sie vertreiben. Die französischen Konkurrenten haben gezetert: „Blitzkrieg", „Doppelzüngigkeit", „Ausnutzung der EG-Delegation für eigene Interessen" und „Achse Bonn – Tokio". Tatsächlich hat aber auch Peugeot Verbindungen mit Nissan. Honda verhandelt auch mit einem französischen Konzern, das wird Renault sein. Ford arbeitet mit Toyota zusammen. British Leyland mit Mitsubishi und Opel hat ein Zweigwerk, Isucu, wo der alte Kadett hergestellt wird. Bisher exportierte VW 1979 21000 Autos nach Japan, 1980 werden es 25000 sein, das ist rund ⅓ der gesamten japanischen Importe. Der Golf kostet nach Transport und 10% Zoll zwischen 18000 und 26000 DM, rund doppelt soviel wie ein vergleichbares japanisches Auto. VW hofft durch dieses Abkommen die Steuer auszuschalten und Transportkosten zu verringern, so billiger zu produzieren und einen größeren Absatz in Japan und den anderen Exportmärkten zu erreichen.

Lambsdorff bläst zur Jagd auf Arbeitslose

frb. Vor Dem Kongreß der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat Wirtschaftminister Lambsdorff die Kapitalisten aufgefordert, Arbeitslose, die nach ihrer

Jahr 1971 auf 63% gesunken. Außerdem müssen die Nahverkehrsunternehmen die Gunst des Nicht-Wahljahres 1981 nutzen, um die durch die Fahrpreiskämpfe blockierten Preise in Bewegung zu bringen. Das zweite Argument ist ein prinzipielleres, es wird in erster Linie vom Verkehrswissenschaftlichen Institut der Universität Köln, einer Bastion der Automobilkapitalisten, vorgetragen: Die Investitionen und Defizitzuschüsse an den ÖPNV in den letzten Jahren hätten sich als gigantische Fehlinvestitionen erwiesen, deshalb müßte die Benachteiligung des Individualverkehrs (Auto) in den Städten aufgehoben und von den Benutzern des ÖPNV eine höhere Kostenbeteiligung geleistet werden. Das dritte Argument weist auf eine voraussichtlich sinkende Benutzerzahl im Nahverkehr in den 80er Jahren hin, weil einerseits die Dauerarbeitslosigkeit hoch sein wird und andererseits die Schülerzahlen sinken werden, so daß eine geringere Nachfrage nach Nahverkehrsleistungen wahrscheinlich sei. Gegen die Vergrößerung des Defizits sei deshalb nur mit steigenden Fahrpreisen anzugehen.

Die Rolle des Öffentlichen Nahverkehrs in der Bundesrepublik ist durch das erste Verkehrsfinanzierungsgesetz 1955 auf die Deckung des „Restbedarfs" an Mobilität über den Individualverkehr (Auto etc.) festgelegt. Seit

dann 1972 zusätzlich noch einmal 3 Pfg. für kommunale Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellt. Der Anteil des ÖPNV beträgt zu Beginn erst 40%, dann Anfang der 70er Jahre steigt er auf 60%. Durch das Haushaltsstrukturgesetz werden die 6 Pfg. um 10% gekürzt, der Anteil des ÖPNV auf 50% festgelegt. Allerdings können die Gemeinden bis zu 15% der Mittel, die für den Straßenbau festliegen, für den ÖPNV verwenden, so daß bis zu 57,5% dieser Einnahmen für den Nahverkehr eingesetzt werden können. Voraussetzung für die Inanspruchnah-

den ÖPNV sich noch die nicht erhobene halbe Umsatzsteuer und Kfz-Steuer in Höhe von 650 Mio. DM als Steuersubvention für den Nahverkehr an.

Die Landesregierungen können durch ihren 30 bis 40% Zuschuß Einfluß auf die Investitionen der Nahverkehrsunternehmen ausüben. Direkt auf die laufenden Einnahmen und Ausgaben wirken die sogenannten Abgeltungszahlungen für ermäßigte Fahrkarten z.B. für Schüler, Schwerbeschädigte, für den Berufsverkehr. Darüberhinaus haben einige Länder für den Fuhrpark und Werkstätten ein eigenes

bereiten. In Bezug auf die Kapitalisten argumentieren die Verkehrswissenschaftler übrigens schon so, daß ihr Nutzen am ÖPNV durch ihre Steuerzahlung beglichen sei, wieso nicht bei den Massen? Ohne die Bundesbahn wäre dies eine zusätzliche Ausgabe der Kommunen von ca. 3 Mrd. DM. Heute stößt diese Forderung allerdings sofort an die Einschränkung der Gemeinden und Städte, nicht über die Steuern aus den Kommunen verfügen zu können. Eine Änderung des Gemeindefinanzausgleichs, den wir in nächster Zeit untersuchen wollen, wird notwendig.

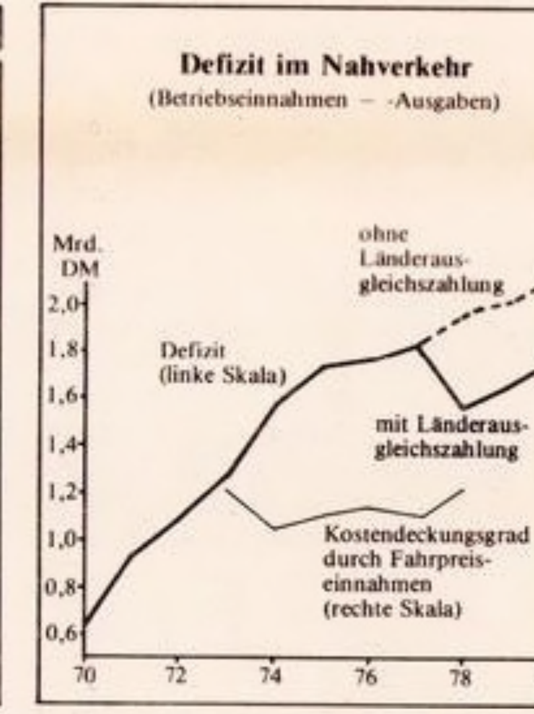
sei eine monatliche Fertigung von 20000 Fahrzeugen. In Japan sollen die Autos von Nissan verkauft werden, auf anderen Exportmärkten wird VW sie vertreiben. Die französischen Konkurrenten haben gezetert: „Blitzkrieg", „Doppelzüngigkeit", „Ausnutzung der EG-Delegation für eigene Interessen" und „Achse Bonn – Tokio". Tatsächlich hat aber auch Peugeot Verbindungen mit Nissan. Honda verhandelt auch mit einem französischen Konzern, das wird Renault sein. Ford arbeitet mit Toyota zusammen. British Leyland mit Mitsubishi und Opel hat ein Zweigwerk, Isucu, wo der alte Kadett hergestellt wird. Bisher exportierte VW 1979 21000 Autos nach Japan, 1980 werden es 25000 sein, das ist rund ⅓ der gesamten japanischen Importe. Der Golf kostet nach Transport und 10% Zoll zwischen 18000 und 26000 DM, rund doppelt soviel wie ein vergleichbares japanisches Auto. VW hofft durch dieses Abkommen die Steuer auszuschalten und Transportkosten zu verringern, so billiger zu produzieren und einen größeren Absatz in Japan und den anderen Exportmärkten zu erreichen.

Beförderte Personen im Nahverkehr (einschl. Bundesbahn)

Lambsdorff bläst zur Jagd auf Arbeitslose

frb. Vor Dem Kongreß der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat Wirtschaftminister Lambsdorff die Kapitalisten aufgefordert, Arbeitslose, die nach ihrer





Ansicht „offensichtlich an Arbeit überhaupt nicht interessiert sind", ans Arbeitsamt zu melden. Schnüffelei und Denunziantentum ist damit Tür und Tor geöffnet. Auch die Zumutbarkeitsklausel müsse neu geregelt werden. Daß Arbeitslose im Lohnsteuerjahresausgleich einen Teil der Steuer zurückbekommen, bedrückt Lambsdorff schwer. Außerdem seien die Arbeitslosenzahlen sowieso irreführend, sagte der Graf.

Interesse der japanischen Monopole an VR China und UdSSR

1. japanisch-chinesisches Ministertreffen / Wirtschaftliche Interessen gegen politische Rücksichtnahme auf USA

wos. Die gemeinsame Presseerklärung nach dem ersten japanisch-chinesischen Ministertreffen vom 5.12. besagt u.a., daß „beide Länder, jeweils von ihrem Standpunkt aus, Anstrengungen zur Erhaltung und Förderung von Frieden und Stabilität in Asien unternehmen"; „beide Seiten ihre Zusammenarbeit im Energiebereich vorantreiben, etwa bei der Erschließung von Öl- und Kohlevorkommen"; „auf den raschen Abschluß eines Abkommens über Investitionsgarantien und eines Besteuerungsvertrages hingearbeitet" wird.

Damit ist der Kurs abgesteckt. Die japanischen Kapitalisten sind in erster Linie an einem kräftigen Happen aus den Rohstoffvorkommen Chinas interessiert. Zur Erschließung wollen sie mit Technologie und Krediten beitragen. Dabei gehen sie davon aus, daß mit diesen Krediten großteils japanische Anlagen und Maschinen gekauft werden. Die VR China hat im Zuge ihres Modernisierungsprogramms ein dringendes Interesse, sich durch die Lieferung von Rohstoffen die Einnahmen zu verschaffen, die sie zum Ankauf neuer Maschinerie benötigt. Wie hat sich der Handel mit China entwickelt (in Mrd. US-Dollar)?

	Exporte	Importe
1975	2,26	1,53
1976	1,66	1,37
1977	1,94	1,54
1978	3,05	2,03
1979	3,67	2,95
1980	3,25	3,08

(Quelle: Ministry of Finance, 1979)

Nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1976 ist er demnach stetig angestiegen. Das Handelsdefizit der VR China verringert sich und soll Ende 1980 bei einem Volumen von rund 4,3 Mrd. Dollar auf jeder Seite ganz verschwinden. Den Löwenanteil der japanischen *Importe* stellen Öl und Kohle, die bis September 1980 schon 57% ausmachen. China setzte 1979/80 eine Preiserhöhung von 26 auf 34,60 Dollar/barrel durch, was wesentlich zum Defizitabbau beigetragen hat. Die seit jeher hohen Lieferungen von Tier- und Pflanzenprodukten aus China haben sich kaum erhöht. Bei den japanischen *Exporten* hat China 1980 weniger Stahl abgenommen, dafür mehr Maschinen und Fahrzeuge. Die Textilmaschineneinfuhr hat sich mehr als verdoppelt. Im wesentlichen ist die Handelsstruktur geprägt durch Rohstoffkäufe Japans und Anlagen- und Maschinenkäufe Chinas.

Derzeit gibt Japan an die VR China den zweiten Teil eines Regierungskredits in Höhe von umgerechnet ca. 243 Mio. Dollar (Laufzeit 30 Jahre, jährliche Verzinsung 3% bei 10 Jahren zinsfrei) für den Bau von Hafenanlagen, Eisenbahnlinien und die Erweiterung eines Kraftwerks. Die VR China hat ihre Wirtschaftsplanung so korrigiert, daß kapitalintensive Großprojekte aufgeschoben werden zugunsten der Förderung von Leichtindustrie und Landwirtschaft. Als Folge davon werden ein petrochemischer Komplex in Beijing, die 2. Stufe des supermodernen Stahlwerks Baoshan bei Shanghai, und eine große Äthylenfabrik im petrochemischen Komplex Nanjing zurückgestellt – alles Projekte, die maßgeblich von Japan errichtet werden sollten. Auch das erste geplante Joint Venture zwischen dem Elektrogerätehersteller Sanyo und den Gemeindebehörden Shanghais wird verschoben. Der Gesamtwert der 2. Stufe in Baoshan beträgt 5 Mrd. Dollar; davon können Aufträge für die japanischen Kapitalisten in Höhe von 1,3 Mrd. jetzt nicht realisiert werden.

Die richtige Korrektur seitens der chinesischen Wirtschaftsplanung hat die UdSSR zum Anlaß genommen, die VR China gegenüber Japan wegen „Sprunghaftigkeit" usw. anzuschwärzen. Ihre Absicht dabei: selbst an japanische Kredite heranzukommen. Andererseits wollen auch die japanischen Kapitalisten die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR nicht einfrieren. Der bilaterale Handel:

	Exporte	Importe
1975	1,63	1,17
1976	2,25	1,17
1977	1,93	1,42
1978	2,50	1,44
1979	2,46	1,91

(Quelle: wie oben)

Im Gegensatz zum Handel mit China hier also bei den Exporten Stagnation, bei den Importen Schwankungen. Ausgehend vom gleichen Handelsvolumen hat sich der Handel mit der Sowjetunion 1977 bis 79 nur vervierfacht, während er sich mit China versechsfacht hat. Man muß aber beachten, daß unter Japans Handelspartnern 1979 bei den Exporten die VR China an 6. Stelle, die UdSSR an 11., bei den Importen die VR China an 11., die UdSSR an 14. stand.

Ende November hat das japanische Außenministerium der Freigabe von Milliardenkrediten der Eximbank an die Sowjetunion zugestimmt. Schon länger murrten die japanischen Kapitalisten, besonders westeuropäische Staaten würden die von den USA nach der sowjetischen Invasion Afghanistans durchgesetzten Sanktionen unterlaufen. Als die Dummen bei dieser Art von „Solidarität des Westens" würden ihnen profitable Geschäfte mit der UdSSR weggeschnappt. Jetzt handeln sie von neuem eigenständig: auf 3 Mrd. Dollar werden sich Aufträge (Stahlrohre, Pumpstationen usw.) aus dem sowjetischen Mammutprojekt einer 5400 km langen Erdgaspipeline von Sibirien nach Westeuropa belaufen. Angelpunkt war bisher die Finanzierung mittels zinsgünstiger Kredite. Durch die Kreditvergabe kann Japan jetzt 1. Kapital in die UdSSR exportieren (von dem diese den größten Teil wieder für japanische Produkte ausgeben wird), und 2. darüber mit der UdSSR von neuem ins Rohstoffgeschäft in Sibirien einsteigen. Damit finanziert auch Japan kapitalintensive Projekte der UdSSR, die diese aufgrund ihrer militarisierten Wirtschaft nicht selber bezahlen will und kann.

Vietnam: Zweiter Fünf-Jahrplan gescheitert

wos. Nach Einschätzung des UNO-Ausschusses ESCAP (Economic and Social Commission for Asia and Pacific) und der Asiatischen Entwicklungsbank wird Vietnam die Ziele seines zweiten Fünfjahrplans (1976 – 80) zu nicht einmal 50% erfüllen. So sollte das *Bruttoinlandsprodukt* um jährlich 14 – 15% steigen, stieg aber tatsächlich nur um 9% (1976), 2% (77), 2,3% (78). Die *industrielle Gesamtproduktion* sollte jährlich um 16 – 18% wachsen, aber die tatsächliche Veränderungsrate betrug + 10,2% (1976), – 4,9% (77) und – 0,1% (78). Nur weniger als 50% der angestrebten *Reiserträge* wurden erreicht. Der inzwischen geschaßte, für die Planung verantwortliche Vizepremier Le Than Nghi mußte „fehlerhafte Wirtschaftspläne und Fehler im Management" eingestehen. Als Hauptgrund wird jedoch immer die „Invasion seitens Chinas" angeführt. Die eigentliche Ursache – Militarisierung der vietnamesischen Wirtschaft im Zusammenhang mit der Invasion Kampucheas – verschweigt die Le Duan-Clique.

BVG beseitigt Ausbildungsplatzförderungsgesetz

Umlage als ,,Selbsthilfe“ für die Kapitalisten bestätigt / Reform begraben

ulw. Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APFG) ist in der letzten Woche durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) für nichtig erklärt worden. Wesentlicher Inhalt des Gesetzes war die mögliche Erhebung einer ,,Berufsbildungsabgabe“ unter bestimmten Umständen durch die Bundesregierung. Die Mittel sollten zur Schaffung und Erhaltung von Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. Dieser Zweck des APFG ist vom BVG ausdrücklich für rechtmäßig erkannt worden. Das Gesetz enthalte aber verwaltungsrechtliche Regelungen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen, und damit hätte es der Zustimmung des Bundesrates bedurft. Das APFG war aber 1976 vom damaligen Bundespräsidenten Scheel ohne diese in Kraft gesetzt worden.

Die IG Metall hat auf Grund des Gerichtsurteils die Bundesregierung zu einem ,,Neuanfang der Reform der beruflichen Bildung“ aufgefordert. Die Bundesregierung solle ein neues Berufsbildungsgesetz vorlegen, das an die ,,ursprünglichen Reformabsichten für die Berufsbildung“ anknüpfe. Kernstück eines solchen Gesetzes müsse eine auf Dauer angelegte Berufsbildungsabgabe aller Betriebe sein, ,,mit dem Ziel, die Qualität der Ausbildung langfristig zu sichern“. (Frankfurter Rundschau vom 12.12.) Die Chance dürfe nicht verspielt werden, sagte Hans Preiss vom IG Metall-Vorstand. Die ,,Chance“ erblickt er offensichtlich darin, daß das BVG die Rechtmäßigkeit der Berufsausbildungsabgabe ausdrücklich bejaht hat. Die ,,ursprünglichen Reformabsichten“ waren aber gerade allein über eine solche Abgabe nicht durchzusetzen, vielmehr war das APFG lediglich ein letztes Trümmerstück der Reformvorhaben und das BVG-Urteil deren endgültige verfassungsrechtliche Beerdigung.

Ausgegangen waren die Bestrebungen zur Reform der Berufsausbildung, wie des gesamten Bildungswesens, von der Erfahrung, daß das bestehende Bildungssystem den Erfordernissen des in beständiger Umwälzung begriffenen Produktionsprozesses immer weniger entspricht. Folgende widersprüchliche Tendenzen machten sich bemerkbar: Den einzelnen Arbeitsprozeß betrachtet, brachte die Umwälzung der Produktion auf kapitalistischer Grundlage für den einzelnen Arbeiter eine ständig zunehmende Vereinseitigung seiner Tätigkeit und steigende Monotonie mit sich. Andererseits wurde er immer häufiger in neue Produktionsweisen gestoßen, die eine völlige Umstellung von ihm verlangten. Letzteres wurde durch den anarchischen Gang der kapitalistischen Produktion noch verstärkt. Von seiten der Arbeiterklasse verstärkten sich die Bestrebungen an einer Reform des Bildungssystems aus dem Interesse an einem gewissen Schutz gegen die ständige Entwertung der Arbeitskraft. Von Seiten der Kapitalistenklasse gibt es das objektive Interesse an der Verfügbarkeit einer Arbeiterarmee, die möglichst reibungslos den sich immer rascher ändernden Verwertungsbedürfnissen des Kapitals unterworfen werden kann.

Die Sozialdemokratie versuchte beides zusammenzufassen. Im Bildungsbericht der Bundesregierung von 1970 heißt es: ,,Die Berufsausbildung orientiert sich noch zu stark an den gegenwärtig geforderten Kenntnissen und Fertigkeiten für den entsprechenden Beruf. Sie kann damit die Interessen und Aufstiegschancen der Lernenden und auf längere Sicht auch die Befriedigung des Gesamtbedarfs an qualifizierten Arbeitskräften gefährden. Deshalb darf die Berufsausbildung nicht länger auf die Einübung bestimmter beruflicher Tätigkeiten beschränkt sein, sondern muß ein größeres Gewicht auf die systematische Vermittlung theoretischer Grundlagen und auf ein breites Verständnis für ein Berufsfeld legen. Auf dieser Grundlage kann dann die Fachbildung aufbauen und stufenweise zu dem Spezialisierungsgrad führen, der den qualitativen Anforderungen der Berufswelt entspricht.“ (Bildungsbericht der Bundesregierung 1970, S.64)

Die Orientierung der Berufsausbildung ,,an den gegenwärtig geforderten Kenntnissen und Fertigkeiten“ beruht im wesentlichen auf dem dualen System, das den größten Teil der Ausbildung der Kontrolle der einzelnen Kapitalisten unterwirft. Eingriffe in die betriebliche Ausbildung waren also notwendig, sollten die ,,Reformziele erreicht“ werden. Im November 1973 verabschiedete die Bundesregierung die ,,Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte)“. Durch Verträge mit den Ländern sollte eine bundeseinheitliche Berufsausbildungsverwaltung geschaffen werden. Dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sollte ein Bundesamt für Berufsausbildung angegliedert werden. Die Landesregierungen sollten entsprechende Landesämter schaffen. Diese Ämter sollten die Berufsausbildung einheitlich entwickeln und koordinieren. Gegenüber den Ausbildungsbetrieben sollte die Kammeraufsicht durch die Aufsicht ,,derjenigen Behörde“ abgelöst werden, ,,die auch für den schulischen Bereich Verantwortung trägt“. Sie sollte die Durchführung der Ausbildungsordnungen und der Prüfungen kontrollieren.

Sollten den Kapitalisten höhere Ausbildungsleistungen abverlangt werden, so mußte aus Gründen der ,,gleichen Wettbewerbsbedingungen“ der einzelne Kapitalist von den zusätzlichen Kosten befreit werden. Die Bundesregierung wollte eine Umlage der Kapitalisten einführen, aus denen die Kosten sowohl der betrieblichen Ausbildung als auch überbetrieblichen Lehrwerkstätten finanziert werden sollten (Fondsfinanzierung). Die Ausbildungsbetriebe sollten in einem Akkreditierungsverfahren (Zulassungsverfahren) auf die Einhaltung eines ,,Qualitätsstandards“ überprüft werden und einer ständigen Kontrolle unterzogen werden. Die ,,Markierungspunkte“ entsprachen in den meisten Punkten auch den gewerkschaftlichen Vorstellungen, nur daß diese weitergehende Mitbestimmungsrechte forderten.

Geblieben ist von den ,,Markierungspunkten“ nichts. Obwohl im wohlverstandenen Allgemeininteresse der Bourgeoisie, wollten diese so weitgehende Eingriffe in den Bereich der einzelnen Kapitale nicht zulassen. Unter der heftigen Kritik und massiven Drohungen der Kapitalisten und nach Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition zog sich die Sozialdemokratie Stück für Stück zurück.

Im Regierungsentwurf eines neuen Berufsbildungsgesetzes, das im April 1975 vorgelegt wurde, war die staatliche Kontrolle über die betriebliche Ausbildung gänzlich gestrichen, lediglich von der Finanzierungsregelung blieb ein Bruchstück: Überschreitet das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage um weniger als 12,5%, so sollte von den Kapitalisten eine Berufsbildungsabgabe in Höhe von 0,25% der Bruttolohn- und -gehaltssumme eingezogen werden. Damit sollte die Erhaltung und Schaffung von Ausbildungsplätzen durch die Kapitalisten subventioniert werden. Wegen der Regelungen, die auf eine einheitliche Berufsbildungsverwaltung zielten, war das Gesetz von der Zustimmung des Bundesrates abhängig. Dort wurde es mit der Mehrheit der unionsregierten Länder abgelehnt. Daraufhin wurden die Finanzierungsbestimmungen sowie Bestimmungen über Planung und Statistik der Berufsbildung im Ausbildungsplatzförderungsgesetz zusammengefaßt und vom damaligen Bundespräsidenten Scheel als nicht der Zustimmung durch den Bundesrat bedürftig in Kraft gesetzt. Das Ziel, eine inhaltliche Verbesserung der betrieblichen Berufsausbildung zu erreichen, war dabei bereits fallengelassen. Es ging nur noch um ,,die Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots“. Auch dafür wurde es nie eingesetzt, obwohl die Bedingungen Jahr für Jahr erfüllt waren. Die Regierung konnte mit dem Ende der Krise 74/75 den Kapitalisten jedesmal ihr ,,ernsthaftes Bemühen“ bescheinigen, das Ausbildungsplatzangebot zu steigern.

Aktionen ? ,,Zu Anlässen, die unterdrücken“
Punker über sich und den Staatsapparat

hek. Vier Punkgruppen spielten: ,,Entart“ aus Verden, ,,Mai 80“ aus Rinteln, ,,Organbank“ und ,,Niveau Null“ aus Bremen. Ebenfalls aus Bremen fand sich in Verden ein, was zu den Kids zählt. Sie hatten sich – wie des öfteren – aus mehreren Orten zusammengefunden, um zu ,,fetzen“. Das läuft bei dem Rythmus: aggressiver Rock, immer die gleichen Klangfolgen, aber peitschend, nicht zu überhören. Ähnlich die Punker in ihrem Verhalten: direkt, ehrlich, demokratisch, ohne überflüssigen Schmus. Alles wird sofort geregelt – auch Streitigkeiten. Willkommene Anlässe für die Staatsgewalt, mit äußerster Brutalität gegen die Punker vorzugehen. Sie mag sie nicht, diese Gruppe, bestehend aus Schülern, Lehrlingen oder Jungarbeitern. Es ist bei dieser Antipathie weniger das provokative Äußere als vielmehr das mehr anarchistische Innere, was den Staatsapparat einschreiten läßt. Was ihn dazu drängt, die Punker

Liegt nicht gerade in der fehlenden Organisierung mit programmatischer Klärung, wie die Ursache des ,,täglichen Frust“ zu beseitigen ist, die Schwäche der Punker? Nimmt nicht gerade die kapitalistische Staatsgewalt diese Schwäche als willkommenen Anlaß, die Punker als Außenseiter abstempeln zu wollen und sie bei jeder passenden Gelegenheit zusammenzuschlagen? Darauf gibt es nicht sofort Antwort. Überfälle der Polizei werden aufgezählt: auf das Jugendzentrum ,,Bambule“ in Berlin (,,Wir haben noch nicht mal eins“). Der Polizeiüberfall auf die Punk-Veranstaltung in Verden ist kein Einzelfall: Verfahren gegen die Punkrockgruppe ,,Rosa“ aus Hannover wegen ,,Werbung für eine ‚terroristische‘ Vereinigung“ (gemeint ist die RAF) oder ,,Befürwortung von Gewalt“ (gerichtet werden soll über Textpassagen, die den Tod von Schleyer nicht beweinen) nach den §§88a und 130a, laufen. Wegen Betei-

15000 Studenten demonstrierten in München gegen die Wiedereinführung des Semestergeldes

vol. 15000 Studenten demonstrierten am 4.12. in München gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren (siehe Bild), die das bayerische Kultusministerium im Juni verordnet hat. Bei Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als 2 Semester, bei einem Studienfachwechsel nach dem 5. Semester, bei mehrmaligem Studienwechsel ohne Abschluß und bei einem Zweitstudium, das nicht als Aufbaustudium anerkannt ist, wird eine Semestergebühr von 600 DM bei der Rückmeldung eingezogen. An den Hochschulen in Würzburg, Erlangen, Nürnberg und Regensburg wurden Vorlesungsboykotts und Aktionstage durchgeführt, überall fanden Vollversammlungen und fast überall Urabstimmungen statt. Auf der Demonstration in München waren Delegationen aller Universitäten in Bayern vertreten. Kultusminister Maier hat bisher noch keine Stellungnahme zu den Forderungen der

stimmten Seminaren nur noch die Studenten zugelassen werden, die im ,,richtigen“ Semester sind und nicht ,,gebummelt“ haben. ,,Man wird nicht mehr zwangsexmatrikuliert, sondern kann einfach nach Ablauf der Regelstudienzeit nicht weiterstudieren“, schreibt der AStA Göttingen in einem Flugblatt. Die Studenten der Pädago-

gischen Hochschulen verlangten, daß die PHs erhalten bleiben müssen. Der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel will die PH in Göttingen schließen und die Fächer in Hildesheim und Lüneburg konzentrieren. Weiterhin wurde die Verschärfung der Diplomprüfungen und bei den Lehrerstudiengängen angegriffen.



dem Ziel, die Qualität der Ausbildung langfristig zu sichern“. (Frankfurter Rundschau vom 12.12.) Die Chance dürfe nicht verspielt werden, sagte Hans Preiss vom IG Metall-Vorstand. Die ,,Chance“ erblickt er offensichtlich darin, daß das BVG die Rechtmäßigkeit der Berufsausbildungsabgabe ausdrücklich bejaht hat. Die ,,ur-

Von Seiten der Kapitalistenklasse gibt es das objektive Interesse an der Verfügbarkeit einer Arbeiterarmee, die möglichst reibungslos den sich immer rascher ändernden Verwertungsbedürfnissen des Kapitals unterworfen werden kann.

Die Sozialdemokratie versuchte bei-

wendig, sollten die ,,Reformziele erreicht“ werden. Im November 1973 verabschiedete die Bundesregierung die ,,Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte)“. Durch Verträge mit den Ländern sollte eine bundeseinheitliche Berufsausbildungsverwaltung geschaffen

Geblieben ist von den ,,Markierungspunkten“ nichts. Obwohl im wohlverstandenen Allgemeininteresse der Bourgeoisie, wollten diese so weitgehende Eingriffe in den Bereich der einzelnen Kapitale nicht zulassen. Unter der heftigen Kritik und massiven

ausreichenden Ausbildungsplatzangebots“. Auch dafür wurde es nie eingesetzt, obwohl die Bedingungen Jahr für Jahr erfüllt waren. Die Regierung konnte mit dem Ende der Krise 74/75 den Kapitalisten jedesmal ihr ,,ernsthaftes Bemühen“ bescheinigen, das Ausbildungsplatzangebot zu steigern.

Aktionen ? ,,Zu Anlässen, die unterdrücken“

Punker über sich und den Staatsapparat

hek. Vier Punkgruppen spielten: ,,Entart“ aus Verden, ,,Mai 80“ aus Rinteln, ,,Organbank“ und ,,Niveau Null“ aus Bremen. Ebenfalls aus Bremen fand sich in Verden ein, was zu den Kids zählt. Sie hatten sich – wie des öfteren – aus mehreren Orten zusammengefunden, um zu ,,fetzen“. Das läuft bei dem Rythmus: aggressiver Rock, immer die gleichen Klangfolgen, aber peitschend, nicht zu überhören. Ähnlich die Punker in ihrem Verhalten: direkt, ehrlich, demokratisch, ohne überflüssigen Schmus. Alles wird sofort geregelt – auch Streitigkeiten. Willkommene Anlässe für die Staatsgewalt, mit äußerster Brutalität gegen die Punker vorzugehen. Sie mag sie nicht, diese Gruppe, bestehend aus Schülern, Lehrlingen oder Jungarbeitern. Es ist bei dieser Antipathie weniger das provokative Äußere als vielmehr das mehr anarchistische Innere, was den Staatsapparat einschreiten läßt. Was ihn dazu drängt, die Punker mit allen seinen zur Verfügung stehenden Mitteln von den Jugendlichen insgesamt als exzentrische Gruppe abzuurteilen und damit innerhalb der Jugend Spaltung zu säen, die gegeneinander und nicht gegen den Staatsapparat gehen soll.

,,*Wir wollen keine Organisation, wir haben kein Progamm*“, erklärt Doortje, Punk aus Bremen. Wie aber soll denn der Kampf ,,gegen den täglichen Frust“ erfolgreich geführt werden, wird von uns gefragt? ,,*Nach Demos, Aktionen nach Hause gehen und befriedigt sein bringt nichts*“, antwortet Doortje. Wie die Aktionen aussehen sollen, welchen Inhalt sie haben sollen, darüber kommt spontan Auskunft: ,,*zu Anlässen, die unterdrücken*“.

Liegt nicht gerade in der fehlenden Organisierung mit programmatischer Klärung, wie die Ursache des ,,täglichen Frust“ zu beseitigen ist, die Schwäche der Punker? Nimmt nicht gerade die kapitalistische Staatsgewalt diese Schwäche als willkommenen Anlaß, die Punker als Außenseiter abstempeln zu wollen und sie bei jeder passenden Gelegenheit zusammenzuschlagen? Darauf gibt es nicht sofort Antwort. Überfälle der Polizei werden aufgezählt: auf das Jugendzentrum ,,Bambule“ in Berlin (,,Wir haben noch nicht mal eins“). Der Polizeiüberfall auf die Punk-Veranstaltung in Verden ist kein Einzelfall: Verfahren gegen die Punkrockgruppe ,,Rosa“ aus Hannover wegen ,,Werbung für eine ‚terroristische‘ Vereinigung“ (gemeint ist die RAF) oder ,,Befürwortung von Gewalt“ (gerichtet werden soll über Textpassagen, die den Tod von Schleyer nicht beweinen) nach den §§88a und 130a, laufen. Wegen Beteiligung an der Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung läuft ein Verfahren gegen einen Bremer Punker, ebenfalls wegen Landesfriedensbruch in Duisburg (wie die Polizei häufig Widerstand gegen ihre Überfälle bezeichnet). Prozesse gegen die Punker, die sich in Verden (s.Bild) mit Pflastersteinen gegen den Polizeiüberfall und gegen Bisse von Polizeihunden der aus mehreren Bundesländern gegen 100 Punker zusammengezogenen Polizei zur Wehr setzten, stehen an.

In diesem Zusammenhang reicht es nicht, wenn Doortje feststellt: ,,*Wenn die Kids vereint sind, können wir gewinnen*“ – Es gehört dazu, daß sich alle Teile der Volksmassen zusammenzuschließen.



15000 Studenten demonstrierten in München gegen die Wiedereinführung des Semestergeldes

vol. 15000 Studenten demonstrierten am 4.12. in München gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren (siehe Bild), die das bayerische Kultusministerium im Juni verordnet hat. Bei Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als 2 Semester, bei einem Studienfachwechsel nach dem 5. Semester, bei mehrmaligem Studienwechsel ohne Abschluß und bei einem Zweitstudium, das nicht als Aufbaustudium anerkannt ist, wird eine Semestergebühr von 600 DM bei der Rückmeldung eingezogen. An den Hochschulen in Würzburg, Erlangen, Nürnberg und Regensburg wurden Vorlesungsboykotts und Aktionstage durchgeführt, überall fanden Vollversammlungen und fast überall Urabstimmungen statt. Auf der Demonstration in München waren Delegationen aller Universitäten in Bayern vertreten. Kultusminister Maier hat bisher noch keine Stellungnahme zu den Forderungen der Studenten abgegeben.

7000 Studenten demonstrierten am 11. Dezember in Hannover für die Rücknahme der 2. Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz. Dieses sieht u.a. vor, daß zukünftig in bestimmten Seminaren nur noch die Studenten zugelassen werden, die im ,,richtigen“ Semester sind und nicht ,,gebummelt“ haben. ,,Man wird nicht mehr zwangsexmatrikuliert, sondern kann einfach nach Ablauf der Regelstudienzeit nicht weiterstudieren“, schreibt der AStA Göttingen in einem Flugblatt. Die Studenten der Pädagogischen Hochschulen verlangten, daß die PHs erhalten bleiben müssen. Der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel will die PH in Göttingen schließen und die Fächer in Hildesheim und Lüneburg konzentrieren. Weiterhin wurde die Verschärfung der Diplomprüfungen und bei den Lehrerstudiengängen angegriffen.



Ergebnisse des Studienreformkongresses der Fachtagung Medizin

luh. Knapp 200 Medizinstudenten aus der BRD und Westberlin waren vom 5.–7.12. nach Frankfurt gekommen, um Richtlinien und Kriterien zur Reform der Medizinerausbildung zu erarbeiten. Dabei nahmen die Vorstellungen der Gewerkschaften einen relativ breiten Raum ein. ,,Das Interesse der Gewerkschaften an der Reform des Medizinstudiums gründet in der besonderen Bedeutung der Berufsausübung von Ärzten für Arbeitnehmer. Für Arbeitnehmer hat Gesundheit eine doppelte Wichtigkeit: sie bezeichnet einerseits körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden. Andererseits stellt sie eine grundlegende Bedingung dar für die Möglichkeit des Verkaufs der Arbeitskraft“, heißt es in der Einleitung der Stellungnahme der Gewerkschaften zur Studienreform. Folglich fordern sie die Abschaffung des NC als Zulassung zum Studium, eine integrierte Praxisphase, um die Ärzte frühzeitig mit der Wirklichkeit zu konfrontieren, ein Prüfungssystem, was in enger Verbindung zur Lehre und der Vermittlung praktischer Fähigkeiten steht, also die Abschaffung der Abschlußprüfungen und die Möglichkeit zum eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten. Ein ÖTV-Vertreter aus Berlin, U. Schagen, berichtete, daß die ÖTV im Frühjahr'81 ihre Vorstellungen dazu veröffentlichen wird. Aus der Kritik am Studium in seiner heutigen Form – das mechanistische und sinnlose Auswendigpauken von scheinbar völlig zusammenhanglosen, naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, die noch nicht mal aktuell sind, und viele Fragen der Studenten, vor allem nach den Ursachen der sogenannten Volkskrankheiten, nicht beantwortet, werden, ergab sich die Debatte um die Forderung nach einem ,,Ausbildungsziel“, also der inhaltlichen Ausrichtung des Studiums. Soll der Arzt vor allem beratend, betreuend und ,,seelsorgerisch“ tätig sein, oder auf welcher Grundlage kann er sich mit den Lohnabhängigen verbinden? Wo wird es ,,politisch“, mit welchen Widersprüchen in der Gesellschaft ist er konfrontiert? Ist eine solide naturwissenschaftliche Grundlage zu fordern, oder kann man sich ruhigen Gewissens der Physik, Chemie und Biologie entledigen? Wie ist das Verhältnis von Wissenschaft, Technik und Mensch heute zu bestimmen? Einheit gab es. u.a. zu folgenden Thesen: – Für den handlungsfähigen Arzt ist es im Umgang mit Menschen unerläßlich, soziale und gesellschaftspolitische Zusammenhänge kennenzulernen und zu begreifen ... Das Studium soll den Lernenden mit der Epidemologie und Entstehung der grundlegenden Krankheiten und ihrer Früherkennung, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation sowie Betreuung vertraut machen ... Das Studium soll vermitteln, daß der Arzt ärztliche Aufgaben, den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis entsprechend erfüllen soll ... Um wissenschaftliche Ergebnisse kritisch überprüfen zu können, soll der Arzt während seines Studiums lernen, wissenschaftlich zu arbeiten ...“

Beschlossen wurde, die Arbeitsergebnisse als Dokumentation zu veröffentlichen, welche dann ab Februar '81 über das vds-Fachtagungs-Sekretariat Hamburg zu beziehen sind. Die Diskussion um die Ergebnisse soll an den Fachbereichen und in enger Zusammenarbeit mit der ÖTV weitergeführt werden.

Es geht um das Kernkraftwerk Brokdorf

Energiedebatte im schleswig-holsteinischen Landtag

wiv. „Im Grunde ging es bei der Energiedebatte des Landtags um das KKW Brokdorf." Dies betonte der Abgeordnete Schumacher von der FDP in einem Interview des NDR. Der Kommentator des NDR und die bürgerliche Presse sehen es auch so. Gegenstand der Debatte waren der Entwurf eines „Landesenergiesicherungsgesetzes" der SPD und eine große Anfrage der CDU zur Energiesituation des Landes Schleswig-Holstein. Der SPD-Entwurf ist zunächst einstimmig an die Ausschüsse verwiesen worden. Er enthält folgende Zielsetzungen, die in einem „Generalplan Energiesicherung" festgeschrieben werden sollen:

– detaillierte Standortplanung für Kraftwerke, Einfluß auf Versorgungskonzepte der Energieversorgungsunternehmen
– Ausbau der Fernwärmeversorgung auch in Mittelstädten, Wärme-Kraft-Koppelung
– Vorrang für Kohlekraftwerke, vor allem auf Importkohlebasis
– Ausbau des Erdgasnetzes
– Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen.

Diese Gesichtspunkte sollen entsprechend in die Landesentwicklungsgrundsätze, das Landesplanungsgesetz, die Landesbauordnung, die Gemeindeordnung, das Kommunalabgabengesetz und das Landeswassergesetz eingearbeitet werden.

Ziel dieses Gesetzentwurfes ist laut Matthiesen „eine Energiepolitik des ökonomischen und ökologischen Gleichgewichts und des gesellschaftlichen Konsens". Die „Gleichgewichtstheorie" ist unsinnig. Die Landes-SPD liebäugelt mit einem Kohlekraftwerk in Brokdorf und sie liebäugelt auch mit einer Kohlevergasungsanlage in Brunsbüttel. *Jedes* neue Großprojekt dieser Art verschlechtert die schon jetzt durch die bisherigen Ansiedlungen beeinträchtigten Reproduktionsbedingungen der Bevölkerung im Unterelbegebiet.

Tatsächlich ist der Gesetzentwurf der SPD einerseits Ausdruck der zunehmenden *Vergesellschaftung* der Reproduktion der Volksmassen, wovon die Energieversorgung ein entscheidender Bestandteil ist: Nicht mehr der individuelle Kohle- oder Ölofen, sondern Anschluß an zentrale Fernwärme- oder Erdgasverbundnetze. Andererseits sieht der Gesetzentwurf nicht nur *Zwangsmaßnahmen* für den Anschluß vor, sondern ausdrücklich wird betont, daß durch „entsprechende Tarifgestaltung", sprich Preistreiberei, die Energieeinsparung vorangetrieben werden soll. *Diese* Seite ist direkt Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse, unter denen die Vergesellschaftung der Reproduktion sich entwickelt; wobei die SPD durchaus auf den Widerspruch zwischen den Profitinteressen der Energieversorgungsunternehmen einerseits und den Versorgungsbedürfnissen der Volksmassen andererseits hinweist, aber eben auch nur hinweist.

„Wenn die Landesregierung jetzt ohne massive, auch landespolitische Anstrengungen zum Energiesparen und ohne Anstrengungen, der Kohle wirklich Priorität einzuräumen, den Weg für Brokdorf freigibt, dann vergibt sie die Chancen zum gesellschaftlichen Konsens, und sie provoziert neue Konfrontationen zwischen Bürger und Staat", war Matthiesens Hauptsorge in der Landtagsdebatte.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sich eindeutig *gegen* ein KKW Brokdorf ausgesprochen. Die Landes-FDP unternimmt fieberhafte Anstrengungen, von einem ähnlichen Landesparteitagsbeschluß herunterzukommen und auf die Linie der Landesregierung einzuschwenken. Die Hamburger SPD windet sich und hat einen endgültigen Beschluß auf Ende Januar vertagt.

Die Kläger gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das KKW Brokdorf (mehrere Gemeinden, einige Bauern), der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und auch die Grünen haben der Landesregierung kompromißlosen Kampf im Falle des Weiterbaus angesagt. *Hierzu* muß die SPD unter Matthiesen dann Farbe bekennen. Mit „Versachlichung der Energiedebatte" und auch mit einem „Landesenergiesicherungsgesetz" ist es dabei nicht getan. Diese politische Lage ist es, die Matthiesen Bauchschmerzen bereitet. Im Kampf gegen den Bau des KKW Brokdorf schafft diese Lage einige Möglichkeiten für den Aufbau der notwendigen Aktionseinheit. Das sollte unbedingt genutzt werden.



Am 3.12. wurde im Sanierungsgebiet Sophienblatt leerstehender Wohnraum besetzt. Bis Redaktionsschluß waren noch keine Räumungsabsichten der Neuen Heimat bekannt, die Räume werden durch eigenständige Renovierung der Besetzer bewohnbar gemacht. Insgesamt steht dort Wohnraum für 150 Leute leer. Seit Jahren weigern sich Stadt Kiel und Neue Heimat die Wohnungen freizugeben, weil das ihren Stadtsanierungsplänen widerspricht.

Haushaltsdebatte in Hamburg

Erst die Änderungen werden Klarheit bringen

cld. „Gut geölte Routine" und „Lustlosigkeit" kennzeichnete die Haushaltsdebatte, so ein Kommentar der „Welt". Ansonsten gab es verhaltene Zustimmung zur Vorlage des Senats. Die Verschuldung sei zu verkraften, aber ein Abbau der Personalkosten sei notwendig, kommentierte ein Vertreter der Handelskammer den Haushalt. Daß die Debatte an drei Tagen nicht besonders scharf war, hatte vor allem den Grund, daß beide Parteien sich im Vorwege im Haushaltsausschuß darauf geeinigt hatten, daß die Ausgangsdaten des Planes falsch seien und der Plan darum Anfang 81 sowieso geändert werden müßte.

Der Senat ist bei seiner Einschätzung über die Einnahmen, und damit die möglichen Ausgaben, davon ausgegangen, daß die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr zu einer Erhöhung des nominellen Bruttosozialproduktes um ca. 5% führen werde. Auf dieser Grundlage und der Hoffnung, daß die Gewerkschaften sich bei ihren Forderungen zurückhalten werden, was zu einem Anstieg des Einkommens aus Unternehmertätigkeit führen werde, schloß ein Senatsvertreter vor dem Haushaltsausschuß, daß die geplanten Mehreinnahmen von 4,8% und Mehrausgaben von 7,5% realistisch seien. Diese Einschätzung ist mittlerweile überholt und entspricht mehr einem Wunschdenken als den Tatsachen. Mittlerweile rechnen alle bürgerlichen

Die Verschuldung des Hamburger Senats, die das wesentliche Druckmittel bilden wird, um bei sich verringernden Einnahmen Streichungen durchzusetzen, wird von zwei Posten gebildet. Einmal hat sich seit 1972 im Hamburger Haushalt ein Defizit von ca. 500 Mio. DM bei den laufenden Ausgaben (Personal- und Betriebsmittel) angesammelt. Vor 1972 gab es Überschüsse. Diese Defizite aus den höheren Ausgaben bei geringeren Einnahmen dürfen nicht über Kredite abgedeckt werden, sondern müssen von Jahr zu Jahr in den nächsten Haushalt übernommen werden. Der wesentlich größere Teil der Schulden geht aufs Konto der Kreditaufnahme zwecks Investitionen, die sich bis 1980 auf eine Summe von 11 Mrd. DM angesammelt haben. Die Schuldenrückzahlung und die Zinszahlungen sind heute schon größer als die jährliche Kreditaufnahme.

Gedient haben die Kredite vor allem zur Finanzierung von Vorhaben, die die Konkurrenzbedingungen für die Hamburger Kapitalisten verbessern und ihnen Ausgaben für Straßenbau etc. ersparen.

Finanzsenator Nölling hat für die notwendige Änderung des Haushaltes Anfang 1981 letzte Woche vor Journalisten schon die Richtung angegeben: Streichungen vor allem bei den Personalausgaben, d.h. Nullstellenplan und

„Nicht gestreut - was sagen Sie?"

Nulltarif / Ausbau des HVV / mehr Räumfahrzeuge

ulh. Die BILD-Zeitung war *empört*: 8-spaltiges Foto, 20 cm hoch. Eine alte Frau ist auf die Knie gefallen. 3 weitere Schnappschüsse zum selben Inhalt umrahmen das Großfoto. Man fühlt sich an „Vorsicht Kamera" erinnert ... Im nebenstehenden Artikel fragt Reporter dk.: „Muß es erst Tote geben?" (Bild, 9.12.1980)

Dazu Bausenator Lange: „Zwei Sommer lang kamen Klagen über sterbende Bäume – jetzt kann man nach ein paar Tagen Schnee und Eis nicht plötzlich eine Kehrtwendung verlangen." Der Hamburger Senat gibt sich umweltbewußt, bürgernah und verant-

sen bringt, – Glätte, lange Fahrtzeiten, mehr Unfälle, unpassierbare Straßen –, sind durch leichte Verbesserungen der Umweltverhältnisse infolge weniger Salzstreuens natürlich keineswegs gelöst.

Wie stellte sich die erste Winterwoche dar? Die Kapitalisten konnten ihre Waren, so gut es im Winter eben geht, transportieren lassen, da die Hauptverkehrsadern nach wie vor gestreut werden. Mehr Verkehrstote hat es in der ersten Dezemberwoche in Hamburg nicht gegeben. Den Zahlen einer Novemberwoche (10.-17.11.1980): 941 Unfälle, 319 Verletzte, 3 Tote, stehen für die schneereiche erste Dezember-

Transport bei Winterwetter im Interesse der Massen am günstigsten geregelt werden. Die Lebensmittelversorgung sowie der Zugang zu allen Ortschaften muß gesichert sein, d.h. die Hauptverkehrsstraßen müssen geräumt und gestreut werden. Dafür muß neben ausreichendem Räumen (Hamburger Senat verkauft Schneepflüge, 13.12.1980 Abendblatt) das teurere Kalziumchlorid zum Streuen eingesetzt werden. Es wirkt im Gegensatz zum herkömmlichen Streusalz (bis -10 Grad) bis zu -40 Grad. Den Autofahrern muß stundenlanges Fahren im Stau erspart bleiben. Also überall streuen? Bekanntlich ist das Salz schädlich für die Umwelt,

setz, die Landesbauordnung, die Gemeindeordnung, das Kommunalabgabengesetz und das Landeswassergesetz eingearbeitet werden.

Ziel dieses Gesetzentwurfes ist laut Matthiesen „eine Energiepolitik des ökonomischen und ökologischen Gleichgewichts und des gesellschaftlichen Konsens". Die „Gleichgewichtstheorie" ist unsinnig. Die Landes-SPD liebäugelt mit einem Kohlekraftwerk in Brokdorf und sie liebäugelt auch mit einer Kohlevergasungsanlage in Brunsbüttel. *Jedes* neue Großprojekt dieser Art verschlechtert die schon jetzt

und ohne Anstrengungen, der Kohle wirklich Priorität einzuräumen, den Weg für Brokdorf freigibt, dann vergibt sie die Chancen zum gesellschaftlichen Konsens, und sie provoziert neue Konfrontationen zwischen Bürger und Staat", war Matthiesens Hauptsorge in der Landtagsdebatte.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sich eindeutig *gegen* ein KKW Brokdorf ausgesprochen. Die Landes-FDP unternimmt fieberhafte Anstrengungen, von einem ähnlichen Landesparteitagsbeschluß herunterzukommen und auf die Linie der Landesregierung einzu-

tiven Umweltschutz (BBU) und auch die Grünen haben der Landesregierung kompromißlosen Kampf im Falle des Weiterbaus angesagt. *Hierzu* muß die SPD unter Matthiesen dann Farbe bekennen. Mit „Versachlichung der Energiedebatte" und auch mit einem „Landesenergiesicherungsgesetz" ist es dabei nicht getan. Diese politische Lage ist es, die Matthiesen Bauchschmerzen bereitet. Im Kampf gegen den Bau des KKW Brokdorf schafft diese Lage einige Möglichkeiten für den Aufbau der notwendigen Aktionseinheit. Das sollte unbedingt genutzt werden.

cld. „Gut geölte Routine" und „Lustlosigkeit" kennzeichnete die Haushaltsdebatte, so ein Kommentar der „Welt". Ansonsten gab es verhaltene Zustimmung zur Vorlage des Senats. Die Verschuldung sei zu verkraften, aber ein Abbau der Personalkosten sei notwendig, kommentierte ein Vertreter der Handelskammer den Haushalt. Daß die Debatte an drei Tagen nicht besonders scharf war, hatte vor allem den Grund, daß beide Parteien sich im Vorwege im Haushaltsausschuß darauf geeinigt hatten, daß die Ausgangsdaten des Planes falsch seien und der Plan darum Anfang 81 sowieso geändert werden müßte.

Der Senat ist bei seiner Einschätzung über die Einnahmen, und damit die möglichen Ausgaben, davon ausgegangen, daß die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr zu einer Erhöhung des nominellen Bruttosozialproduktes um ca. 5% führen werde. Auf dieser Grundlage und der Hoffnung, daß die Gewerkschaften sich bei ihren Forderungen zurückhalten werden, was zu einem Anstieg des Einkommens aus Unternehmertätigkeit führen werde, schloß ein Senatsvertreter vor dem Haushaltsausschuß, daß die geplanten Mehreinnahmen von 4,8% und Mehrausgaben von 7,5% realistisch seien. Diese Einschätzung ist mittlerweile überholt und entspricht mehr einem Wunschdenken als den Tatsachen. Mittlerweile rechnen alle bürgerlichen
Wirtschaftsinstitute mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts und fordern „Zurückhaltung auf der Ausgabenseite", die sich vor allem in einem Abbau der Stellen und Ausgaben im Personalwesen ausdrücken soll. Der jetzige Haushaltsplan des Hamburger Senats sieht hier noch eine Steigerung von 8,2% vor, allerdings übertroffen von der Steigerung der Investitionsausgaben von 13,6%.

Die Verschuldung des Hamburger Senats, die das wesentliche Druckmittel bilden wird, um bei sich verringernden Einnahmen Streichungen durchzusetzen, wird von zwei Posten gebildet. Einmal hat sich seit 1972 im Hamburger Haushalt ein Defizit von ca. 500 Mio. DM bei den laufenden Ausgaben (Personal- und Betriebsmittel) angesammelt. Vor 1972 gab es Überschüsse. Diese Defizite aus den höheren Ausgaben bei geringeren Einnahmen dürfen nicht über Kredite abgedeckt werden, sondern müssen von Jahr zu Jahr in den nächsten Haushalt übernommen werden. Der wesentlich größere Teil der Schulden geht aufs Konto der Kreditaufnahme zwecks Investitionen, die sich bis 1980 auf eine Summe von 11 Mrd. DM angesammelt haben. Die Schuldenrückzahlung und die Zinszahlungen sind heute schon größer als die jährliche Kreditaufnahme.

Gedient haben die Kredite vor allem zur Finanzierung von Vorhaben, die die Konkurrenzbedingungen für die Hamburger Kapitalisten verbessern und ihnen Ausgaben für Straßenbau etc. ersparen.

Finanzsenator Nölling hat für die notwendige Änderung des Haushaltes Anfang 1981 letzte Woche vor Journalisten schon die Richtung angegeben: Streichungen vor allem bei den Personalausgaben, d.h. Nullstellenplan und
Lohnsenkung, Steigerung der Einnahmen aus Gebühren. Die Elemente für einen solchen Plan sind schon vorhanden. Der Schulentwicklungsplan Grolles kündigt die weitere Schließung von Schulen an und damit Einsparungen von Lehrerstellen. Die Gebühren, die der Senat direkt eintreibt, sollen um 9,1% steigen; Gebühren für den Nahverkehr, Gas, Wasser und Strom um ca. 15%.

„Nicht gestreut - was sagen Sie?"

Nulltarif / Ausbau des HVV / mehr Räumfahrzeuge

ulh. Die BILD-Zeitung war *empört*: 8-spaltiges Foto, 20 cm hoch. Eine alte Frau ist auf die Knie gefallen. 3 weitere Schnappschüsse zum selben Inhalt umrahmen das Großfoto. Man fühlt sich an „Vorsicht Kamera" erinnert ... Im nebenstehenden Artikel fragt Reporter dk.: „Muß es erst Tote geben?" (Bild, 9.12.1980)

Dazu Bausenator Lange: „Zwei Sommer lang kamen Klagen über sterbende Bäume – jetzt kann man nach ein paar Tagen Schnee und Eis nicht plötzlich eine Kehrtwendung verlangen." Der Hamburger Senat gibt sich umweltbewußt, bürgernah und verant-
wortungsvoll. Die Tatsachen: Nachdem in Norddeutschland im Winter wieder Schnee fällt, mußte der Senat 1979 für „Allgemeine Betriebsausgaben für die Schnee- und Eisbeseitigung" 15076000 DM ausgeben. Unter *den* Bedingungen entdeckte er lieber sein Herz für die Umwelt und setzte für 1980 und 1981 nur noch 5 Mio. DM für Schnee- und Eisbeseitigung an. Die Probleme, die der Winter für die Mas-

sen bringt, – Glätte, lange Fahrtzeiten, mehr Unfälle, unpassierbare Straßen –, sind durch leichte Verbesserungen der Umweltverhältnisse infolge weniger Salzstreuens natürlich keineswegs gelöst.

Wie stellte sich die erste Winterwoche dar? Die Kapitalisten konnten ihre Waren, so gut es im Winter eben geht, transportieren lassen, da die Hauptverkehrsadern nach wie vor gestreut werden. Mehr Verkehrstote hat es in der ersten Dezemberwoche in Hamburg nicht gegeben. Den Zahlen einer Novemberwoche (10.-17.11.1980): 941 Unfälle, 319 Verletzte, 3 Tote, stehen für die schneereiche erste Dezember-
woche folgende gegenüber: 961 Unfälle, 195 Verletzte, 3 Tote. Unbequeme und zeitlich längere Wege hatten viele Autofahrer, die aus den schlecht geräumten Wohngebieten heraus mußten. Sie zogen daraus die Konsequenzen: 200000 Fahrgäste mehr pro Tag verzeichnete der HVV.

Das Kernproblem ist sicher nicht: Salz, ja oder nein. Das Problem ist, wie kann möglichst reibungsloser

Transport bei Winterwetter im Interesse der Massen am günstigsten geregelt werden. Die Lebensmittelversorgung sowie der Zugang zu allen Ortschaften muß gesichert sein, d.h. die Hauptverkehrsstraßen müssen geräumt und gestreut werden. Dafür muß neben ausreichendem Räumen (Hamburger Senat verkauft Schneepflüge, 13.12.1980 Abendblatt) das teurere Kalziumchlorid zum Streuen eingesetzt werden. Es wirkt im Gegensatz zum herkömmlichen Streusalz (bis -10 Grad) bis zu -40 Grad. Den Autofahrern muß stundenlanges Fahren im Stau erspart bleiben. Also überall streuen? Bekanntlich ist das Salz schädlich für die Umwelt,
führt zum schnelleren Rosten der Autos und verwandelt die Stadtteile in vermatschte, dreckige Gebiete.

Ein Fortschritt wäre es meiner Meinung nach, wenn man vom Senat den vermehrten Einsatz von Schneepflügen fordert, sowie der Forderung nach gezielter Verbesserung des Nahverkehrsnetzes und Nulltarif Nachdruck verleiht.

Chlorgaswolke über der Haseldorfer Marsch

are. Am letzten Sonntag wurden die Bewohner der Haseldorfer Marsch über den Verkehrsfunk des NDR II vor einer Chlorgaswolke gewarnt, die sich in Richtung Pinneberg bewegt. Die Haseldorfer Marsch liegt direkt an der Elbe gegenüber dem Stader Industriegebiet. Hier betreibt die DOW CHEMICAL ein Werk, in dem unter anderem Chlorgas hergestellt wird, für die Weiterverarbeitung zu Fertigprodukten. Der Wind kam aus Nordwest, also genau Richtung Industriegebiet Haseldorfer Marsch. Die Werksleitung von DOW wurde zusammengetrommelt, die Gewerbeaufsicht mußte anreisen, am Abend wurde dann offiziell mitgeteilt: „Wir sind es wirklich nicht gewesen." Die Meßwarten auf der schleswig-holsteinischen Seite der Elbe sind nicht einmal mit Chlorgasmeßgeräten ausgestattet, so daß die WELT sogar verbreiten konnte, es sei gar kein Chlorgas gewesen. Die niedersächsische Landesregierung mußte am Dienstag ihren am Vortage verbreiteten Verdacht, daß es nur die DOW gewesen sein kann, dementieren. Am gleichen Tage wurde die DOW-Aktie an der Hannoverschen Börse eingeführt, DOW CHEMICAL ist der drittgrößte US Chemiekonzern. Hier wurde vom Generalmanager bekanntgegeben, daß in Stade Investitionen von 300 Mio. DM in den nächsten Jahren geplant sind. Es war der dritte Chlorgasausbruch in diesem Jahr, DOW CHEMICAL wurde jedesmal geschont.

Der neue „Brokdorf Reservist"

wiv. „Wie eine Bombe" soll laut „Frankfurter Rundschau" bei der Hamburger und Kieler SPD die Nachricht eingeschlagen sein, daß im Falle eines Ausstiegs der HEW aus dem Brokdorf - Projekt die Preußische Elektrizitäts AG (Preußenelektra) den 50% igen Anteil der HEW übernehmen will. Tatsächlich gibt es diese Überlegung schon lange, eine Allianz zwischen dem Hauptaktionär Bundesregierung und der CDU - Landesregierung herbeizuführen. Der zweite Anteilseigner am Projekt Brokdorf mit ebenfalls 50% ist die NMK. Diese befindet sich mit 69% des Aktienkapitals in den Händen der Preußenelektra, und diese wiederum zu 86,5% in den Händen der VEBA. Bei der VEBA ist der Bund Hauptaktionär mit 43,75% des Aktienkapitals. Dieser „Energiefilz" ist ja nicht unbekannt. Wahrscheinlicher als die „Bombenwirkung" ist die Suche der SPD - Führer nach geeigneter argumentativer Umsetzung, etwa so: Ehe der Bund in das Projekt einsteigt und Brokdorf so oder so gebaut wird, sollten wir lieber der HEW - Beteiligung zustimmen; das wäre immer noch das „kleinere Übel".

Punkrocker verteidigen Sophienhof

abc. Die Kieler Nachrichten wußten am 11.12. zu berichten, daß es in der Nacht zum 10.12. im besetzten Sophienhof zu einer Schlägerei unter Punkrockern gekommen sei. Der erste Versuch der KN, die Hausbesetzer in Mißkredit zu bringen. Den Tatsachen entspricht jedoch, daß die Punkrocker gemeinsam mit der Initiative Schöner Wohnen die Hausbesetzung organisieren. In der Nacht zum Mittwoch kamen unter den vielen interessierten Besuchern drei fremde Jugendliche als Punkrocker gekleidet in den Sophienhof und begannen scheinbar grundlos eine Schlägerei. Ihnen folgten noch türkische Jugendliche, die offenbar vor dem Haus gewartet hatten. Durch das sofortige Eingreifen der an der Besetzung beteiligten Punkrocker konnte diese Provokation beendet und das besetzte Haus verteidigt werden, wobei es allerdings einige Verletzte gab. Nach anfänglicher Verwirrung über diesen Vorfall gehen die Hausbesetzer jetzt davon aus, daß es sich um eine gezielte Provokation aus dem Dunstkreis der Neo-Nazis und der Grauen Wölfe handelte, die damit Sympathien für die Hausbesetzung untergraben und Räumungsabsichten Nahrung geben wollten.

Unterstützung des Kampfes des irischen Volkes

edd. An einer Demonstration zur Unterstützung des irischen Volkes am 13.12. beteiligten sich 400 Leute in der Hamburger Innenstadt. Aufgerufen hatte dazu eine Aktionseinheit aus FAU, BWK, Autonomen, Folterkomitees u.a. Die Demonstration hatte als Hauptforderung die Abschaffung der H-Blocks in den irischen KZs. Auf Transparenten wurden Forderungen getragen: Unterstützt den Kampf des irischen Volkes! Britische Truppen raus aus Irland! Weg mit den H-Blocks! Westdeutschland raus aus der NATO! In den Reden gab es zwei Tendenzen: die einen forderten das Selbstbestimmungsrecht des irischen Volkes, während andere die „direkte Aktion" und den „bewaffneten Kampf militanter Gruppen" propagierten. Ein Kundgebungsverbot am Mönckebrunnen konnte verhindert werden. Die Demonstration, die aus Anlaß des Hungerstreiks irischer politischer Gefangener stattfand, wurde im III. Programm des NDR durch eine Autorin am Freitag den 12. unterstützt, die in einer Life-Sendung Teile des Aufruf-Flugblatts verlesen hatte.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 4036794, BLZ 20040000.




Nach einer Enthüllung des Vereins „Mieter helfen Mieter" stehen in Hamburg über 1000 Wohnungen zu Spekulationszwecken leer, bis sie höhere Mieten bringen, oder teuer verkauft werden können.

„Natürliche Geburt" als Versuch

Initiative für Erhaltung der Geburtshilfe in Alsterdorf

gek. Die Hamburger CDU hat den Antrag gestellt, daß die geburtshilflich-gynäkologische Abteilung des evangelischen Krankenhauses Alsterdorf 3 Jahre lang als „Modell" weitergeführt werden soll (Hamburger Abendblatt vom 2. Dez. 80). Die Gesundheitsbehörde hatte im Krankenhausbedarfsplan von 1977 festgestellt, daß die 16 Betten der Abteilung nach dem 31.12.80 nicht mehr finanziell gefördert werden sollen. Seit einem Jahr kämpft eine Bürgerinitiative für die Erhaltung der Geburtshilfe in Alsterdorf. In Alsterdorf wird seit über 2 Jahren die „natürliche Geburt" nach Lamaze und Leboyer durchgeführt, was die Anzahl der Entbindungen von 165 (1977) auf ca. 500 (1980) ansteigen ließ. Was bedeutet die natürliche Geburt nach Lamaze?

Die Geburt ist nicht mehr nur Angelegenheit der Frau; der Mann ist bei der Geburt aktiv dabei. Er unterstützt seine Frau in den Atemtechniken, die während der Kontraktionen (Wehen) durchgeführt werden, und hilft ihr, sich zwischen den Kontraktionen durch Massagen etc. zu entspannen. Das setzt voraus, daß *beide Partner* regelmäßig an einem Geburtsvorbereitungs-Kursus teilnehmen, wo die verschiedenen Techniken *gemeinsam* erlernt werden. Die Krankenkassen zahlen bisher jedoch nur für die Frau. Bisher überhaupt nicht gezahlt werden die 8 Doppelstunden Theorie über den Geburtsvorgang, die weibliche Anatomie etc., die in Alsterdorf durchgeführt werden, weil man den Teufelskreis kennt, daß Angst Verkrampfung der Muskulatur, Verkrampfung der Muskulatur Sauerstoffmangel, Sauerstoffmangel Schmerzen, Schmerzen wieder mehr Angst erzeugen usw. Mittels der Lamaze-Methode wird *versucht*, auf jegliche Anästhesie (Schmerzmittel) zu verzichten, denn durch Betäubung des Unterleibs vermehren sich die Zangen- und Saugglockengeburten neben anderen Risiken beträchtlich (nach einer Schweizer Untersuchung von 9% auf 37%). Die Lamaze-Methode gründet sich auf die Pawlowsche Theorie der bedingten Reflexe. Sie läuft darauf hinaus, geburtsbezogene negative und schmerzauslösende Reflexe abzubauen und sie durch neue, positive (Atem- und Entspannungstechniken) zu ersetzen. Die Reflexe müssen so eingeübt sein, wie z.B.: Ist die Ampel grün, Gas geben. Entwickelt haben diese „psychoprophilaktische Methode" russische Geburtshelfer nach der Oktoberrevolution. 1951 fand in Leningrad ein Kongreß statt, auf dem Lamaze anwesend war, der diese Methode anschließend in der Klinik der Metallarbeiter in Paris einführte.

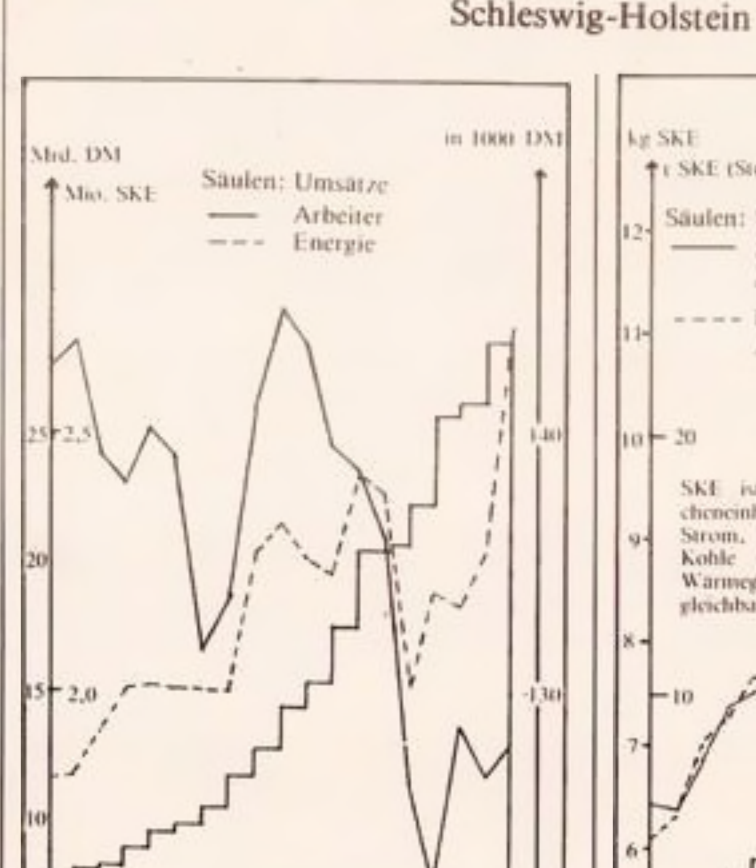
Gesundheitssenatorin Helga Elstner behauptet in ihrem Antwortschreiben auf einen Offenen Brief der Bürgerinitiative: „Tatsache ist aber, daß die in Alsterdorf bevorzugten Methoden und Formen der Elternvorbereitung und Geburt auch in anderen Krankenhäusern Anwendung finden." (Staatl. Pressestelle Hamburg, 27.6.80) (Gemeint sind Barmbek und Finkenau, d. Verf.) *Das stimmt nicht!* In Barmbek finden zwar Geburtsvorbereitungskurse nach Lamaze statt, die Hebammen haben aber bisher keine Fortbildungsmöglichkeit zur Erlernung der Methode erhalten.

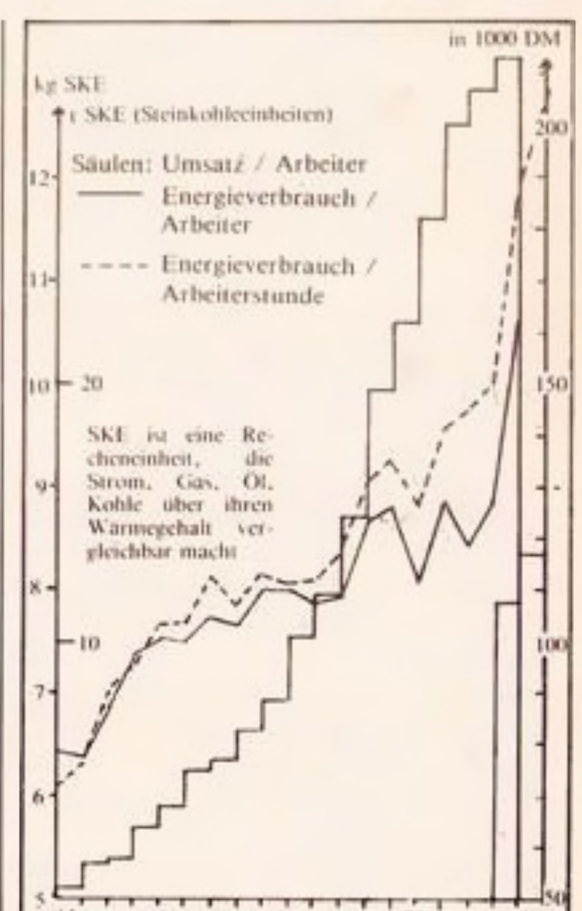
Mehr schanzen oder arbeitslos

Entwicklung der Industrie in Schleswig-Holstein seit 1960

pes. Nach den Krisen 1966/67 und 1974/75 bahnt sich Ende diesen Jahres die dritte Überproduktionskrise des Kapitals in Westdeutschland an. In den Schaubildern haben wir die Entwicklung der Industrie in Schleswig-Holstein in den letzten 20 Jahren dargestellt: 1. Während die Produktion ausgedehnt wurde und sich die Umsätze in diesem Zeitraum verviefachten, ging die Zahl der Arbeiter um 16000 zurück, und der Umsatz pro Arbeiter stieg von 49000 auf 223000 1979. 2. Während nach der Krise 1966/67 das Kapital wieder neue Arbeitskraft angesogen hat, sank deren Zahl nach der Krise 1974/75 weiter und hat heute ein noch nie dagewesen niedriges Niveau. 3. Dieses drückt die Tatsache aus, daß die Entwicklung der Maschinerie auf neuer technischer Basis betrieben worden ist, und so lebendige Arbeit durch Maschinerie ersetzt worden ist. Die Entwicklung des Energieverbrauchs – absolut und erst recht bezogen auf Arbeiterstunden und Arbeiter – ist nach 1974/75 drastisch gestiegen. Dieser Prozeß führte so zum Ansteigen der Arbeitslosenzahlen als auch zur Steigerung der Intensität der Arbeit. Die Kapitalisten wollen diese Entwicklung in der jetzigen Krise forcieren. Es sind objektive Tendenzen der Entwicklung des Kapitals, der die Arbeiterklasse nur durch den Klassenkampf begegnen kann. Spielraum für Klassenzusammenarbeit ist da nicht mehr drin.

Umsätze, Arbeiter und Energieverbrauch in der Industrie Schleswig-Holstein





IG-Metall-Aktion „Lohngruppe 2 muß weg" läuft an

Am 15. Dezember beginnen die Lohnrahmentarifverhandlungen

jöf. Bereits seit 1975 ist in Schleswig-Holstein die Lohngruppe 1 tarifvertraglich abgeschafft. In den Werftbetrieben gibt es auch die Lohngruppe 2 nicht mehr. Aber überall dort, wo – wie in der Elektrobranche – ungelernte Arbeitskräfte gebraucht werden, gibt es die Lohngruppe 2 noch, und es sind fast ausschließlich Frauen, die danach bezahlt werden: 7,53 DM Stundenlohn. Die Tarifkommission hat am 8. Oktober die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 aufgestellt. Weil sich von diesem Stundenlohn nicht vernünftig leben läßt und weil mit wachsender Rationalisierung die Anforderungen gestiegen sind, so daß die Tätigkeitsmerkmale der Lohngruppe 2 nicht mehr zutreffen („Einfache Arbeiten, die geringe Arbeitskenntnisse erfordern, aber ohne jegliche Ausbildung nach einer kurzen Einarbeitungszeit ausgeführt werden können und nur geringe Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit stellen").

Für die Lohngruppe 3 soll folgende Definition gelten: „Einfache Arbeiten, die nach einer systematischen Unterweisung bis zu 6 Wochen Dauer ausgeführt werden können."

Lohngruppe 2

Ergebnisse einer Umfrage im Tarifgebiet Schleswig-Holstein

Verwaltungsstellen	in Lohngr. 2 Beschäftigte
Bergedorf	10
Elmshorn	304
Flensburg	603
Kiel	1065
Lübeck	549
Neumünster	266
Rendsburg	270
Summe	2977

Die Tabelle zeigt das Ausmaß der Lohngruppe 2. In Kiel stecken besonders die Elektrokapitalisten von AEG, Siemens, Hell, Hagenuk usw. dahinter. Rund 70% der in der schleswig-holsteinischen Elektroindustrie beschäftigten Frauen und knapp 50% der im Maschinenbau beschäftigten Frauen sind noch in Lohngruppe 2.

Die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Forderungen haben sich durch die Aktionen der IG Metall verbessert. In vielen Großbetrieben Schleswig-Holsteins verhandeln die Betriebsräte schon wegen Betriebsvereinbarungen zur Streichung der Lohngruppe 2. In Flensburger Metallbetrieben wurden dafür auf Anhieb 2000 Unterschriften gesammelt. Die Lohndifferenz von männlichen zu weiblichen Industriearbeitern (jeweils Fach- und Hilfsarbeiter zusammen), wobei die Frauenhilfsarbeiterlöhne nur wenig unter den – kaum vorkommenden – Frauenfacharbeiterlöhnen liegen) nimmt zwar langsam ab, von ca. 70% Differenz in den 50er Jahren auf heute rund 51%, aber das ist immer noch happig. Diese Entwicklung deutet auch an, daß jeder stärker differenzierte Lohngruppenschlüssel den Kapitalisten Druckmittel beläßt, und zwar, weil die Steigerung der Intensität, des Anstrengungsgrades kurzer Arbeitstakte, nicht meßbar ist. Jeder weiß, die Intensität ist gestiegen, aber was das für die Eingruppierung bedeutet, darum wird es immer Kampf geben.

„Die Aktion ‚Lohngruppe 2 muß weg' dient nur einem Zwischenziel. Es wird immer eine unterste Lohngruppe geben" schreibt die IG Metall in einem Flugblatt.

AOK Lübeck erhöht Beiträge
ziert werden. IGM Vertrauenskörper
renz halbjährlich tagen zu lassen und
heime stehen, geräumt werden sollen. Diese Behelfswohnheime wurden von
Veranstaltungskalender

hörde hatte im Krankenhausbedarfsplan von 1977 festgestellt, daß die 16 Betten der Abteilung nach dem 31.12.80 nicht mehr finanziell gefördert werden sollen. Seit einem Jahr kämpft eine Bürgerinitiative für die Erhaltung der Geburtshilfe in Alsterdorf. In Alsterdorf wird seit über 2 Jahren die „natürliche Geburt" nach Lamaze und Leboyer durchgeführt, was die Anzahl der Entbindungen von 165 (1977) auf ca. 500 (1980) ansteigen ließ. Was bedeutet die natürliche Geburt nach Lamaze?

Die Geburt ist nicht mehr nur Angelegenheit der Frau; der Mann ist bei der Geburt aktiv dabei. Er unterstützt seine Frau in den Atemtechniken, die während der Kontraktionen (Wehen) durchgeführt werden, und hilft ihr, sich zwischen den Kontraktionen durch Massagen etc. zu entspannen. Das setzt voraus, daß *beide Partner* regelmäßig an einem Geburtsvorbereitungs-Kursus teilnehmen, wo die verschiedenen Techniken *gemeinsam* erlernt werden. Die Krankenkassen zahlen bisher jedoch nur für die Frau. Bisher überhaupt nicht gezahlt werden die 8 Doppelstunden Theorie über den Geburtsvorgang, die weibliche Anatomie etc., die in Alsterdorf durchgeführt werden, weil man den Teufelskreis kennt, daß Angst Verkrampfung der Muskulatur, Verkrampfung der Mus- und Saugglockengeburten neben anderen Risiken beträchtlich (nach einer Schweizer Untersuchung von 9% auf 37%). Die Lamaze-Methode gründet sich auf die Pawlowsche Theorie der bedingten Reflexe. Sie läuft darauf hinaus, geburtsbezogene negative und schmerzauslösende Reflexe abzubauen und sie durch neue, positive (Atem- und Entspannungstechniken) zu ersetzen. Die Reflexe müssen so eingeübt sein, wie z.B.: Ist die Ampel grün, Gas geben. Entwickelt haben diese „psychoprophilaktische Methode" russische Geburtshelfer nach der Oktoberrevolution. 1951 fand in Leningrad ein Kongreß statt, auf dem Lamaze anwesend war, der diese Methode anschließend in der Klinik der Metallarbeiter in Paris einführte.

Gesundheitssenatorin Helga Elstner behauptet in ihrem Antwortschreiben auf einen Offenen Brief der Bürgerinitiative: „Tatsache ist aber, daß die in Alsterdorf bevorzugten Methoden und Formen der Elternvorbereitung und Geburt auch in anderen Krankenhäusern Anwendung finden." (Staatl. Pressestelle Hamburg, 27.6.80) (Gemeint sind Barmbek und Finkenau, d. Verf.) *Das stimmt nicht!* In Barmbek finden zwar Geburtsvorbereitungskurse nach Lamaze statt, die Hebammen haben aber bisher keine Fortbildungsmöglichkeit zur Erlernung der Methode erhalten.

IG-Metall-Aktion „Lohngruppe 2 muß weg" läuft an

Am 15. Dezember beginnen die Lohnrahmentarifverhandlungen

jöf. Bereits seit 1975 ist in Schleswig-Holstein die Lohngruppe 1 tarifvertraglich abgeschafft. In den Werftbetrieben gibt es auch die Lohngruppe 2 nicht mehr. Aber überall dort, wo – wie in der Elektrobranche – ungelernte Arbeitskräfte gebraucht werden, gibt es die Lohngruppe 2 noch, und es sind fast ausschließlich Frauen, die danach bezahlt werden: 7,53 DM Stundenlohn. Die Tarifkommission hat am 8. Oktober die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 aufgestellt. Weil sich von diesem Stundenlohn nicht vernünftig leben läßt und weil mit wachsender Rationalisierung die Anforderungen gestiegen sind, so daß die Tätigkeitsmerkmale der Lohngruppe 2 nicht mehr zutreffen („Einfache Arbeiten, die geringe Arbeitskenntnisse erfordern, aber ohne jegliche Ausbildung nach einer kurzen Einarbeitungszeit ausgeführt werden können und nur geringe Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit stellen").

Für die Lohngruppe 3 soll folgende Definition gelten: „Einfache Arbeiten, die nach einer systematischen Unterweisung bis zu 6 Wochen Dauer ausgeführt werden können."

Lohngruppe 2

Ergebnisse einer Umfrage im Tarifgebiet Schleswig-Holstein

Verwaltungsstellen	in Lohngr. 2 Beschäftigte
Bergedorf	10
Elmshorn	304
Flensburg	603
Kiel	1065
Lübeck	549
Neumünster	266
Rendsburg	270
Summe	2977

Die Tabelle zeigt das Ausmaß der Lohngruppe 2. In Kiel stecken besonders die Elektrokapitalisten von AEG, Siemens, Hell, Hagenuk usw. dahinter. Rund 70% der in der schleswig-holsteinischen Elektroindustrie beschäftigten Frauen und knapp 50% der im Maschinenbau beschäftigten Frauen sind noch in Lohngruppe 2.

Die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieser Forderungen haben sich durch die Aktionen der IG Metall verbessert. In vielen Großbetrieben Schleswig-Holsteins verhandeln die Betriebsräte schon wegen Betriebsvereinbarungen zur Streichung der Lohngruppe 2. In Flensburger Metallbetrieben wurden dafür auf Anhieb 2000 Unterschriften gesammelt. Die Lohndifferenz von männlichen zu weiblichen Industriearbeitern (jeweils Fach- und Hilfsarbeiter zusammen), wobei die Frauenhilfsarbeiterlöhne nur wenig unter den – kaum vorkommenden – Frauenfacharbeiterlöhnen liegen) nimmt zwar langsam ab, von ca. 70% Differenz in den 50er Jahren auf heute rund 51%, aber das ist immer noch happig. Diese Entwicklung deutet auch an, daß jeder stärker differenzierte Lohngruppenschlüssel den Kapitalisten Druckmittel beläßt, und zwar, weil die Steigerung der Intensität, des Anstrengungsgrades kurzer Arbeitstakte, nicht meßbar ist. Jeder weiß, die Intensität ist gestiegen, aber was das für die Eingruppierung bedeutet, darum wird es immer Kampf geben.

„Die Aktion ‚Lohngruppe 2 muß weg' dient nur einem Zwischenziel. Es wird immer eine unterste Lohngruppe geben" schreibt die IG Metall in einem Flugblatt.

AOK Lübeck erhöht Beiträge um 7 Prozent

beb. Um durchschnittlich 7 Prozent, von 13 auf 13,9 Prozent, erhöht die AOK-Lübeck, der 120000 Mitglieder angehören, ab 1.1.1981 ihren Beitragssatz. Sie liegt damit an der Spitze aller AOKs in Schleswig-Holstein. Als Gründe hierfür werden genannt: der hohe Rentneranteil von 40 Prozent aller Mitglieder, die teuren Krankenhausbetten (235,35 DM ist zur Zeit der Pflegesatz an der MLH), die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in Lübeck (1980 gab es 27 Betriebseinstellungen und Konkurse von zum Teil größeren Betrieben) sowie der überdurchschnittliche Krankenstand. Deutlich wird die schädliche Auswirkung der Zersplitterung der Krankenkassen, die dazu führt, daß vor allem besser verdienende Angestellte zu den Ersatz- und Privatkassen gehen, während die gesetzliche Krankenkasse alle versichern muß, z.B. auch die Rentner, die ja keine Einnahmen bringen. Zutage tritt auch der schädliche Zustand, daß die Versicherungskosten nicht ausschließlich von den Kapitalisten bzw. dem Staat gezahlt werden, die die Arbeitskraft ja verschleißen.

Belegschaft von AEG N4 gegen Streichung des Ruhegeldes

edd. Der AEG-Vorstand beabsichtigt die Ruhegeldregelung im gesamten Konzern im Rahmen seiner Profitsanierung zu streichen. Das Ruhegeld ist ein Zuschuß zur Rente, die die AEG aufgrund einer Betriebsvereinbarung für langjährige Belegschaftmitglieder zahlen muß. Dieses soll auf ⅓ reduziert werden. IGM Vertrauenskörper und Betriebsrat sammelten für die zentralen Verhandlungen am 17.12. an zwei Tagen in allen Werksteilen von AEG N4 rund 1500 Unterschriften, im Werk Industriestraße alleine rund 800 dagegen. Die Mehrheit der Abteilungen, die erreicht wurden, haben zu hundert Prozent unterschrieben, um ihren Widerstand gegen die Pläne von Dürr zum Ausdruck zu bringen. Der Betriebsrat hatte Dürrs Pläne bereits auf der Betriebsversammlung angegriffen und enthüllt.

IGM Tarifkommissionen beschließen diese Woche

edd. Die Aufstellung der Forderungen in den Hamburger Metallbetrieben ist weiter fortgeschritten. Bei HDW fanden Abteilungsversammlungen statt. So forderte die Bordmontage 250 DM Festgeld. Der Vertrauenskörper von HDW faßte alle Forderungen zusammen und beschloß 125 DM plus 5%. Kolbenschmidt: 210 DM; Daimler Benz 6% plus 150 DM, CHF Müller 120 DM plus 2,5%. Die Hamburger Tarifkommission tritt am 15.12. nochmals zusammen, um eine gemeinsame Linie für den endgültigen Beschluß im Nordverbund am 17.12. zu finden.

ÖTV-Jugendvertreter beschliessen enger Zusammenarbeit

kas. Am 4. Dezember führte die ÖTV-Jugend Hamburg eine Konferenz für alle Jugendvertreter in ihrem Organisationsbereich durch. Ein Beschluß forderte den Bezirksjugendausschuß der ÖTV auf, eine Jugendvertreterkonferenz halbjährlich tagen zu lassen und in der Zwischenzeit eine Jugendvertreterkommission einzurichten, die sich aus den Vorsitzenden der Jugendvertretungen (JV), wenn sie Mitglied der ÖTV sind, zusammensetzen soll. In einer Arbeitsgruppe wurde ein Arbeitsplan für diese Kommission erarbeitet.

Für die Verlängerung des 6-semestrigen Studiengangs

thw. Die rund 1300 Studenten der Hochschule für Wirtschaft und Politik sind am 5.12. in den unbefristeten Streik getreten, um die Finanzierung eines 3-semestrigen Modellstudiengangs, der sich an das 6-semestrige Studium anschließen soll, durch den Hamburger Haushalt durchzusetzen. Der neue Studiengang soll am 1. April 81 beginnen; nach Angaben eines Sprechers der Studenten hat die Bund-Länder-Kommission bereits 50% der erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Studienganges zugesagt. Die weitere Hälfte, die vom Hamburger Senat bezahlt werden müßte, taucht in dem Haushaltsplan für 1981 allerdings nicht auf. 50 Studenten haben am letzten Donnerstag mit einem Marsch zur Finanzbehörde ihre Forderung bekräftigt. Bis zum Januar soll der Senat seine verbindliche Zusage geben.

Neue Hafenerweiterungspläne

cld. Der Hamburger Senat hat seine neuesten Pläne zur Hafenerweiterung bekanntgegeben. Danach sollen über Moorwerder hinaus auch große Teile von Francop jetzt in die unmittelbare Planung einbezogen werden. Weiter wurde bekannt, daß Flächen in Neuland, auf denen jetzt noch Schrebergärten und sogenannte Behelfswohnheime stehen, geräumt werden sollen. Diese Behelfswohnheime wurden von ihren Eigentümern nach dem Krieg auf Schrebergärtengrundstücken aufgebaut. Sie waren damals ein wichtiges Mittel zur Milderung der Wohnungsnot. Mittlerweile wurden sie von ihren Bewohnern zu festen Häusern ausgebaut. Schon seit langem sind diese Bauten den Kapitalisten ein Dorn im Auge. Sie drücken zum Teil die Mieten, weil sie relativ billig sind, und sitzen auf Grundstücken, die von ihnen für ihre Fabriken gut genutzt werden können. Im Gebiet Neuland soll ein Binnenschiffhafen gebaut werden, der vor allem Umschlagplatz für Massengüter werden soll. Die Bewohner haben gegen diese Pläne protestiert.

Kopiererfertigung eingestellt! 200 Arbeiter entlassen!

Letzte Woche (am 11.12) gab die Geschäftsleitung der Olympia-Werke in Wilhelmshaven (Teil des AEG-Konzerns) bekannt: Die Kopiergerätefertigung wird eingestellt. 200 von 500 Arbeitern werden entlassen. 300 Arbeiter sollen Fremdaufträge japanischer Firmen ausführen. Begründung: die japanische Konkurrenz stellt Kopiergeräte zu wesentlich günstigeren Preisen her. Ab sofort verkauft Olympia Kopiergeräte eines „potenten japanischen Herstellers". Parallelen zur Pelikan-Informationstechnik (Lumoprint, Roto, Züfra) drängen sich auf. Ein japanisches Gerät und etliche japanische Technologie wird bereits verkauft. Über Pläne, aus dem Werk Lumoprint einen reinen Montagebetrieb (plus Zentrallager) zu machen, gibt es Gerüchte.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 17.12.1980

Hamburg: Sitzung der Musikgruppe. Debatte über Lenins „Die Aufgabe der Jugendverbände" und der Artikel „Über die politische Bedeutung der Musik" (Kommunismus und Klassenkampf 12/80). 19 Uhr, Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer.

Freitag, 19.12.1980

Kiel: Diskussionsveranstaltung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung zum Thema Gewerkschaften. Gaststätte „Zum Fürsten" (beim Arbeitsamt), 20 Uhr.

Sonntag, 21.12.1980

Brokdorf, Haupttor des Bauplatzes des AKW: Demonstration der Bürgerinitiativen BUU Brokdorf, Wewelsfleth, Brunsbüttel, Heide, Borsfleth, Wilster, Elmshorn, Itzehoe u.a. gegen die drohende 2. Teilerrichtungsgenehmigung. (Die Demonstration wird u.a. unterstützt vom Plenum der autonomen BUU Hamburg, dem BWK, dem KBW.) Anfahrt über die B5

Dienstag, 30.12.1980

Kiel: Silvesterveranstaltung des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung mit kulturpolitischem Programm. Ort wird noch bekannt gegeben, 19 Uhr.

Käthe Kollwitz: Mit künstlerischen Mitteln gegen Ausbeutung und Krieg

Käthe-Kollwitz-Ausstellung im Hamburger Kunstverein

sis. Käthe Kollwitz wurde am 8. Juli 1867 in Königsberg geboren. Sie selbst sagt von sich, daß sie schon durch die politische Einstellung ihres Vaters, Bruders, ihres späteren Mannes Karl Kollwitz und deren Freunde auf den Sozialismus hingewiesen wurde. Der Vater ermöglichte ihr einen ersten Kunstunterricht bei einem Kupferstecher; in ihrer Freizeit wanderte sie durch die Straßen ihrer Stadt, wobei sie besonders der Hafen und die Hafenarbeiter fesselten. ,,Das Proletariat war für mich eben schön. Der Proletarier in seiner typischen Erscheinung reizte mich zur Nachbildung ..."

Nach wechselnden Studien in Berlin, ihrer Heimatstadt Königsberg und München übersiedelte sie mit ihrem Mann nach Berlin, wo dieser eine Praxis als Kassenarzt (auch: ,,Armenarzt") eröffnete. Durch die Arbeit ihres Mannes kam sie zum ersten Mal mit dem Berliner Industrieproletariat in Berührung: ,,... erst später, als ich Not und Elend der Arbeiter durch nahe Berührung wirklich kennenlernte, verband sich damit zugleich ein Verpflichtungsgefühl, ihnen mit meiner Kunst zu dienen." Und ,,Ohne jeden Reiz waren mir Menschen aus dem bürgerlichen Leben. Das ganze bürgerliche Leben erschien mir pedantisch. Dagegen einen großen Wurf hatte das Proletariat. Erst viel später, als ich besonders durch meinen Mann die Schwere und Tragik der proletarischen Lebenstiefe kennenlernte, als ich Frauen kennenlernte, die beistandsuchend zu meinem Mann und nebenbei auch zu mir kamen, erfaßte mich mit ganzer Stärke das Schicksal des Proletariats ..."

1892 hinterließ bei ihr die Uraufführung der ,,Weber" von Gerhard Hauptmann einen sehr großen Eindruck. In den folgenden Jahren schuf sie ihre sechs Weberblätter, drei Lithographien und drei Radierungen. In diesen Bildern zeigt sie Not und Elend, aber auch Entschlossenheit und Kampfeswillen der Arbeiter. Wenn man ihr ganzes Werk betrachtet, sind jedoch weniger Arbeiten zu finden, die direkt zum Kampf ermutigen, als vielmehr Anklagen gegen Armut, Hunger und Krieg. Viele ihrer Arbeiten wirken düster, verzweifelt, die Darstellung des ungeheuren Elends von zwei Kriegen schien ihr bereits Anklage genug.

Sie selbst verlor im ersten Weltkrieg ihren Sohn Peter, im zweiten Weltkrieg den Enkel. Das Abschlachten so vieler junger Menschen war ihr deswegen besonders entsetzlich. Zwar sah sie sich nicht als Kämpferin, sondern als Mahnerin zum Frieden, aber sie stand immer klar auf der Seite der Arbeiter, der Unterdrückten und Armen. Sie betonte, daß sie keine Kommunistin sei, jedoch die Größe der russischen Revolution bewunderte und die Kommunisten um ,,die Glut ihres Glaubens" oft beneidete. 1918 schrieb sie: ,,Gegen das, was man erwartet, ist das, was die Sozialdemokratie gegeben hat, dürftig. Und nun kommt der Kommunismus – in dem unbestreitbar eine Idee liegt – und zieht die Menschen dieser Idee wegen an sich ... es ist mir furchtbar schwer, Stellung zu nehmen. Gewählt habe ich mehrheitssozialistisch, aber doch wünschte ich sehr, die Regierung gäbe mehr. Dazu kamen hier die Tage, in denen Liebknecht und Rosa Luxemburg auf die niederträchtigste, empörendste Weise ermordet wurden."

Noch am Begräbnistag früh machte sie eine Zeichnung von Karl Liebknecht. Sie arbeitete danach an einem Gedenkblatt für den Ermordeten und wählte nach vielen Versuchen dafür die Technik des Holzschnitts. Den Holzstock von dieser Arbeit stellte sie der Arbeiter-Kunstausstellung zur Verfügung, damit durch den Verkauf vieler Hunderte von Holzschnitten für ein paar Mark pro Abzug weitere Kollektivausstellungen finanziert werden konnten. Sie hat eine Reihe von humanitären Flugblättern und Plakaten hergestellt, darunter z.B. für den Internationalen Gewerkschaftsbund die große Lithografie ,,Die Mütter" als Antikriegsplakat, ein Plakat für die KPD gegen den Abtreibungsparagraphen 218, Bildbeiträge für Flugblätter und für die Arbeiter Illustrierte Zeitung. 1933 nahm sie an einer Plakataktion gegen den Nationalsozialismus teil, es war ein Aufruf zum Zusammengehen von SPD und KPD für den bevorstehenden Wahlkampf. Die Darstellung dazu entstand bereits 1931/32.

1944, ein Jahr vor ihrem Tode, schrieb sie an Freunde über den Krieg: ,,... Darum bin ich mit ganzem Herzen für einen radikalen Schluß dieses Irrsinns und erwarte nur von dem Weltsozialismus etwas.'



Gedenkblatt für Karl Liebknecht 1919/20



,,Solidarität" - Hiermit sollte der Widerstand gegen den aufkommenden Nationalsozialismus unterstützt werden. (1931/32)

Zunahme der legalen Abtreibungen seit Mitte 1976

,,Neue Heimat" als Bodenspekulant

Kunst zu dienen." Und ,,Ohne jeden Reiz waren mir Menschen aus dem bürgerlichen Leben. Das ganze bürgerliche Leben erschien mir pedantisch. Dagegen einen großen Wurf hatte das Proletariat. Erst viel später, als ich besonders durch meinen Mann die Schwere und Tragik der proletarischen Lebenstiefe kennenlernte, als ich Frauen kennenlernte, die beistandsuchend zu meinem Mann und nebenbei auch zu mir kamen, erfaßte mich mit ganzer Stärke das Schicksal des Proletariats ..."

1892 hinterließ bei ihr die Uraufführung der ,,Weber" von Gerhard Hauptmann einen sehr großen Eindruck. In den folgenden Jahren schuf sie ihre sechs Weberblätter, drei Lithographien und drei Radierungen. In diesen Bildern zeigt sie Not und Elend, aber auch Entschlossenheit und Kampfeswillen der Arbeiter. Wenn man ihr ganzes Werk betrachtet, sind jedoch weniger Arbeiten zu finden, die direkt zum Kampf ermutigen, als vielmehr Anklagen gegen Armut, Hunger und Krieg. Viele ihrer Arbeiten wirken düster, verzweifelt, die Darstellung des ungeheuren Elends von zwei Kriegen schien ihr bereits Anklage genug.

knecht. Sie arbeitete danach an einem Gedenkblatt für den Ermordeten und wählte nach vielen Versuchen dafür die Technik des Holzschnitts. Den Holzstock von dieser Arbeit stellte sie der Arbeiter-Kunstausstellung zur Verfügung, damit durch den Verkauf vieler Hunderte von Holzschnitten für ein paar Mark pro Abzug weitere Kollektivausstellungen finanziert werden konnten. Sie hat eine Reihe von humanitären Flugblättern und Plakaten hergestellt, darunter z.B. für den Internationalen Gewerkschaftsbund die große Lithografie ,,Die Mütter" als Antikriegsplakat, ein Plakat für die KPD gegen den Abtreibungsparagraphen 218, Bildbeiträge für Flugblätter und für die Arbeiter Illustrierte Zeitung. 1933 nahm sie an einer Plakataktion gegen den Nationalsozialismus teil, es war ein Aufruf zum Zusammengehen von SPD und KPD für den bevorstehenden Wahlkampf. Die Darstellung dazu entstand bereits 1931/32.

1944, ein Jahr vor ihrem Tode, schrieb sie an Freunde über den Krieg: ,,... Darum bin ich mit ganzem Herzen für einen radikalen Schluß dieses Irrsinns und erwarte nur von dem Weltsozialismus etwas.'



,,Solidarität" - Hiermit sollte der Widerstand gegen den aufkommenden Nationalsozialismus unterstützt werden. (1931/32)

Zunahme der legalen Abtreibungen seit Mitte 1976

PRO FAMILIA und AWO wollen in Hamburg ein Familienplanungszentrum errichten

are. ,,Um es" (Zwangsgesetz § 218, d. Verf.) ,,voll zur Anwendung zu bringen, ist das Gesetz der Zwangsberatung und Bevormundung ausgedehnt worden. Es hat sich als brauchbarer Halt erwiesen für die Fallstricke des ,,Netzes der sozialen Geborgenheit", in dem sich die Massen fangen sollen. Hineingetrieben werden müssen sie jedoch mit dem Polizeiknüppel." Dieses Zitat stammt aus dem Aufruf der Komitees gegen den § 218 zum 1. Mai 1977, also knapp einem Jahr nach Inkrafttreten der Neufassung des §218 auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. Februar 1975, in dem das Gericht die Fristenlösung verhindert wurde. In der Neufassung des § 218 Abschnitt b wurde der Besuch einer vom Staat anerkannten Beratungsstelle zur Bedingung für den Abbruch einer Schwangerschaft gemacht. Der KBW und die Komitees gegen den § 218 erklärten diese Beratungsstellen kurzum zu ,,allumfassenden Spitzeldienststellen" (s. ,Ausbau der Unterdrückung durch den §218', Dokumentation der Komitees und Initiativen gegen den § 218, Feb. 1978) und damit zum Hauptangriffsziel.

Die Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung PRO FAMILIA und die Arbeiterwohlfahrt haben jetzt beim Hamburger Senat Haushaltsmittel in Höhe von 577600 DM beantragt, um in Hamburg ein Familienplanungszentrum zu errichten, in dem auch Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden können. In Hamburg gibt es zur Zeit 7 Beratungsstellen, die von PRO FAMILIA betrieben werden. Diesbezüglich stellte ein Abgeordneter der CDU eine Kleine Anfrage an den Hamburger Senat. In der Antwort wird ein Überblick gegeben, der eine Beurteilung der Folgen seit dem Inkrafttreten des neuen § 218 für Hamburg zuläßt. In den Hamburger Krankenhäusern wurden 1975: 16336; 1976: 16874; 1977: 16268; 1978: 16047 und 1979: 16080 Kinder geboren. Die Zahlen blieben verhältnismäßig konstant. Bei den Schwangerschaftsabbrüchen sieht diese Entwicklung anders aus und zwar 1975: 2321 und im 1. Halbjahr 1976: ca. 9oo; am 21.6.76 trat der neue § 218 in Kraft und im 2. Halbjahr 1976 wurden bereits 2804; 1977: 6857; 1978: 7916 und 1979: 7583 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Die Zahlen für 1980 lagen noch nicht vor. In der untenstehenden Tabelle sind die Gründe der Abbrüche nach dem § 218 Abschnitt a aufgeführt. Auffallend ist die starke Zunahme bei der ,,sozialen Notlage" und der Rückgang bei der Allgemeinmedizinischen Indikation. Der größte Teil der Eingriffe wird in den Krankenhäusern vorgenommen, seit 1977 können sie auch in zugelassenen Arztpraxen durchgeführt werden, 1979 betrug der Anteil 31%. Bei PRO FAMILIA wurden von 1978 – 1980 jährlich ca. 12000 Beratungen durchgeführt, die Zahlen für die anderen Beratungsstellen liegen nicht vor.

Angesichts dieser Entwicklung wird es nicht richtig gewesen sein, die Beratungsstellen zum Hauptangriffsziel zu erklären. Es soll hier nicht darum gehen, dem § 218 etwas Positives abzugewinnen, sondern unsere Politik dagegen zu untersuchen. Die ersatzlose Streichung des § 218 muß weiter gefordert werden.

Schwangerschaftsabbrüche nach Begründung des Abbruchs

Abbruchsgrund	1976* absol.	%	1977 abs.	%	1978 abs.	%	1979 abs.	%
Allgem.mediz.	1542	55,0	2283	33,3	2106	26,9	2221	29,3
Psychiatrisch	286	10,2	460	6,7	325	4,1	288	3,8
Eugenisch	87	3,1	267	3,9	245	3,1	273	3,6
Kriminologisch	3	0,1	7	0,1	24	0,3	6	0,1
Soziale Notlage	880	31,4	3785	55,2	5105	64,2	4666	61,5
Unbekannt	6	0,2	55	0,8	111	1,4	129	1,7
Insgesamt	2804	100,0	6857	100,0	7916	100,0	7583	100,0

Quelle: Antwort des Senats auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Kampf v. 9.12.80. Drucksache 9/2758 / * 2. Halbjahr

,,Neue Heimat" als Bodenspekulant

Profite durch Wohnraumvernichtung

jos. Das Wohnungsbauunternehmen ,,Neue Heimat" (NH) gehört dem DGB und seinen 13 Einzelgewerkschaften.

1924 gründeten Gewerkschafter die ,,Deutsche Wohnungsfürsorge", die dann von den Nazis unter dem Namen ,,Neue Heimat" in die Deutsche Arbeitsfront eingereiht wurde. Erst 1950 gaben die Westmächte die NH den Gewerkschaften zurück. In den letzten dreißig Jahren hat sich das Unternehmen zu einem Konzern mit ca. fünfzig Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im In- und Ausland entwickelt, der die privatwirtschaftliche Konkurrenz mit jährlich rund fünf Milliarden Umsatz weit in den Schatten stellt.

Seit Gründung der ,,Neue Heimat Kommunal" (1964) und ,,Neue Heimat Städtebau" (1969) werden von dem Unternehmen auch Eigentumswohnungen, Büro - Silos, Krankenhäuser, Universitäten und Nobelhotels errichtet. Die ,,Neue Heimat International" läßt Ferienhäuser, Wohnungen und Appartements in aller Welt bauen.

Das Selbstverständnis des Unternehmens wird von einem Sprecher der Geschäftsführung so beschrieben: ,,Als gewerkschaftseigenes Unternehmen fühlt sich die Neue Heimat den Grundsätzen des DGB ebenso verpflichtet wie der Prämisse, breiten Bevölkerungsschichten eine angemessene Wohnung in menschlicher Umgebung zu schaffen." Arbeitsschwerpunkte bilden der soziale Wohnungsbau, Modernisierung vorhandenen Wohnraums, sowie die Errichtung von Eigentumswohnungen und Eigenheimen. Doch der soziale Anspruch des Konzerns ist baufälliger als die Sanierungsprojekte, die Wohnungssuchenden oftmals unter den Füssen weggeplaniert werden.

Profitinteressen beherrschen die Geschäftspolitik der NH, das beweist das Unternehmen gerade in Kiel: 1969 kaufte sich die NH mit großem Kapitalaufwand in das Sanierungsgebiet am Sophienblatt ein und spekulierte auf eine baldige Neubebauung mit Banken und Bürohochhäusern. Doch die notwendige Anerkennung des Sanierungsgebiets durch das Land verzögerte sich, der geplanten Neubebauung hat das Land bis heute nicht zugestimmt. Seit mehr als zehn Jahren sitzen nun die Stadt Kiel und NH auf ihren Grundstücken und müssen jährlich Millionenbeträge allein an Zinsen für das brachliegende Kapital aufbringen. Um die Verluste dieser mißglückten Spekulation wieder hereinzuholen, müssen sich die Grundstückspreise dermaßen erhöhen, daß es unmöglich wird, dort ,,angemessene Wohnungen in menschlicher Umgebung" zu bauen.

Durch die Wohnungsnot in Kiel gezwungen und um auf drohende Wohnraumvernichtung aufmerksam zu machen, hat die ,,Initiative Schöner Wohnen" ein Spekulationsobjekt der NH besetzt und macht es wieder bewohnbar. Die NH hat bisher zwei Aufforderungen an die Hausbesetzer geschickt, das Gebäude zu verlassen; mündlich hat sie zugesichert, das Gebäude nicht räumen zu lassen, solange verhandelt wird. Zu Verhandlungen ist die NH bisher allerdings noch nicht erschienen.

„Vereinigte Linke“ gewann bei Kommunalwahlen in Peru wichtige Sitze

mow. Am 23. November fanden in Peru die Kommunalwahlen statt. Die „Isquierda Unida“ (Vereinigte Linke) hat 1,2 Mio. von 4 Mio. Stimmen gewonnen (ca. 30%). Die Regierungspartei hat im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Mai 8% der Stimmen verloren. Den größten Rückschlag hat aber die bürgerliche Partei APRA, die bei den Parlamentswahlen zweitstärkste Fraktion geworden war, mit nur 17% der Stimmen erlitten und liegt damit auf dem letzten Platz. Die „Isquierda Unida“ wurde von 6 Organisationen, darunter die UNIR, die PCR und die UDP, gebildet. Zu den Parlamentswahlen hatten die Linken dagegen mit 5 verschiedenen Listen kandidiert.

Die Kommunalwahlergebnisse zeigen einen Fortschritt des peruanischen Volkes in seinem Kampf für bessere Lebensbedingungen und gegen die Regierungsmaßnahmen. Im Stadtrat von Lima hat die „Isquierda Unida“ 11 Sitze gewonnen gegenüber 14 Sitzen der Partei Belaundes, des Staatspräsidenten, 8 Sitzen der PPC (Christliche Volkspartei, die mit der Partei Belaundes eine Koalition gebildet hat) und 6 Sitzen der APRA. Gleichzeitig hat die „Isquierda Unida“ in Lima 7 Stadtteile gewonnen. Unter anderem ATE, San Martin de Porras, Comas und El Agustino, wo der größte Teil der Bewohner Arbeiter, Unterbeschäftigte und Arbeitslose sind.

In ganz Peru hat die „Vereinigte Linke“ in mindestens 8 von 24 „Concegas Provinciales“ (Provinzräten) die Mehrheit gewonnen. Darunter im Süden Perus Arequipa (bisher eine Bastion Belaundes), Moquegua und Puna.

Die Isquierda Unida“ hat wichtige Sitze gewonnen, um die Kämpfe des Volkes besser führen zu können. Das sind vor allem die Kämpfe für Wasser- und Elektrizitätsversorgung in den Elendsstadtteilen, Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen für die bei den Gemeinden Beschäftigten, Durchführung von „Cabidos Abiertos“ (öffentliche Versammlungen), Anerkennung der demokratischen Massenorganisationen, die von den Bewohnern der Stadtteile gebildet werden, und der „Rondas Campesinas“, der Verteidigungsorganisation der Bauern.



Einige Daten zu den Ländern Mittelamerikas:
Guatemala:
109000 qkm, 6,62 Mio. Einwohner (45% Indios, 21% Mischlinge, 1% Weiße, Rest Neger, Ladinos), 37% leben in den Städten. Besitzverteilung auf dem Land (1964): 75% der Betriebe verfügen über 12% der Landfläche und sind durchschnittlich unter 3,5
Bruttosozialprodukt (1978): 2,8 Mrd. US-Dollar
Anteil der Wirtschaftszweige am BSP in %: Landwirtschaft 21, Industrie 21, Handel 24, Öffentliche Verwaltung 9,5 (1977).
Honduras:
112000 qkm, 3,6 Mio. Einwohner (Ladinos 90%, Indios 7%, Neger 2%, Weiße 1%),



Einige Daten zu den Ländern Mittelamerikas:

Guatemala:
109000 qkm, 6,62 Mio. Einwohner (45% Indios, 21% Mischlinge, 1% Weiße, Rest Neger, Ladinos), 37% leben in den Städten.
Besitzverteilung auf dem Land (1964): 75% der Betriebe verfügen über 12% der Landfläche und sind durchschnittlich unter 3,5 ha groß. 0,2% der Betriebe verfügen über 36% der Landfläche und sind größer als 450 ha.
Landwirtschaftliche Produktion: Zuckerrohr, Mais, Bananen, Kaffee, Baumwolle.
Ausfuhrprodukte in %: Kaffee 39, Baumwolle 12, Bananen 5 (1978)
Haupthandelsländer: Einfuhr (%): USA 37, Japan 11, Venezuela 8, BR Deutschland 7, El Salvador 7. Ausfuhr: USA 35, El Salvador 11, BR Deutschland 11, Japan 8, Costa Rica 8.
Öffentliche Verschuldung (1979): 974 Mio. US-Dollar, davon 340 Mio. Auslandsschulden.
Bruttosozialprodukt (1978): 6 Mrd. US-Dollar
Anteil der Wirtschaftszweige am BSP in %: Landwirtschaft 25, Industrie 19, Dienstleistungen 46, Bergbau 0,2 (1978)

El Salvador:
21000 qkm, 4,35 Mio. Einwohner (1978) (Ladinos 70%, Indios 10–15%, Weiße 5–10%), 40% leben in den Städten.
Besitzverteilung auf dem Land (1971): 49% der Betriebe verfügen über 5% der Landfläche und sind unter 1 ha groß, 1,5% der Betriebe verfügen über 49% der Landfläche und sind größer als 50 ha.
Landwirtschaftliche Produktion: Zuckerrohr, Mais, Sojabohnen, Sorghum, Baumwolle, Kaffee.
Ausfuhrprodukte in %: Kaffee 34, Baumwolle 16; außerdem Gold, Zucker,ä chemische Produkte.
Haupthandelsländer: Einfuhr (%): USA 29, Guatemala 15, Japan 10, Venezuela 7, BR Deutschland 6. Ausfuhr: USA 33, BR Deutschland 14, Guatemala 14, Niederlande 8, Japan 8 (1978).
Öffentliche und private Auslandsverschuldung: 522 Mio. US-Dollar (1978).
Bruttosozialprodukt (1978): 2,8 Mrd. US-Dollar
Anteil der Wirtschaftszweige am BSP in %: Landwirtschaft 21, Industrie 21, Handel 24, Öffentliche Verwaltung 9,5 (1977).

Honduras:
112000 qkm, 3,6 Mio. Einwohner (Ladinos 90%, Indios 7%, Neger 2%, Weiße 1%), 31% leben in den Städten.
Landwirtschaftliche Produktion: Zuckerrohr, Bananen, Kaffee.
Ausfuhrprodukte in %: Kaffee 35, Bananen 23 (1978)
Haupthandelsländer: Einfuhr (%): USA 44, Japan 9, Guatemala 6, BR Deutschland 5. Ausfuhr: USA 57, BR Deutschland 12, Guatemala 4 (1976)
Öffentliche Verschuldung (1978): 680 Mio. US-Dollar, davon 481 Mio. Auslandsschulden.
Bruttosozialprodukt: 1,65 Mrd. US-Dollar (1978)

Costa Rica:
51000 qkm, 2,16 Mio. Einwohner (95% Weiße und Ladinos, 4% Neger, 0,3% Indios), 41% leben in den Städten.
Landwirtschaftliche Produktion: Zuckerrohr, Bananen, Kaffee, Reis, Mais
Haupthandelsländer: USA, Japan, BR Deutschland, Guatemala.
Ausfuhrprodukte: Kaffee, Bananen.
Öffentliche und private Auslandsverschuldung: 2 Mrd. US-Dollar
Bruttosozialprodukt: 3,3 Mrd. US-Dollar (1978)

Nicaragua:
130000 qkm, 2,5 Mio. Einwohner.
Bruttosozialprodukt: 2,1 Mrd. US-Dollar (1978)

Panama:
76000 qkm, 1,9 Mio. Einwohner.
Bruttosozialprodukt: 2,4 Mrd. US-Dollar (1978)

Belize:
23000 qkm, 153000 Einwohner.
Bruttosozialprodukt: 110 Mio. US-Dollar (1978)

„Dicker Knüppel“ und „Zimbabwe-Lösung“

Die Politik des US-Imperialismus in Mittelamerika

bew. Die „Haltet-den-Dieb“-Methode ist bei Ganoven aller Art ein gern benutztes Mittel, das Interesse von sich abzulenken, um sich aus dem Staub zu machen oder um ungestörter den Räubereien weiter nachgehen zu können. Immer wenn die US-Imperialisten in ihrer Außenpolitik mit eben jenem Ruf von sich ablenken wollten, diente er nie dazu, sich zurückzuziehen, sondern immer dazu, um um so kräftiger draufzuhauen. Eine Gruppe von hohen Regierungsbeamten des US-Außen- und Verteidigungsministeriums, des Nationalen Sicherheitsrats und des CIA haben Mitte November eine Studie zu Mittelamerika und speziell zur Lage in El Salvador vorgelegt, die vergangene Woche an die Öffentlichkeit kam und in der wieder einmal versucht wird, Spuren zu verwischen und gleichzeitig einen größeren Coup vorzubereiten. Wenn in der Studie kritisiert wird, daß die USA ihre Interessen in Mittelamerika mit dem Schicksal „instabiler, unpopulärer und international isolierter Regimes“ gleichgesetzt hätten, so ist das mehr als höhnisch. Denn keines dieser „instabilen, unpopulären und international isolierten Regime“ ist nicht mit Billigung und meist auch mit direkter Waffenhilfe der US-Imperialisten an die Macht gekommen, weder die Führer der ultrarechten Militärdiktaturen in Guatemala und Honduras noch das Militärregime in Panama oder die Regierungsjunta aus Militärs und Zivilisten in El Salvador, erst recht nicht der im vergangenen Jahr gestürzte nicaraguanische Diktator Somoza. Mit Ausnahme der Regierungen in Panama und Costa Rica, die außenpolitisch eine teils blockfreie, teils westlich orientierte Politik betreiben und innenpolitisch Zugeständnisse an die Bauern- und Arbeiterbewegung machen, wäre keine der „geschmähten“ Regierungen länger an der Macht, wenn die Stützung durch den US-Imperialismus aufhören würde.

Für El Salvador, dem gegenwärtigen Brennpunkt des bewaffneten Kampfes der Völker Mittelamerikas, schlägt die Expertenstudie der US-Regierung eine „Zimbabwe-Lösung“ vor, worunter die Verfasser verstehen: Anerkennung der Oppositionsbewegung FDR als politische Kraft und Initiierung von Verhandlungen zwischen Opposition, Militärs und Regierungsjunta, die Distanzierung der USA von den Greueltaten der Militärs und rechten Terrororganisationen und Stopp der Waffenlieferungen an die Junta. Sie warnt vor einer militärischen Intervention, die von seiten des US-Verteidigungsministeriums vorbereitet wird. (Einen ähnlichen Kurs verfolgen die westeuropäischen Imperialisten und vor allem die Sozialistische Internationale.) Neu sind diese Vorschläge nicht, Im Juli sind sie in weitgehend identischer Form schon in

die Führer der ultrarechten Militärdiktaturen in Guatemala und Honduras noch das Militärregime in Panama oder die Regierungsjunta aus Militärs und Zivilisten in El Salvador, erst recht nicht der im vergangenen Jahr gestürzte nicaraguanische Diktator Somoza. Mit Ausnahme der Regierungen in Panama und Costa Rica, die außenpolitisch eine teils blockfreie, teils westlich orientierte Politik betreiben und innenpolitisch Zugeständnisse an die Bauern- und Arbeiterbewegung machen, wäre keine der „geschmähten“ Regierungen länger an der Macht, wenn die Stützung durch den US-Imperialismus aufhören würde.

Für El Salvador, dem gegenwärtigen Brennpunkt des bewaffneten Kampfes der Völker Mittelamerikas, schlägt die Expertenstudie der US-Regierung eine „Zimbabwe-Lösung“ vor, worunter die Verfasser verstehen: Anerkennung der Oppositionsbewegung FDR als politische Kraft und Initiierung von Verhandlungen zwischen Opposition, Militärs und Regierungsjunta, die Distanzierung der USA von den Greueltaten der Militärs und rechten Terrororganisationen und Stopp der Waffenlieferungen an die Junta. Sie warnt vor einer militärischen Intervention, die von seiten des US-Verteidigungsministeriums vorbereitet wird. (Einen ähnlichen Kurs verfolgen die westeuropäischen Imperialisten und vor allem die Sozialistische Internationale.) Neu sind diese Vorschläge nicht, Im Juli sind sie in weitgehend identischer Form schon in

der für die Richtung der US-Außenpolitik wichtigen Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht worden, und die Regierung Carter versucht seit einiger Zeit verzweifelt, sowohl durch weitere Aufstockung der Militärhilfe an die Junta und der Vorbereitung einer militärischen Intervention zugunsten der Junta als auch durch Einflußnahme auf den bürgerlichen Flügel in der Oppositionsbewegung ein „zweites Nicaragua“ zu verhindern. Auch wenn die US-Waffenhilfe jetzt bis zur Aufklärung der Morde an drei nordamerikanischen Nonnen und einer Sozialarbeiterin in El Salvador vorübergehend eingestellt ist, gibt es keine Anzeichen, daß der US-Imperialismus die Unterstützung der Junta einstellt, sondern eher, daß er verstärkt und vor allem auch selbst direkt wieder zu einer Politik des „dicken Knüppels“ greifen wird, die seit jeher bis auf kurze Zeiträume die Maxime der Politik der US-Imperialisten in dieser Region war.

„Sprecht sanft und habt immer einen dicken Knüppel bei euch, und ihr werdet es weit bringen“, so hatte Theodore Roosevelt Anfang dieses Jahrhunderts die Prinzipien der US-Außenpolitik zusammengefaßt und für den US-Imperialismus in einem Anhang zur Monroe-Doktrin „Polizeifunktion“ für die gesamte westliche Hemisphäre beansprucht. Die Völker Mittelamerikas und der Karibik waren jene, die zuerst und am häufigsten diesen „dicken Knüppel“ in Form von militärischen Interventionen und Besetzungen zu spüren bekamen: 1895 Kuba, 1901 Panama, 1903 Honduras, 1904 Dominikanische Republik, 1904–1914 Panama, 1906–1909 Kuba, 1909 Honduras, 1909/10 Nicaragua, 1911/12 Honduras, 1912 Kuba, 1912–1915 Nicaragua, 1915 Haiti, 1917–1933 Kuba, 1919 Costa Rica, 1919 Honduras, 1920 Guatemala. In jener Zeit setzten die US-Imperialisten von ihnen abhängige Dikataturen ein, deren Regime noch teilweise bis heute reicht, wie in El Salvador, oder Somozas blutige Herrschaft in Nicaragua, die letztes Jahr zerbrochen wurde. Mit den Militärinvasionen und vom US-Imperialismus gesteuerten Militärputschs wurden die Länder den großen US-Konzernen geöffnet, die die nationale Wirtschaft zerstörten und die Gebiete in riesige Bananen- und Kaffeeplantagen verwandelten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die Völker teilweise von dem Joch der Militärdiktaturen befreien konnten, schickten die US-Imperialisten ihre Geheimdienste und von ihnen ausgebildete Söldner, um sich ihren „Hinterhof“ sicherzuhalten, wie 1954 bei dem Putsch in Guatemala. In der Folgezeit wurde das „Guatemala-Modell“ in El Salvador, Honduras und Nicaragua angewandt, und wo es nicht reichte, die Vorherrschaft des US-Imperialismus zu sichern, landeten US-Truppen wie 1965 in Santo Domingo.

Für den US-Imperialismus war es in der Vergangenheit und ist es auch jetzt unumgänglich, seinen direkten Einfluß in diesem Gebiet mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, auch auf die Gefahr hin, bei einer erneuten militärischen Intervention wieder offen als Aggressor gebrandmarkt zu werden, denn zu groß ist die Bedeutung dieser Region für Machtpositionen der US-Supermacht.

Knapp 8 Prozent der US-Kapitalinvestitionen in Ländern der Dritten Welt und 1,8 Prozent aller US-Kapitalanlagen im Ausland befinden sich in Mittelamerika (ohne Mexiko und die Karibik), in keinem anderen Gebiet der Erde haben die US-Imperialisten eine solche Monopolstellung in der nationalen Wirtschaft und damit eine direkte Abhängigkeit vom US-Imperialismus erobern können wie hier. So sind z.B. in Honduras alle Bananenplantagen, die das Hauptexportgut liefern, nahezu vollständig in der Hand des US-Konzerns United Brands (früher United Fruit), in Guatemala sind 46% der gesamten Wirtschaft, darunter fast die gesamte Industrie und das Dienstleistungsgewerbe, in ausländischem Besitz, und d.h. überwiegend in US-Besitz. Beim Außenhandel der mittelamerikanischen Staaten rangieren die USA unangefochten vor allen Konkurrenten an der Spitze mit einem oft doppelt oder dreifach so hohen Anteil wie die nachfolgenden Staaten. Über die traditionellen Güter Mittelamerikas hinaus giert es dem US-Imperialismus vor allem auch nach den in jüngster Zeit entdeckten Rohstoffen, wie etwa Erdöl und Nickel in Guatemala und Belize. Bezogen auf die Außenwirtschaft der USA ist die ökonomische Bedeutung Mittelamerikas geringer als die Südamerikas. Entscheidend ist die strategische Bedeutung.

Strategisch sind die mittelamerikanischen Staaten von besonderem Interesse als Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika und als schnellster Verbindungsweg zwischen dem Atlantik und dem Stillen Ozean, was von militärischer wie ökonomischer Bedeutung ist, wie auch die Pläne für einen neuen Kanal und eine Pipeline für das Erdöl aus Alaska und Indonesien durch Panama zeigen.

Zur Sicherung dieser ökonomischen und militärischen Interessen haben die US-Imperialisten seit Anfang dieses Jahrhunderts Mittelamerika zu ihrem direkten Hinterhof gemacht, auf dem sie selbst oder von ihnen eingesetzte Militärdiktaturen Polizeifunktion ausüben. Dieses Monopol über die gesamte Region ist aber bereits zerbrochen. Mexiko und Venezuela als die beiden äußeren Zugänge zu Mittelamerika haben sich in den vergangenen Jahren aus der direkten Botmäßigkeit der US-Imperialisten gelöst, der sie zeitweilig aufgrund der ökonomischen Durchdringung und der militärischen Besetzungen unterlagen. Durch die kubanische Revolution wurde nicht nur Kuba dem Einfluß des US-Imperiallismus entzogen, sondern im Laufe der Zeit zu einem Stützpunkt und Vorposten des Sozialimperialismus, dem schärfsten Rivalen für die US-Imperialisten im Kampf um die Vorherrschaft in der Welt. Mit der Befreiung Nicaraguas vom US-Statthalter Somoza war auf der mittelamerikanischen Landenge ein sichergeglaubtes Herrschaftsgebiet dem US-Imperialismus entrissen worden. Die Befreiung Nicaraguas hat dem Kampf der anderen Völker Mittelamerikas einen gewaltigen Auftrieb gegeben. In El Salvador, in Guatemala und in Honduras hat sich seitdem der Kampf der Bauern und Arbeiter verstärkt und wie in El Salvador den Charakter eines bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes angenommen. In all diesen Kämpfen ist der US-Imperialismus der direkte Gegner dieser Völker, da er die entscheidende Stütze der Militärdiktaturen und Besitzer jener Ländereien und Produktionsmittel ist, um die die Bauern und Arbeiter kämpfen.

Eine Niederlage des US-Imperialismus und der von ihr gestützten Regierungsjunta in El Salvador würde die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Mittelamerika mehr als erschüttern. Das wissen die US-Imperialisten, weswegen sie unter Carter noch eine „politische Lösung“ in Erwägung ziehen und gleichzeitig die militärische Intervention vorbereiten. Und mit Reagan, dessen Wahlkampf u.a. mit dem Geld der Finanzoligarchien Mittelamerikas finanziert wurde, haben sie bereits jenen Nachfolger, der liebend gern zum „dicken Knüppel“ greifen wird.

In einem Arbeitsbericht der republikanischen „Übergangsmannschaft“ Reagans werden bereits die für eine solche Politik notwendigen personellen Veränderungen des US-Personals in Mittelamerika angekündigt. Unterstaatssekretär Bowdler und Botschafter White, Stützen der Lateinamerikapolitik Carters, die sowohl in der Unterstützung unterdrückerischer Regime wie begrenzter staatlicher Reformen bestand, sollen abgelöst werden. „Nordamerikanische Botschafter sollen in den Ländern, in denen sie akkreditiert sind, nicht als soziale Reformer oder Anwälte neuer Theorien eines gesellschaftlichen Wandels auftreten, denen außerdem ein experimenteller Handlungsspielraum eingeräumt wird.“



der Vergangenheit und ist es auch jetzt unumgänglich, seinen direkten Einfluß in diesem Gebiet mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, auch auf die Gefahr hin, bei einer erneuten militärischen Intervention wieder offen als Aggressor gebrandmarkt zu werden, denn zu groß ist die Bedeutung dieser Region für Machtpositionen der US-Supermacht.

Knapp 8 Prozent der US-Kapitalinvestitionen in Ländern der Dritten Welt und 1,8 Prozent aller US-Kapitalanlagen im Ausland befinden sich in Mittelamerika (ohne Mexiko und die Karibik), in keinem anderen Gebiet der Erde haben die US-Imperialisten eine solche Monopolstellung in der nationalen Wirtschaft und damit eine direkte Abhängigkeit vom US-Imperialismus erobern können wie hier. So sind z.B. in Honduras alle Bananenplantagen, die das Hauptexportgut liefern, nahezu vollständig in der Hand des US-Konzerns United Brands (früher United Fruit), in Guatemala sind 46% der gesamten Wirtschaft, darunter fast die gesamte Industrie und das Dienstleistungsgewerbe, in ausländischem Besitz, und d.h. überwiegend in US-Be-

ein sichergeglaubtes Herrschaftsgebiet dem US-Imperialismus entrissen worden. Die Befreiung Nicaraguas hat dem Kampf der anderen Völker Mittelamerikas einen gewaltigen Auftrieb gegeben. In El Salvador, in Guatemala und in Honduras hat sich seitdem der Kampf der Bauern und Arbeiter verstärkt und wie in El Salvador den Charakter eines bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes angenommen. In all diesen Kämpfen ist der US-Imperialismus der direkte Gegner dieser Völker, da er die entscheidende Stütze der Militärdiktaturen und Besitzer jener Ländereien und Produktionsmittel ist, um die die Bauern und Arbeiter kämpfen.

Eine Niederlage des US-Imperialismus und der von ihr gestützten Regierungsjunta in El Salvador würde die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Mittelamerika mehr als erschüttern. Das wissen die US-Imperialisten, weswegen sie unter Carter noch eine „politische Lösung“ in Erwägung ziehen und gleichzeitig die militärische Intervention vorbereiten. Und mit Reagan, dessen Wahlkampf u.a. mit dem Geld der Finanzoligarchien Mittelamerikas



Versammlung des Bauernkomitees CUC in Guatemala. Die erhobene Faust ist für viele Landarbeiter inzwischen zum Zeichen des Widerstandes gegen die Militärherrschaft in Guatemala geworden

Terror und Raserei der Militärjunta in El Salvador

Zunehmende Vereinheitlichung der Widerstandsorganisationen in diesem Jahr / Umbildung der Militärjunta



Besetzte Fabrik während des Generalstreiks in El Salvador am 17. März dieses Jahres

mow./gkr. Seit Wochen und Monaten führt die herrschende Junta in El Salvador einen systematischen Ausrottungsfeldzug gegen die Widerstandsorganisationen und die Volksmassen, in dessen Verlauf allein in diesem Jahr über 9000 Menschen ermordet wurden, mehr als 10mal soviel wie im gesamten letzten Jahr. Ganze Landstriche wurden entvölkert, Dörfer niedergebrannt (vgl. Bericht unten). Als vor wenigen Wochen 6 führende Mitglieder der Frente Democratico Revolucionaria (FDR, vgl. Kasten), unter ihnen der Vorsitzende Cordova, zu Gesprächen mit der Militärjunta nach El Salvador einreisten, wurden sie ermordet. Inzwischen wurde Oberst Adolfo Majano, der innerhalb der Junta als „gemäßigt" galt, aus ihr entfernt, der Christdemokrat Erlich ist zurückgetreten. Damit dürfte zunächst auch der letzte Versuch der US-Imperialisten, eine politische Lösung zu erreichen, gescheitert sein. Was sind die Hintergründe für diesen beispiellosen Ausrottungsfeldzug, aber auch für den erbitterten Widerstand des Volkes gegen die Militärjunta?

Seit fast 50 Jahren herrscht in diesem kleinsten, aber am dichtesten besiedelten Staat Mittelamerikas eine Militärclique, im Auftrag der feudalen herrschenden Klasse und des US-Imperialismus. Die Bildung dieser feudalen Klasse war eng verbunden mit der Herausbildung von Kaffee als Hauptanbauprodukt. Der Anbau begann etwa um 1850 und ersetzte Zug um Zug Indigo. Erstmals 1880 wurden die „Ejidos" (Boden, den die spanischen Kolonialisten an die Kommunen übergeben hatten) abgeschafft, und 1882 wurde der Boden den Indiogemeinden weggenommen und den Großgrundbesitzern übergeben. Noch 1977, nach mehrmaligen sog. Landreformen, besaßen 1,9% der Bevölkerung 57,5% des Bodens. Die Kaffeeproduktion ist ebenfalls hoch konzentriert. Von ca. 200 Kaffeeproduzenten verfügen allein 61 über 91% der Produktion.

Es bildete sich eine kleine Schicht, deren Macht aus dem Besitz des Landes rührt und die von der Rente des Bodens lebt, die aber sehr früh auch den Handel und Export, vor allem von Kaffee, in ihren Händen hält. Als infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 die Kaffeepreise stark fielen, versuchten sie sich mit Hilfe eines Kreditsystems, Errichtung einer Zentralbank etc. gegen die Folgen zu schützen und die Exportprodukte zu „diversifizieren". Vor allem Baumwolle wurde als zwei-

tungsfeldzug, aber auch für den erbitterten Widerstand des Volkes gegen die Militärjunta?

Seit fast 50 Jahren herrscht in diesem kleinsten, aber am dichtesten besiedelten Staat Mittelamerikas eine Militärclique, im Auftrag der feudalen herrschenden Klasse und des US-Imperialismus. Die Bildung dieser feudalen Klasse war eng verbunden mit der Herausbildung von Kaffee als Hauptanbauprodukt. Der Anbau begann etwa um 1850 und ersetzte Zug um Zug Indigo. Erstmals 1880 wurden die „Ejidos" (Boden, den die spanischen Kolonialisten an die Kommunen übergeben hatten) abgeschafft, und 1882 wurde der Boden den Indiogemeinden weggenommen und den Großgrundbesitzern übergeben. Noch 1977, nach mehrmaligen sog. Landreformen, besaßen 1,9% der Bevölkerung 57,5% des Bodens. Die Kaffeeproduktion ist ebenfalls hoch konzentriert. Von ca. 200 Kaffeeproduzenten verfügen allein 61 über 91% der Produktion.

Es bildete sich eine kleine Schicht, deren Macht aus dem Besitz des Landes rührt und die von der Rente des Bodens lebt, die aber sehr früh auch den Handel und Export, vor allem von Kaffee, in ihren Händen hält. Als infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 die Kaffeepreise stark fielen, versuchten sie sich mit Hilfe eines Kreditsystems, Errichtung einer Zentralbank etc. gegen die Folgen zu schützen und die Exportprodukte zu „diversifizieren". Vor allem Baumwolle wurde als zwei-tes Produkt angebaut. Aus Finanzbourgeoisie, Handelsbourgeoisie und Großgrundbesitzern bildete sich so die herrschende Klasse, die Gruppe von „14 Familien", deren Namen in allen Bereichen der Wirtschaft immer wieder auftauchen.

Diese herrschende Klasse ist in starkem Maße abhängig vom US-Imperialismus. Er beherrscht den Verkehr. Die „International Railway of Central America" gehörte der United Fruit (heute United Brands) Company. Der Transport verlief über diese Eisenbahnlinie zum Hafen von Barrios in Guatemala, das den Hafen für 99 Jahre an die US-Imperialisten übergeben mußte. Die US-Schiffsflotte transportiert den gesamten Export. Zwischen 1910 und 1920 ging die Elektrizitätsversorgung Mittelamerikas in die Hände der US-Bourgeoisie. Die Verschuldung des Staates El Salvador war so hoch, daß US-Beauftragte jeweils 70% der Staatseinnahmen direkt beschlagnahmten.

Aber im Gegensatz zu anderen mittelamerikanischen Staaten (oft als „Bananenrepubliken" bezeichnet) besaßen die US-Konzerne wie die United Fruit nie nennenswert Land in El Salvador, und die ausländischen Direktinvestitionen waren immer relativ gering, 1975 betrugen sie etwa 10% des gesamten Anlagevermögens. Auch gibt es mehr Industrie als in den übrigen mittelamerikanischen Staaten, obwohl die Landwirtschaft noch vorherrschend ist, und es gibt dementsprechend mit etwa 11% eine relativ große Arbeiterklasse.

Die Kämpfe des salvadorianischen Volkes haben eine lange Tradition. Während wachsender Streiks und einer Massenbewegung in den zwanziger Jahren wurde die Gewerkschaft FRTS gegründet. Die „Federción Regional de Trabajadores de El Salvador" hatte die Forderungen des Volkes nach einer demokratischen Agrarreform, den Boden für die Bauern, 8-Stunden-Arbeitstag erhoben. Gegen die Anwesenheit von US-Vertretern, die Anleihen vermittelten, protestierte das Volk, weil es durch sie die Souveränität des Landes verletzt sah. 1931 kam Araujo an die Macht. In seinem Programm machte er u.a. das Zugeständnis einer Agrarreform. Aber schon nach 9 Monaten wurde er im Dezember 1931 durch einen Putsch abgesetzt, und mit General Martinez wurde zum ersten Mal ein Militär Präsident. Das Volk rief zum Kampf auf. Tausende von Bauern, mit Machete und Flinte bewaffnet, besetzten einige Provinzen des Landes. Drei Tage kämpfte das

„Bananenrepubliken" bezeichnet) besaßen die US-Konzerne wie die United Fruit nie nennenswert Land in El Salvador, und die ausländischen Direktinvestitionen waren immer relativ gering, 1975 betrugen sie etwa 10% des gesamten Anlagevermögens. Auch gibt es mehr Industrie als in den übrigen mittelamerikanischen Staaten, obwohl die Landwirtschaft noch vorherrschend ist, und es gibt dementsprechend mit etwa 11% eine relativ große Arbeiterklasse.

Die Kämpfe des salvadorianischen Volkes haben eine lange Tradition. Während wachsender Streiks und einer Massenbewegung in den zwanziger Jahren wurde die Gewerkschaft FRTS gegründet. Die „Federción Regional de Trabajadores de El Salvador" hatte die Forderungen des Volkes nach einer demokratischen Agrarreform, den Boden für die Bauern, 8-Stunden-Arbeitstag erhoben. Gegen die Anwesenheit von US-Vertretern, die Anleihen vermittelten, protestierte das Volk, weil es durch sie die Souveränität des Landes verletzt sah. 1931 kam Araujo an die Macht. In seinem Programm machte er u.a. das Zugeständnis einer Agrarreform. Aber schon nach 9 Monaten wurde er im Dezember 1931 durch einen Putsch abgesetzt, und mit General Martinez wurde zum ersten Mal ein Militär Präsident. Das Volk rief zum Kampf auf. Tausende von Bauern, mit Machete und Flinte bewaffnet, besetzten einige Provinzen des Landes. Drei Tage kämpfte das Volk gegen das reaktionäre Regime. 4000 Menschen wurden umgebracht. In den sich anschließenden größten Massakern der Geschichte starben weitere 30000 Bauern, 4% der Bevölkerung. Farabundo Marti, der berühmte Führer des Widerstandes in El Salvador, wurde zum Tode verurteilt.

Vor allem in den siebziger Jahren nehmen die Kämpfe der Volksmassen erneut einen Aufschwung. Er drückt sich in der Gründung verschiedener politischer Widerstandsorganisationen und Guerillaorganisationen aus. 1970 die „Volksbefreiungskräfte – Farabundo Marti" (FPL-FM), 1971 entstehen aus einigen Guerillagruppen die „Revolutionäre Volksarmee" (ERP) und 1974 als Abspaltung die „Bewaffneten Kräfte des Nationalen Widerstands (FARN). Das alles waren Guerillaorganisationen. Spontan entstehende Volksbasiskomitees schließen sich 1974 zur „Front der Vereinigten Volksaktion" (FAPU) zusammen. Über 12 Gewerkschaften und Verbände, die Bauernorganisation FECCAS (1967 von der Kirche gegründet), die Landarbeitergewerkschaft UTC, Industriearbeiter, Schüler und der Lehrerverband ANDES vereinigten sich 1975 zur „Revolutionären Blockfront" (BPR), die damit die stärkste Organisation mit über 100000 Mitgliedern, so wird geschätzt, wird. Die „Volksligen des 28. Februar" (LP 28) entstehen hauptsächlich aus Landarbeitern und kleinen Pächtern.

Schon 1972, als Molina, Mitglied der Militärpartei der Nationalen Versöhnung (PCN) durch Wahlfälschung an die Macht geputscht wurde, war dies eine Reaktion der herrschenden Klasse und des US-Imperialismus auf verstärkte Kämpfe der Bauern und der Volksmassen. Deren eine Ursache war eine Verschlechterung der Lage der Volksmassen, die einherging mit einer Wirtschaftskrise und dem Ende des gemeinsamen Mittelamerikanischen

sich in der Gründung verschiedener politischer Widerstandsorganisationen und Guerillaorganisationen aus. 1970 die „Volksbefreiungskräfte – Farabundo Marti" (FPL-FM), 1971 entstehen aus einigen Guerillagruppen die „Revolutionäre Volksarmee" (ERP) und 1974 als Abspaltung die „Bewaffneten Kräfte des Nationalen Widerstands (FARN). Das alles waren Guerillaorganisationen. Spontan entstehende Volksbasiskomitees schließen sich 1974 zur „Front der Vereinigten Volksaktion" (FAPU) zusammen. Über 12 Gewerkschaften und Verbände, die Bauernorganisation FECCAS (1967 von der Kirche gegründet), die Landarbeitergewerkschaft UTC, Industriearbeiter, Schüler und der Lehrerverband ANDES vereinigten sich 1975 zur „Revolutionären Blockfront" (BPR), die damit die stärkste Organisation mit über 100000 Mitgliedern, so wird geschätzt, wird. Die „Volksligen des 28. Februar" (LP 28) entstehen hauptsächlich aus Landarbeitern und kleinen Pächtern.

Schon 1972, als Molina, Mitglied der Militärpartei der Nationalen Versöhnung (PCN) durch Wahlfälschung an die Macht geputscht wurde, war dies eine Reaktion der herrschenden Klasse und des US-Imperialismus auf verstärkte Kämpfe der Bauern und der Volksmassen. Deren eine Ursache war eine Verschlechterung der Lage der Volksmassen, die einherging mit einer Wirtschaftskrise und dem Ende des gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes nach dem Austritt Honduras' nach dem Fußballkrieg, deren andere aber die Befreiung Kubas vom US-Imperialismus war. Der Kurs der Junta bestand in der Zusage von beschränkten Reformen, Öffnung des Landes für ausländisches Kapital, aber auch Gründung der faschistischen Terrororganisation ORDEN. Schließlich wurde sogar geringfügig Land der Großgrundbesitzer enteignet, deren Antwort die Ersetzung Molinas durch Romero war. Er unterdrückte das Volk immer schärfer, von 1977 bis Februar 1979 mittels Ausnahmezustand. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilung politischer Gefangener und Ermordungen waren an der Tagesordnung, aber all das konnte den Widerstand des Volkes nicht brechen. Vielmehr gab der Sturz des Somozaregimes im Sommer 1979 dem Kampf des Volkes von El Salvador erneut Auftrieb. Im September noch entstand der erste Zusammenschluß der zersplitterten Oppositionsbewegung, das „Volksforum", an dem allerdings die BPR nicht beteiligt war.

Als Romero zu immer schärferen Unterdrückungsmitteln greift, putschen am 15. Oktober die „jungen Offiziere", zumindest unter Billigung der US-Imperialisten.

Der neuen Junta gelingt es zunächst, mit fortschrittlichem Mantel einen Teil des Volksforums an sich zu binden, deren sozialer Kern in erster Linie Mittelklassen und vor allem Kleinbourgeoisie ist. Neben zwei Militärs, Majano als Vertreter des fortschrittlichen Flügels und Oberst Abdul Gutierrez, sind drei Zivilisten in der Junta vertreten. Sie hat zwar Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige und eine erneute Landreform versprochen, geht aber gleich in den ersten Tagen erneut mit brutaler Gewalt gegen Volksaufstände vor. Die Junta zerbricht denn auch schon Anfang Januar 1980 wieder und

mero war. Er unterdrückte das Volk immer schärfer, von 1977 bis Februar 1979 mittels Ausnahmezustand. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilung politischer Gefangener und Ermordungen waren an der Tagesordnung, aber all das konnte den Widerstand des Volkes nicht brechen. Vielmehr gab der Sturz des Somozaregimes im Sommer 1979 dem Kampf des Volkes von El Salvador erneut Auftrieb. Im September noch entstand der erste Zusammenschluß der zersplitterten Oppositionsbewegung, das „Volksforum", an dem allerdings die BPR nicht beteiligt war.

Als Romero zu immer schärferen Unterdrückungsmitteln greift, putschen am 15. Oktober die „jungen Offiziere", zumindest unter Billigung der US-Imperialisten.

Der neuen Junta gelingt es zunächst, mit fortschrittlichem Mantel einen Teil des Volksforums an sich zu binden, deren sozialer Kern in erster Linie Mittelklassen und vor allem Kleinbourgeoisie ist. Neben zwei Militärs, Majano als Vertreter des fortschrittlichen Flügels und Oberst Abdul Gutierrez, sind drei Zivilisten in der Junta vertreten. Sie hat zwar Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige und eine erneute Landreform versprochen, geht aber gleich in den ersten Tagen erneut mit brutaler Gewalt gegen Volksaufstände vor. Die Junta zerbricht denn auch schon Anfang Januar 1980 wieder und besteht fortan nur noch aus den beiden Militärs und einem Flügel der Christdemokraten.

Dagegen schließen sich die Widerstandorganisationen, die bisher noch stark zersplittert waren, in verschiedenen Schritten zusammen. Am 10. Januar wird die „Revolutionäre Koordination der Massen" (CRM) aus BPR, FAPU, UDN und LP-28 gegründet. Im April 1980 entsteht schließlich eine einheitliche Organisation aller Widerstandsorganisationen, die CRM schließt sich mit der sozialdemokratischen MNR und der Organisation der abgespaltenen Christdemokraten PSC zur FDR zusammen. Ihr Vorsitzender wird Cordova, ein Mitglied der „14 Familien". Die Guerillaorganisationen gehen daran, ein gemeinsames Oberkommando zu bilden, was nur durch Überwindung verschiedener Differenzen geht.

Gegen den Zusammenschluß, der selbst immer wieder bedroht ist auf Grund vorhandener Differenzen der beteiligten Organisationen, gegen Generalstreiks wird der Terror der Junta immer heftiger, die Zahl der Toten übersteigt weit das unter Romero gekannte Maß. Etwa seit August versuchen die US-Imperialisten noch einmal, an einer Verhandlungslösung zu stricken. Aber die auf ausdrückliche Bitte der USA nach El Salvador gereiste Delegation der FDR wird ermordet. Die vertragliche Beendigung des Fußballkrieges zwischen El Salvador und Honduras öffnet ein bisher verbliebenes Rückzugsgebiet für die Guerillas den mörderischen Aktionen der Militärs. Vor wenigen Wochen wurden 4 nordamerikanische Ordensschwestern ermordet. Es war der Anlaß zur Streichung der Militärhilfe durch die US-Imperialisten die das Regime in El Salvador nicht mehr direkt sützen konnten. Die Junta ihrerseits hat ihre Absicht mit dem Hinauswurf Majanos und dem Abschied Erlichs klar zutage

standsorganisationen, die CRM schließt sich mit der sozialdemokratischen MNR und der Organisation der abgespaltenen Christdemokraten PSC zur FDR zusammen. Ihr Vorsitzender wird Cordova, ein Mitglied der „14 Familien". Die Guerillaorganisationen gehen daran, ein gemeinsames Oberkommando zu bilden, was nur durch Überwindung verschiedener Differenzen geht.

Gegen den Zusammenschluß, der selbst immer wieder bedroht ist auf Grund vorhandener Differenzen der beteiligten Organisationen, gegen Generalstreiks wird der Terror der Junta immer heftiger, die Zahl der Toten übersteigt weit das unter Romero gekannte Maß. Etwa seit August versuchen die US-Imperialisten noch einmal, an einer Verhandlungslösung zu stricken. Aber die auf ausdrückliche Bitte der USA nach El Salvador gereiste Delegation der FDR wird ermordet. Die vertragliche Beendigung des Fußballkrieges zwischen El Salvador und Honduras öffnet ein bisher verbliebenes Rückzugsgebiet für die Guerillas den mörderischen Aktionen der Militärs. Vor wenigen Wochen wurden 4 nordamerikanische Ordensschwestern ermordet. Es war der Anlaß zur Streichung der Militärhilfe durch die US-Imperialisten die das Regime in El Salvador nicht mehr direkt sützen konnten. Die Junta ihrerseits hat ihre Absicht mit dem Hinauswurf Majanos und dem Abschied Erlichs klar zutage treten lassen. Sie will die Volkskämpfe ausrotten. Dazu müßte sie erst das Volk ausgerottet haben.

Die Widerstandsorganisationen El Salvadors:

Revolutionäre Koordination der Massen (CRM), gebildet Februar 1980
- Revolutionäre Blockfront (BPR)
- Volksligen des 28. Februar (LP-28)
- Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU)
- Union demokratischer Nationalisten (UDN)
- Bewegung der Volksbefreiung (MPL)

Frente Democratico Revolucionario (FDR), gebildet April 1980
- gesamte CRM
- Revolutionäre Nationale Bewegung (MNR, sozialdem. Organisation)
- Soziale Christliche Partei (PSC, Abspaltung von der Christlichen Volkspartei)

Hinzu kommen die Guerillaorganisationen: In der Frente Farabundo Marti de Liberalcion Nacional (FMLN) sind sie zusammengeschlossen:
- Volksbefreiungsstreitkräfte (FAPL)
- Revolutionäre Volksarmeen (ERP)
- Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstands (FARN)
- Kommunistische Partei El Salvadors (PCS)

Aus der Plattform der „Revolutionären Demokratischen Regierung" herausg. von der CRM, 23.2.1980:
Die Revolutionäre Demokratische Regierung wird:

1. das gesamte Bank- und Finanzwesen nationalisieren. Diese Maßnahme wird die Spareinlagen und andere öffentliche Interessen nicht berühren;

2. den Außenhandel nationalisieren;

3. die Stromversorgung und die entsprechenden in privater Hand befindlichen Produktionsunternehmen nationalisieren;

4. die Erdölraffinerie nationalisieren;

5. gemäß dem nationalen Nutzen die Enteignung der Monopolbetriebe in Industrie, Handel und Dienstleistung verwirklichen;

6. eine grundlegende Landreform verwirklichen, die das Land, das sich bislang in den Händen einiger Großgrundbesitzer befindet, den großen Massen zur Verfügung stellen wird, die es bearbeiten. Dies wird nach einem wirksamen Plan geschehen, der die große Mehrheit der armen und mittleren Bauern und der bezahlten Landarbeiter begünstigt und die Produktionsentwicklung in Landwirtschaft und Viehzucht fördert. Die Landreform wird die Interessen der kleinen und mittleren Landeigentümer nicht berühren, die Anreiz und Hilfe erhalten werden, damit sie ständig besser produzieren können.

Es ist alles wahr, was sie erzählen

Tegucigalpa, im Dezember. Mehr als 300 Meter breit ist hier der Rio Lempa, der Grenzfluß zwischen El Salvador und Honduras. Für die Flüchtlinge ist er letzte Hoffnung und oft auch Grabesstätte.

Auf dem Floß, auf dem acht nackte Kinder, eine schwangere Frau und zwei alte Männer hocken, droht eine unruhig werdende, gefesselte Kuh das Gefährt zum Kentern zu bringen. Kräftiger stoßen zwanzig Personen im Wasser das Floß voran. Die Angst, kurz vor dem rettenden Ufer entdeckt und beschossen zu werden, spornt sie an. Hart stößt das Floß auf das Ufergestein auf, Alte und Kinder stürzen sich ins angrenzende Maisfeld, auch die Kuh verschwindet im mannshohen Grün. Die Schwimmer kriechen entkräftet hinterher. Im Feld werden sie erwartet, von ihren in Honduras lebenden Geschwistern, die sie weinend umarmen. Während das Gebell der Maschinenpistolen näherkommt, schleichen sie zu einem Haus auf der Höhe, wo schon 30 Flüchtlinge eine Notherberge gefunden haben. Jetzt sind es 70 Personen auf einem Hof, 300 im ganzen Tal, mehr als 1000 in den angrenzenden Tälern, weit über 15000 entlang der ganzen Grenze zu El Salvador. Und täglich kommen mehr.

Denn drüben im Grenzgebiet des vom Bürgerkrieg zerrissenen Landes läuft die „Accion Rastreo", die Säuberung eines „Planquadrats" nach dem anderen. „Säubern" heißt: keine Gefangenen machen. Und die Bauern, die sich mit ihren Familien in Höhlen versteckt gehalten hatten, bis die Walze von Brandstiftung und Mord vorübergegangen war, retten sich nunmehr über die Grenze, fragend, ob die Soldaten von Honduras sie doch nicht wieder zurückschicken. Ihre verlassenen Häuser sind verbrannt, das Vieh ist erschossen, die Maisfelder sind von Feuer verheert. Trotzdem wagen viele Männer den Weg zurück, um von ihren Feldern den letzten Mais zum Essen zu holen und vielleicht doch noch ein Stück Vieh zu finden, das mit den Maissäcken auf dem Floß über den Fluß gebracht werden kann. Denn Nachbarschaftshilfe allein kann die vielen Flüchtlinge nicht ernähren. Für manchen aber wird die Suche nach Lebensmitteln eieine Reise ohne Wiederkehr.

Antonio S. hat den Weg nach Salvador in die verbrannte Heimat trotzdem dreimal geschafft. Das letzte Mal war es vor vier Tagen. Dabei wurde er von zwei Soldaten gestellt; einer war ein alter Freund aus dem Nachbardorf. So ließen sie ihn laufen. Aber sie drohten, daß sie ihn das nächste Mal erschießen würden. „Warum tut ihr das, warum tötet ihr alle armen Leute?" hat Antonio vorher gefragt. Sein Freund hat ihm geantwortet, daß die Offiziere den Soldaten vor jedem Einsatz ein Wasserglas Zuckerrohrschnaps und eine Tablette geben, damit sie besser gehorchen. Gehorchen heißt in diesem Fall, daß die so unter Drogeneinfluß gebrachten Soldaten in einen Rausch geraten, der allein die Grausamkeiten der sonst so gottesfürchtigen Söhne El Salvadors erklärt.

José erzählt mit trockener Stimme seine Todesgeschichte. „Die Soldaten sind auf den Hof gekommen und haben allen Kindern Bonbons geschenkt. Sie haben gelacht und Witze gemacht. Dann haben sie plötzlich den Vater an die Hauswand gestellt und erschossen. Die Mutter haben sie aufgehängt und mit Vaters Machete den Bauch aufgeschlitzt. Da ist das neue Baby rausgefallen. Dann haben sie meinem Bruder Raimon den Kopf abgehackt. Beatrice, meine sechsjährige Schwester, hat schnell das Bonbon wieder aus dem Mund genommen und wollte es wieder zurückgeben. Da haben sie ihr die Hand mit dem Bonbon abgehackt. Dann haben alle geschossen. Mehr weiß ich nicht, nur daß Antonio mich gefunden hat und unter ihnen hervorgezogen hat."

(Auszüge aus einem Augenzeugenbericht, aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1980)

Isaak Babel: Die Reiterarmee

bew. Mindestens die vierte Ausgabe von Isaak Babels Buch über Budjonnys Reiterarmee im russischen Bürgerkrieg ist jetzt auf dem westdeutschen Büchermarkt erschienen. (1) Schon etwas erstaunlich, wo die westdeutschen Verlage sonst bei Literatur aus der sozialistischen Sowjetunion nicht sehr rührig sind, wenn es sich nicht um gerade ,,große Namen" wie Gorki oder Majakowski handelt.

,,Die Reiterarmee" ist kein Roman oder eine geschlossene Erzählung, sondern ein Zyklus von einzelnen Episoden aus der Zeit des Bürgerkriegs nach der russischen Revolution. In ihnen wird nicht von den Kämpfen der Soldaten der Roten Armee, sondern von den Zeiten zwischen den Schlachten und in der Etappe berichtet. I. Babel hat selbst auch eine Zeitlang in den Reihen der Reiterarmee gekämpft. Das Bild, das Babel zeichnet, ist allerdings alles andere als heroisch. Die roten Kossaken sind gewalttätig untereinander und gegen die Bauern, berauben sie und töten ihr letztes Vieh. Es sind grobe, unschlächtige Gesellen, die aus Rache über den Tod eines Lieblingspferdes brandschatzen, plündern und sogar morden. Eher ist es das Bild eines herumziehenden Landsknechtshaufens, dessen Handwerk der Krieg ist, aber nicht das Bild einer Einheit der Roten Armee, die so hätte nicht viel beitragen können zur Verteidigung der umkämpften Sowjetunion. Und die Bevölkerung, auf die die Reiterarmee trifft: Oft sind es Verräter oder Spione, die kurzerhand umgebracht werden; verschlagene Bäuerinnen und tumbe Bauern, spintisierende jüdische Rabbiner und syphilitische Landstreicherinnen. Der Ich-Erzähler ist ein empfindsamer jüdischer Intellektueller zwischen den gewalttätigen Reitern, der als ,,Vierauge" deren Spott über sich ergehen lassen muß.

Es sind Episoden voller Grausamkeit und Widerwärtigkeit, die ganze Epoche erscheint als eine einzige Zeit der Zerstörung. Daß Revolutionen und erst recht die Konterrevolutionen grausam und hart sind, kann die Literatur nicht übergehen, und zu mancher Zeit gibt es mehr Schatten als Licht. Aber immer handelt es sich bei Revolutionen nicht um Zerstörung schlechthin, sondern es geht dabei immer auch um das Gegenteil, den Aufbau. Worum der Krieg geht, wird aber in der ,,Reiterarmee" an keiner Stelle dargelegt, es sei denn, daß einmal an einer Stelle das pathetische Wort vom Sterben und Töten für die Revolution fällt und an einer anderen Stelle der Kriegskommissar den ,,staunenden Kleinbürgern und ausgeplünderten Juden" verkündet: ,,Ihr seid die Macht, alles, was hier ist, gehört euch. Es gibt keine Pans mehr." Die Kommunistische Partei kommt nur da vor, wo ein Kommandant seine Austrittsbegründung schreibt, weil er seinen Schimmelhengst nicht wiederbekommt.

Die Qualität des Inhalts eines revolutionären oder auch fortschrittlichen literarischen Stückes hängt nicht davon ab, wie oft die Wörter Unterdrückung, Ausbeutung, Befreiung etc. darin vorkommen, ob die KP erwähnt wird oder nicht, auch nicht inwieweit die literarische Darstellung der historischen Realität entspricht und ob zuviel Dunkel und zuwenig Licht dargestellt wird. Sondern wesentlich ist, daß die Beweggründe und die gesellschaftlichen wie individuellen Interessen der Menschen, von denen die Literatur handelt und die selbst handeln, erkennbar werden. Geht es in der ,,Reiterarmee" nicht gerade um ein Pferd oder im höchsten Fall um Rache, bleiben die Motive des Handelns im Unklaren, und die Handlungen erscheinen damit als sinnlos. Da macht es für den Bauern auch keinen Unterschied, ob die Polen oder die Soldaten der Roten Armee ihm sein Vieh mitnehmen.

Interessen können als Triebkräfte des Handelns am besten in der Konfrontation des Wirklichen mit dem Möglichen, des Alten mit dem Neuen deutlich werden. Bei Babel ist aber nicht nur die Wirklichkeit weitgehend beschränkt auf die gewalttätigen Soldaten und die einfältige bäuerliche und kleinbürgerliche Bevölkerung, sondern auch das Mögliche ist reduziert auf die ,,Revolution als gute Tat von guten Menschen", wodurch sowohl die Triebkräfte wie die Ziele des Handelns der Individuen im Unklaren bleiben müssen. Was bleibt, ist der äußere Widerspruch von empfindsamen Intellektuellen und den groben Reitersoldaten und der innere Widerspruch, ausgeprägt bei dem Intellektuellen und schemenhaft bei einzelnen Soldaten, daß man etwas Gutes will, aber grausam sein muß. ,,Nun, die Revolution ist doch eine Freude, und die Freude duldet keine Waisen im Hausen. Gute Taten werden von guten Menschen vollbracht. Die Revolution ist eine gute Tat von guten Menschen. Aber gute Menschen töten nicht. Also machen böse Menschen die Revolution." Der Ich-Erzähler kann auf diese Worte eines Rabbis nichts erwidern, denn es ist sein eigener Widerspruch, der ihn letztendlich verzweifeln läßt.

Als 1926 Isaak Babels ,,Reiterarmee" in der Sowjetunion erschien, wandte sich das Buch an Menschen, die die Wirklichkeit des Zarenreiches und des Bürgerkrieges erlebt hatten und die am Aufbau des Möglichen arbeiteten. Vieles, was in Ansätzen und in Form angedeuteter innerer Widersprüche der Personen zu dieser Zeit so nachvollziehbar war, bleibt uns heute schwer verständlich und vermittelt wenig Klarheit über die Ursachen und die schwierigen Bedingungen eines Teilabschnittes der russischen Revolution.

(1) Isaak Babel: Die Reiterarmee, Darmstadt, Neuwied (Sammlung Luchterhand 321) Nov. 1980; frühere Ausgaben bei dtv, Goldmann und Walter

Auszug:

,,Stöhnen erfüllt das Dorf. Die Kavallerie zerstampft das Korn. Sie wechselt die Pferde. Für ihre abgehetzten Gäule holen sich die Kavalleristen die kräftigsten Pferde der Bauern. Da hilft kein Fluchen. Ohne Pferde gibt es keine Armee. Aber für die Bauern ist das kein Trost. Hartnäckig drängen sie zum Stabsgebäude ... Unten auf dem Platz von Berestestschko kamen die Einwohner der Stadt zusammen, um die angekkündigte Rede zu hören. Es kamen Bauern, n auf dem Platz von Berestestschko kamen die Einwohner der Stadt zusammen, um die angekkündigte Rede zu hören. Es kamen Bauern, Juden und Gerber aus der Umgebung. Über sie hin dröhnte die die begeisterte Stimme Winogradows, hell klirrten seine Sporen. Er sprach vom Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale. Ich aber irrte durch die Gemächer und sah über Wiesen hin, wo Nymphen mit ausgestochenen Augen alte Reigen tanzten. Und fand in einem Winkel auf dem zerstampften Fußboden ein Stück von einem vergilbten Brief. Mit verblaßter Tinte stand darauf geschrieben: ,Berestetschko, 1820. Paul, mein Geliebter, man sagt, Kaiser Napoleon sei tot, ist das wahr? Ich fühle mich wohl, die Niederkunft ist leicht gewesen, unser kleiner Held wird schon bald sieben Wochen alt ...' Und unten ertönt noch immer die Stimme desdes Kriegskommissars. Voll Leidenschaft überzeugt er die staunenden Kleinbürger und die ausgeplünderten Juden: ,Ihr seid die Macht. Alles, was hier ist, gehört euch. Es gibt keine Pans mehr. Ich schreite zur Wahl des Revolutionskommitees ..."

,,Genosse Budjonny schmäht Babels ,Reiterarmee' – mir scheint, das ist ungerecht, selbst Genosse Budjonny liebt es doch, nicht nur seine Soldaten, sondern sogar seine Pferde zu idealisieren. Babel verschönt seine Helden innerlich und meiner Meinung nach besser und wahrhaftiger als Gogol seine Zaporoger. Der Mensch ist in vieler Hinsicht noch ein Tier, gleichzeitig aber steht er kulturell im Entwicklungsalter, ihn zu verschönen, zu preisen, ist daher unbedingt nützlich ..."

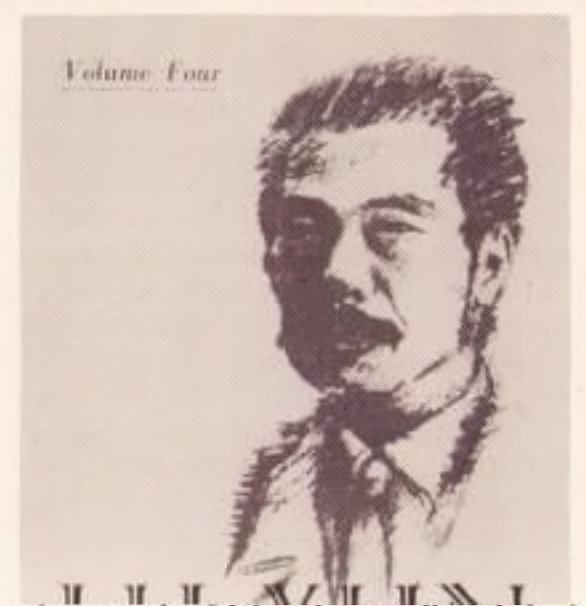
M.Gorki: An die Dorfkorrespondenten und Kriegskorrespondenten (1928). Zit. nach Kürbiskern 2/1966

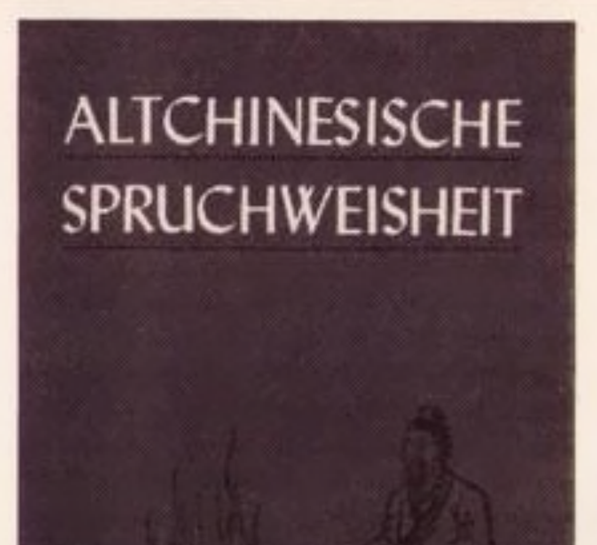
,,Worüber schreibt Babel? Und hat er das Recht, dem was er schreibt, den weitberühmten Titel ,Reiterarmee' zu geben? Babel erzählt uns Weiberklatsch über die Reiterarmee, er wühlt in Weibergerümpel herum, mit weibischem Entsetzen erzählt er davon, wie ein ausgehungerter Soldat einmal ein Stück Brot oder ein Huhn genommen hat. Er phantasiert lauter Unmöglichkeiten zusammen, überschüttet die besten kommunistischen Kommandeure mit Schmutz, schwadroniert und lügt drauflos. Der Inhalt seiner Skizzen ist bis zum Übelwerden mit den Impressionen eines erotomanen Autors garniert. Sie drehen sich um die irren Faseleien eines verrückten Juden, um Kirchenraub, um die Niedermetzelung einer Schwadron von der eigenen Infanterie, um die Charaktereigenschaften eines syphilitischen Rotarmisten und schließlich um die Befriedigung der Neugier des Autors, eine jüdische Frau zu sehen, die von einem Dutzend Machno-Leuten vergewaltigt wurde. Für den Verfasser ist das Leben ein weites Feld, auf dem in der Maisonne Hengste und Stuten sich paaren. Er betrachtet die Taten der Reiterarmee allein durch das Prisma der Erotik ...

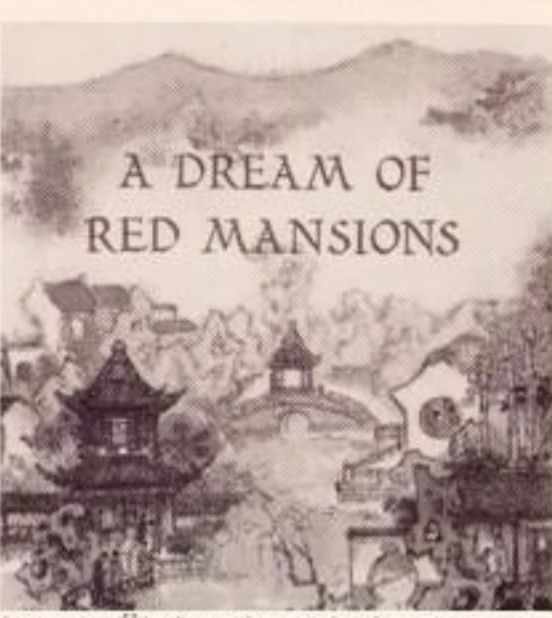
Ich glaube, Alexej Maximowitsch, Sie werden mit mit darin übereinstimmen, daß, um den heldenhaften, in der Geschichte der Menschheit einmaligen Kampf der Klassen zu schildern, es vor allem nötig ist, das Wesen dieses Kampfes und die Natur der Klassen zu begreifen, d.h. daß eine derartige Schilderung nur von einem marxistischen Künstler vorgenommen werden kann, der sich der Dialektik voll bewußt ist. Davon aber versteht Babel absolut nichts. Und darum ist sein Versuch, Leben, Verfassung und Tradition der 1. Reiterarmee darzustellen, zu einer schändlichen Karrikatur geworden. Sein ganzes Buch beherrschen spießbürgerliche Gesichtspunkte und reinste Kleinbürgerpsychologie.

Gewiß, die heroischen Kämpfer der 1. Reiterarmee sind ganz gewöhnliche, einfache und zum Teil ungebildete Leute, und eben deshalb glaube ich, sind uns derartige ,Kunstwerke' ... nicht nur nicht notwendig, sondern ganz und gar und in jedem Betracht schädlich."

Brief des Reitergenerals Budjonny an Maxim Gorki, Prawda, 26.10.1928, zit. ebenda







fens, dessen Handwerk der Krieg ist, aber nicht das Bild einer Einheit der Roten Armee, die so hätte nicht viel beitragen können zur Verteidigung der umkämpften Sowjetunion. Und die Bevölkerung, auf die die Reiterarmee trifft: Oft sind es Verräter oder Spione, die kurzerhand umgebracht werden; verschlagene Bäuerinnen und tumbe Bauern, spintisierende jüdische Rabbiner und syphilitische Landstreicherinnen. Der Ich-Erzähler ist ein empfindsamer jüdischer Intellektueller zwischen den gewalttätigen Reitern, der als ,,Vierauge" deren Spott über sich ergehen lassen muß.

Es sind Episoden voller Grausamkeit und Widerwärtigkeit, die ganze Epoche erscheint als eine einzige Zeit der Zerstörung. Daß Revolutionen und

und zuwenig Licht dargestellt wird. Sondern wesentlich ist, daß die Beweggründe und die gesellschaftlichen wie individuellen Interessen der Menschen, von denen die Literatur handelt und die selbst handeln, erkennbar werden. Geht es in der ,,Reiterarmee" nicht gerade um ein Pferd oder im höchsten Fall um Rache, bleiben die Motive des Handelns im Unklaren, und die Handlungen erscheinen damit als sinnlos. Da macht es für den Bauern auch keinen Unterschied, ob die Polen oder die Soldaten der Roten Armee ihm sein Vieh mitnehmen.

Interessen können als Triebkräfte des Handelns am besten in der Konfrontation des Wirklichen mit dem Möglichen, des Alten mit dem Neuen deutlich werden. Bei Babel ist aber nicht nur die Wirklichkeit weitgehend

ren. Babel verschönt seine Helden innerlich und meiner Meinung nach besser und wahrhaftiger als Gogol seine Zaporoger. Der Mensch ist in vieler Hinsicht noch ein Tier, gleichzeitig aber steht er kulturell im Entwicklungsalter, ihn zu verschönen, zu preisen, ist daher unbedingt nützlich ..."

M.Gorki: An die Dorfkorrespondenten und Kriegskorrespondenten (1928). Zit. nach Kürbiskern 2/1966

,,Worüber schreibt Babel? Und hat er das Recht, dem was er schreibt, den weitberühmten Titel ,Reiterarmee' zu geben? Babel erzählt uns Weiberklatsch über die Reiterarmee, er wühlt in Weibergerümpel herum, mit weibischem Entsetzen erzählt er davon, wie ein ausgehungerter Soldat einmal ein Stück Brot oder ein Huhn genommen

bis zum Übelwerden mit den Impressionen eines erotomanen Autors garniert. Sie drehen sich um die irren Faseleien eines verrückten Juden, um Kirchenraub, um die Niedermetzelung einer Schwadron von der eigenen Infanterie, um die Charaktereigenschaften eines syphilitischen Rotarmisten und schließlich um die Befriedigung der Neugier des Autors, eine jüdische Frau zu sehen, die von einem Dutzend Machno-Leuten vergewaltigt wurde. Für den Verfasser ist das Leben ein weites Feld, auf dem in der Maisonne Hengste und Stuten sich paaren. Er betrachtet die Taten der Reiterarmee allein durch das Prisma der Erotik ...

Ich glaube, Alexej Maximowitsch, Sie werden mit mit darin übereinstimmen, daß, um den heldenhaften, in der Ge-

Schilderung nur von einem marxistischen Künstler vorgenommen werden kann, der sich der Dialektik voll bewußt ist. Davon aber versteht Babel absolut nichts. Und darum ist sein Versuch, Leben, Verfassung und Tradition der 1. Reiterarmee darzustellen, zu einer schändlichen Karrikatur geworden. Sein ganzes Buch beherrschen spießbürgerliche Gesichtspunkte und reinste Kleinbürgerpsychologie.

Gewiß, die heroischen Kämpfer der 1. Reiterarmee sind ganz gewöhnliche, einfache und zum Teil ungebildete Leute, und eben deshalb glaube ich, sind uns derartige ,Kunstwerke' ... nicht nur nicht notwendig, sondern ganz und gar und in jedem Betracht schädlich."

Brief des Reitergenerals Budjonny an Maxim Gorki, Prawda, 26.10.1928, zit. ebenda